



universität
wien

Politik und Parteien in Mazedonien seit 2001.

**Die politische Entwicklung in Mazedonien seit dem Ohrider Abkommen
mit besonderer Berücksichtigung der politischen Parteien.**

Diplomarbeit

zur Erlangung des Magistergrades der Philosophie
an der Fakultät für Sozialwissenschaften
der Universität Wien

Betreuer: tit. ao. Univ.-Prof. Dr. Otmar Höll

Eingereicht von Johannes Spreitz

Wien, Oktober 2008

Persönliche Erklärung

Ich erkläre hiermit, dass ich die vorliegende Diplomarbeit selbstständig verfasst habe und dass die verwendete Literatur bzw. die verwendeten Quellen von mir korrekt und in nachprüfbarer Weise zitiert worden sind. Die vorliegende Arbeit ist außerdem weder im Inland, noch im Ausland in welcher Form auch immer als Prüfungsarbeit vorgelegt worden.

Datum

Unterschrift

Danksagung

An dieser Stelle möchte ich all jenen danken, die durch ihre Unterstützung in welcher Form auch immer einen Beitrag zum Entstehen und Gelingen dieser Arbeit geleistet haben. Namentlich nennen möchte ich pars pro toto ao. Univ.-Prof. Dr. Otmar Höll, der in seiner gewohnten Umsichtigkeit die fachliche Betreuung dieser Arbeit übernommen hat, sowie meine baldige Frau Michelle für Ihre Geduld und moralische Unterstützung.

Inhalt

I) Einführung.....	7
I.1) Einleitung und Fragestellung	7
I.2) Landeskunde	10
I.3) Historischer Überblick	12
II) Mazedonien und seine Nachbarn:.....	16
II.1) Griechenland.....	16
II.2) Bulgarien	26
II.3) Albanien	28
II.4) Kosovo und Serbien	28
III) Darstellung der einzelnen Parteien und deren Unterschiede.....	32
III.1) Grundsätzliches über Parteien und Parteiensysteme	32
III.2) Slawisch-mazedonische Parteien	33
III.2.a) VMRO-DPMNE	33
III.2.b) SDSM.....	37
III.2.c) PEI.....	39
III.3) Albanisch-mazedonische Parteien.....	39
III.3.a) DPA.....	39
III.3.b) DUI	42
III.4) Andere Minderheitsparteien oder nicht mehr aktive Parteien.....	46
III.4.a) VMRO-NP	46
III.4.b) LDP	48
III.4.c) LP	48
III.4.d) NSDP	49
III.4.e) PDP	50
III.4.f) SPM.....	52
III.4.g) DA.....	53
III.4.h) DLB	54
III.4.i) DPSM.....	54
III.4.j) DPT	54
III.4.k) DU	55
III.4.l) NDP	55
III.4.m) UPRM	55
III.4.n) WP.....	56
III.4.o) DOM.....	56
III.4.p) DRUM.....	56
III.4.q) ZNPM	58
III.5.) Bewertung der Parteien	59
III.6) Die Cleavage-Theorie in Anwendung auf die mazedonischen Parteien.....	60
IV) Das politische Geschehen seit 2001	62
IV.1) Parlamentswahl 2002	62
IV.2) Boris Trajkovski und seine Rolle in der Politik.....	65
IV.3) Referendum gegen die kommunale Neuordnung des Landes 2004.....	68
IV.4) Kommunalwahlen Frühjahr 2005	69

IV.5) Parlamentswahlen vom Juli 2006.....	73
IV.5.a) Ausgangslage und Verlauf der Wahlkampagne.....	73
IV.5.b) Ergebnis und Auswirkungen.....	79
IV.5.c) Druck auf Gruevski aus allen Parteien.....	87
IV.6) Parlamentswahl vom 1. Juni 2008.....	89
V) Die mazedonischen EU-Bestrebungen	99
VI) Zusammenfassung und Ausblick	106
VII) Anhang.....	110
VII.1) Ergebnisse Parlaments-Wahlen von 1990-2006	110
VII.2) Auslandsinvestitionen in Mazedonien	111
VIII) Literatur	113
VIII.1) Primärquellen von Organisationen/Institutionen; Internetressourcen.....	113
VIII.2) Zeitungen, Zeitschriften, Reihen	113
VIII.3) Publikationen.....	114
IX) Abstract.....	117
X) Lebenslauf.....	118

I) Einführung

1.1) Einleitung und Fragestellung

Mazedonien erklärte im September 1991 seine Unabhängigkeit von Jugoslawien. In den ersten Jahren gelang es dem ehemaligen Mitglied des kommunistischen Staatspräsidiums Kiro Gligorov, der nach der Unabhängigkeit des Landes erster Staatspräsident war, Mazedonien aus den blutigen Bürgerkriegshandlungen herauszuhalten. Erst nach und nach geriet auch die südlichste der ehemaligen jugoslawischen Teilrepubliken in den Strudel der ethnischen Auseinandersetzungen hinein, beginnend mit der Implosion Albaniens 1997/98, über den Krieg im Kosovo 1999 und den Beinahe-Bürgerkrieg 2001, der mit dem Rahmenvertrag von Ohrid im August des gleichen Jahres wieder beendet werden konnte.

Heute ist Mazedonien zwar gemeinsam mit Kroatien und der Türkei EU-Beitrittskandidat und verfügt damit über eine klare europäische Perspektive. Jedoch, der Beginn der konkreten Beitrittsverhandlungen lässt auf sich warten, und auch sonst findet sich das Land häufig mit negativen Schlagzeilen in den Medien zu den Stichworten (partei-)politische Instabilität, (Namens-)Streitigkeiten mit Nachbarländern und politische wie auch handfeste Auseinandersetzungen zwischen der Titularbevölkerung und der großen Minderheit der Albaner.

In der vorliegenden Arbeit möchte ich eine Momentaufnahme der letzten Jahre seit dem Abkommen von Ohrid zeichnen und dabei aufzeigen, warum die politischen Strukturen in Mazedonien immer noch derart komplex sind, und welche Ursachen es für die Schwierigkeiten und Probleme gibt, mit denen das Land fertig zu werden hat. In der konkreten Durchführung habe ich dazu folgende Vorgehensweise gewählt: Ein erster einführender Teil bietet einen kurzen Überblick über die wirtschaftlichen und geographischen Grunddaten des Landes sowie einen knappen historischen Abriss über die Vergangenheit des Landes. Im nächsten Teil gehe ich auf das nicht ganz friktionsfreie Verhältnis Mazedoniens zu seinen Nachbarstaaten ein: Der Namensstreit mit dem wirtschaftlich relevanten Griechenland, bei dem es mehr um Prestige und weniger um tatsächliche Inhaltsfragen geht, ähnlich Bulgarien, zu dem sich das politische Klima nach und nach verbessert. Weiters das für Mazedonien wirtschaftlich ebenso wichtige Serbien

mit seinem abtrünnigen „Tochterstaat“ Kosovo, der wohl noch länger ein potentieller Unruheherd bleiben wird. Nicht zuletzt findet in diesem Kapitel auch das Verhältnis zu Albanien seine Beachtung, dem „Mutterland“ der größten Minderheit im Land.

Der nächste Teil widmet sich den Parteien Mazedoniens. Wie in den meisten Ländern, die eine politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Transformation durchleben, verfügt auch Mazedonien über ein sehr fragiles Parteiensystem. Anders als in den meisten Ländern Mittel- und Osteuropas dauert die Phase der Konsolidierung in Mazedonien aber nun schon wesentlich länger, und ein Ende dieser Phase ist auf absehbare Zeit nicht in Sicht. Eine Erklärung dafür mag auch die „Doppelgleisigkeit“ in der Parteienlandschaft sein, die im Wesentlichen in ethnisch-mazedonische und ethnisch-albanische Parteien aufgegliedert ist. Anhand einer Betrachtung der relevanten Parteien und ihrer Proponenten möchte ich einen weiteren Mosaikstein für ein erklärendes Gesamtbild Mazedoniens erarbeiten.

Das danach folgende große Kapitel handelt von den politischen Zuständen und Abläufen der letzten Jahre in Mazedonien. Ein großes Augenmerk liegt hierbei auf den Konsequenzen verschiedener Referenden und Wahlgänge, da mit den meisten Plebisziten Regierungsänderungen einhergingen und diese wesentliche Auswirkungen auf das weitere politische Geschehen im Land hatten. Als zeitliche Abgrenzung habe ich das Abkommen von Ohrid vom Sommer 2001 gewählt, weil dieser Rahmenvertrag eine wichtige Zäsur für die weitere Zukunft des Landes bildete. Einerseits kamen in diesem Vertragswerk die Verhandlungspartner überein, die zunehmend blutiger werdenden Auseinandersetzungen zwischen albanischer Minderheit und slawischer Mehrheit einzustellen. Andererseits stellte das Abkommen eben nur ein Rahmenvertragswerk dar, dessen inhaltliche Umsetzung bis heute andauert, und das daher bis heute das politische Geschehen wesentlich beeinflusst.

Das letzte Kapitel widmet sich den Bestrebungen Mazedoniens um eine Integration in die Europäische Union. In diesem Ziel stimmen zwar die meisten Parteien und Akteure überein, jedoch gibt es Unterschiede in der Herangehensweise und der Ernsthaftigkeit der Verfolgung dieses Ziels.

Ziel meiner Arbeit ist es, ein besseres und tieferes Verständnis für die politischen Umstände in Mazedonien zu schaffen, aber auch, die Schwierigkeiten und Probleme des Landes und mögliche Szenarien einer weiteren Entwicklung aufzuzeigen.

1.2) Landeskunde¹

1.2.a) Geographie

Mazedonien liegt im Westen der Balkanhalbinsel und ist ein Binnenland, welches im Norden an Serbien, im Osten an Bulgarien, im Süden an Griechenland und im Westen an Albanien grenzt. Mit einer Fläche von 25.713 km² ist es ein relativ kleines Land, dennoch aber sehr vielschichtig in Bezug auf geographische Gegebenheiten, da es einerseits in einer tektonisch spannenden Erdzone liegt, andererseits klimatisch im Übergangsbereich zwischen mediterranem und kontinentalem Klima liegt. Größter Fluß des sehr gebirgigen Landes, das eine Reihe von Gipfeln weit jenseits der 2.000 m aufweist, ist der von Nordwesten nach Südosten das Land durchquerende Fluss Vardar. Die beiden wichtigsten Seen sind der Ohrid- und der Prespa-See, welche beide im Grenzbereich zu Albanien liegen, wobei an letzterem auch Griechenland einen kleinen Anteil hat.

Abbildung: Landkarte Mazedoniens²



¹ Alle Zahlenangaben in diesem Kapitel sind, sofern nicht anders angegeben, dem Fischer Weltatlas 2007 (Frankfurt/Main 2006) entnommen, S. 337-338

² http://www.crisisgroup.org/home/index.cfm?action=conflict_search&l=1&t=1&c_country=66#map 25. März 2008

1.2.b) Staat und Verfassung

Das historische Mazedonien (oder in seiner gräzisierten Bezeichnung: Makedonien) ist ein Gebiet im Südosten Europas, das sich heute über mehrere Staaten erstreckt: Das sogenannte Ägäis-Mazedonien liegt heute im Norden Griechenlands und das sogenannte Pirin-Mazedonien liegt heute im Süden Bulgariens. Wenn heute von „Mazedonien“ die Rede ist, dann meint dies in der Regel die südlichste der ehemaligen Teilrepubliken des zerfallenen Jugoslawiens, das sogenannte Vardar-Mazedonien, welches seit 1991 ein unabhängiger Staat ist.³

Von der Staatsform her ist Mazedonien eine demokratisch-parlamentarische Republik, deren Verfassung im Wesentlichen aus dem Jahr 1991 stammt, die seither aber mehrmals überarbeitet und angepaßt wurde. An der Spitze des Staates steht der auf fünf Jahre mittels Volkswahl gewählte Präsident, der den Ministerpräsidenten ernennt. Weitere präsidiale Kompetenzen sind der Vorsitz im Nationalen Sicherheitsrat, der Oberbefehl über die mazedonischen Streitkräfte sowie ein Einspruchsrecht im Gesetzgebungsprozeß. Das Parlament (Sobranie) besteht nur aus einer Kammer mit mindestens 120 Abgeordneten, die in einer Kombination aus Mehrheits- und Verhältniswahlrecht gewählt werden. Neben Gesetzesbeschlüssen ist die Wahl des Ministerpräsidenten eine der Aufgaben des Parlaments.

1.2.c) Bevölkerung

Mazedonien hat gemäß einer Fortschreibung aus dem Jahr 2004 etwa 2.030.000 Einwohner, was gegenüber der letzten Zählung aus dem Jahr 2002 eine leichte Zunahme der Bevölkerung von 8.000 Menschen bedeutet. Zwei Drittel (64,2% davon sind slawische Mazedonier, etwa ein Viertel (25,7%) entfällt auf die sehr große Minderheit der Albaner. Darüber hinaus gibt es auch noch die weit kleineren Minderheiten der Türken (3,85%), Roma (2,66%), Bosniaken (0,84%), Serben (1,78%) und Aromunen (0,48%). Offizielle Amtssprache ist grundsätzlich Mazedonisch, nur auf lokaler Ebene werden auch Albanisch und andere Minderheitensprachen (Türkisch, Romani, Serbisch, Aromunisch) als Amtssprache anerkannt. Die mazedonische Sprache ist sehr eng mit dem Bulgarischen verwandt, weshalb sie von manchen bis heute häufig nicht als eigene Sprache anerkannt wird (vor allem von bulgarischer Seite).

³ Harald Roth: Studienhandbuch Östliches Europa (Köln, Weimar, Wien 1999), S. 259

I.2.d) Verwaltung

Verwaltungsmäßig ist das Land in 85 Gemeinden gegliedert; die größten Städte sind die Hauptstadt Skopje (467.000 Einwohner), Kumanovo (103.000), Bitola (86.000), Prilep (73.000) und Tetovo (71.000). Mazedonien ist zentralstaatlich gegliedert; es gibt keine regionalen Gebietskörperschaften, die über eine gesetzgebende Kompetenz verfügen.

I.2.e) Religion

70% der Mazedonier gehören der Mazedonisch-Orthodoxen Kirche an, 25% der Bevölkerung sind muslimisch (vor allem die Albaner); daneben gibt es auch eine kleine katholische Minderheit.

I.2.f) Wirtschaftliche Daten und Kennzahlen

BIP 2004:	5,36 Mrd. \$
Pro-Kopf-Einkommen:	2.420 \$
Realer Zuwachs:	2,9%
Arbeitslosigkeit (Ø 2004)	36%
Inflation (Ø 2004)	1,2%
Importe:	3,2 Mrd. \$ (davon 46% EU-Länder)
Exporte:	2,04 Mrd. \$ (davon 53% EU-Länder)

I.3) Historischer Überblick

Bereits in der Antike existierte der Name Makedonien, welches im vierten vorchristlichen Jahrhundert zur Großmacht innerhalb der griechischen Staaten aufgestiegen war und seine größte Bedeutung zur Zeit von Alexander dem Großen erlangte. Mazedonien ist somit eine der ältesten Bezeichnungen für ein Staatsgebilde in Europa. Diese Vormachtstellung war aber nicht von Dauer, denn schon bald zerfiel das Großreich wieder, und im zweiten Jahrhundert vor Christus verlor Makedonien seine Unabhängigkeit und wurde römische Provinz, wobei das Gebiet des heutigen Staates aufgeteilt war auf die Provinzen Moesia und Macedonia. Im Frühmittelalter gehörte das Gebiet zum Byzantinischen Reich, danach wechselten bulgarische und byzantinische Vorherrschaft einander ab, bis im 13. Jahrhundert nach und nach Serben das Gebiet beherrschten. Das aufstrebende Osmanische Reich beschränkte aber den serbischen

Aufschwung; die Schlacht am Amselfeld 1389 war ein einschneidendes Ereignis, das noch Jahrhunderte später das Geschehen im Balkanraum beeinflusste.

Nach der serbischen Niederlage am Amselfeld kamen nach und nach auch die heutigen mazedonischen Gebiete unter die Herrschaft des Osmanischen Reiches, gegen die aber in den folgenden Jahrhunderten bis zum Ende der osmanischen Oberhoheit immer wieder Aufstände losbrechen. Das gesamte 19. Jahrhundert war geprägt von Kriegshandlungen, bewaffneten Aufständen und allgegenwärtiger osmanischer Dominanz. Im Gefolge des russisch-türkischen Krieges verlor das Osmanische Reich durch den Frieden von San Stefano im März 1878 praktisch alle europäischen Gebiete; Mazedonien wurde dem Fürstentum Bulgarien zugeschlagen. Die europäischen Großmächte wollten jedoch einen zu großen slawischen und vor allem Rußland-freundlichen Staat auf dem Balkan verhindern, weshalb Mazedonien beim Berliner Kongreß, der im Sommer des gleichen Jahres stattfand, wieder zum Osmanischen Reich kam. Die Nachbarstaaten Bulgarien, Serbien und Griechenland erhoben Anspruch auf diese Gebiete und unterstützten einerseits innere Aufstände, und versuchten andererseits, die kulturelle Hegemonie im Land zu erringen. Dazu wurden vor allem Schulen gegründet, in denen in der jeweiligen Sprache unterrichtet wurde. Die mazedonische Idee definierte sich in dieser Zeit vor allem aus der Ablehnung und Abgrenzung gegenüber Griechenland und Bulgarien, die massiv auf Mazedonien und seine Bevölkerung einzuwirken versuchten.

Ein eigenes mazedonisches Nationalbewusstsein war zu dieser Zeit erst ansatzweise ausgeprägt, sicherlich auch mitverursacht durch die starke ethnische Durchmischung in der Region. Über Jahrhunderte hinweg war die Orthodoxie ein zentrales Bollwerk der mazedonischen Nationsidee. Mit der Auflösung des Erzbistums Ohrid im Jahr 1767 wurde diese Einheit für ein knappes Jahrhundert zerschlagen.⁴

Die erste nationale bewaffnete Erhebung der Mazedonier ereignete sich 1876 und hatte das klare politische Ziel, eine diplomatische Intervention der europäischen Staatskanzleien zugunsten mazedonischer Belange zu erreichen.⁵ Dieser Aufstand wurde ebenso wie ein weiterer des Jahres 1878 niedergeschlagen.

⁴ <http://faq.macedonia.org/history/development.idea.html> 3. Juli 2007

⁵ <http://faq.macedonia.org/history/uprisings.19.20.html> 3. Juli 2007

1893 wurde in Saloniki die Innere Mazedonische Revolutionäre Organisation (IMRO, mazedonisch VMRO) als militärische Widerstandsgruppe gegen das Osmanische Reich gegründet. Diese Organisation baute eine breit gefächerte Organisationsstruktur von unten nach oben auf, beginnend an der dörflichen Basis und hatte die Befreiung des Landes aus der Osmanischen Herrschaft zum Ziel. Um diesem Ziel auch entsprechenden Nachdruck zu verleihen, unterhielt die VMRO rege politische Kontakte ins Ausland. Im Exil wurden auch viele Teilnehmer an den Aufständen rekrutiert, vor allem an jenem am 2. August 1903.⁶ Der am Elias-Tag (mazedonisch Ilin-den, daher Ilinden-Aufstand) begonnene Aufstand war anfangs durchaus erfolgreich und gab der VMRO die Möglichkeit, in der Gegend um Krusevo die „Republik Krusevo“ unter der Führung des Lehrers Nikola Karev auszurufen. Im Hinblick auf die massive militärische Übermacht des osmanischen Staates war diesem Staat allerdings nur ein zehntägiges Bestehen beschert, bevor auch diese Erhebung niedergeschlagen wurde. Was aber auf jeden Fall davon blieb, waren neue nationale Heldenmythen in Mazedonien.⁷

Begleitet waren all diese Erhebungen von immer stärkeren diplomatischen Offensiven, um die europäischen Großmächte im Sinne der mazedonischen Interessen zu beeinflussen. Das Osmanische Reich hingegen war nach mehreren Kriegen und der Revolution der Jungtürken von 1906 innerlich massiv geschwächt. Die ehemals unter osmanischer Herrschaft stehenden neuen Staaten des Balkan Montenegro, Serbien, Griechenland und Bulgarien wussten diese Schwäche zu nutzen und erklärten dem Osmanischen Reich den Krieg. In nur zwei Monaten hatten sie nahezu alle europäischen Gebiete der Türkei erobert. Als Nebenerscheinung dieses Krieges erlangte Albanien die Unabhängigkeit, mit wohlwollender Unterstützung der Donaumonarchie. Die Sieger dieses Krieges führten wenige Monate später erneut Krieg um die Aufteilung der Beute; Resultat war die Aufteilung des historischen Gebietes Mazedonien auf die Länder Serbien (etwa 50 %), Griechenland (etwa 40 %) und Bulgarien (etwa 10 %).⁸

Nach dem Ersten Weltkrieg, in dem die serbischen Gebiete Mazedoniens von Bulgarien besetzt waren, wurden diese dem neuen Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen (SHS-Staat) eingegliedert. Dort war Serbien die neue dominierende Macht über die

⁶ <http://faq.macedonia.org/history/uprisings.19.20.html> 3. Juli 2007

⁷ <http://faq.macedonia.org/history/uprisings.19.20.html> 3. Juli 2007

⁸ Erik Krojher (Hg.): Political Parties in the Western Balkan Region; Wien 2002, S. 93

mazedonische Bevölkerung. Die VMRO existierte weiterhin und richtete ihre Aktivitäten nun gegen Serbien; beispielsweise war sie 1934 am Attentat auf den jugoslawischen König Alexander beteiligt.⁹ In den 1930er und 40er Jahren orientierte sich die VMRO sehr stark an faschistischen Staaten wie dem Deutschen Reich oder Italien.

1929 wurde der bisherige SHS-Staat von König Alexander in Jugoslawien umbenannt und in neun größtenteils nach Flüssen benannte Verwaltungseinheiten, sogenannte „Banschaften“ gegliedert. Mazedonien gehörte zur Banschaft Vardar, benannt nach dem gleichnamigen Fluss. Nach dem deutschen Angriff auf Jugoslawien im April 1941 wurde Mazedonien von Bulgarien annektiert. Bulgarien sah die slawische Bevölkerung Mazedoniens als eigentlich bulgarisch an; die Tito-Kommunisten hingegen anerkannten sie als eigene Nation, daraus erklärt sich auch der Republiks-Status im neuen Jugoslawien nach dem Zweiten Weltkrieg. Generell erlebte Mazedonien unter Tito eine Phase der relativen Ruhe und Stabilität. Auch die Unabhängigkeit des Staates erlangte Mazedonien im Gegensatz zu den anderen Teilrepubliken Jugoslawiens ohne blutigen Bürgerkrieg, wiewohl Jahre später die politische Situation regelmäßig an der Kippe stand.

⁹ Arno Weckbecker/Frank Hoffmann: Die Entwicklung der politischen Parteien im ehemaligen Jugoslawien; München 1997, S. 115

II) Mazedonien und seine Nachbarn:

II.1) Griechenland

Das Verhältnis zwischen Griechenland und Mazedonien ist stark dominiert von der Auseinandersetzung um den Staatsnamen Mazedoniens, das sich selbst als „Republik Mazedonien“ bezeichnet. Allerdings trägt der Staat im internationalen Umgang (v.a. UNO, EU etc.) den Namen „Former Yugoslav Republic of Macedonia“ (FYROM), unter welchem der Staat auch am 8. April 1993 in die UNO aufgenommen wurde. Dieser Name deutet einerseits auf seine Zeit im jugoslawischen Staatsverband, andererseits auf seine Differenzen mit dem Nachbarn Griechenland hin, das die Anerkennung der Bezeichnung „Mazedonien“ als Staatsname mit dem Hinweis auf die gleichnamige griechische Provinz nach wie vor verweigert.

Schon seit der Antike gab es als Namen für diesen Landstrich auf dem Balkan die Bezeichnung Makedonien: Das gleichnamige Reich Alexanders des Großen etwa, der zeitweise sein Herrschaftsgebiet bis in die Gegend des heutigen Afghanistan ausdehnen konnte, wird aufgrund der damaligen Sprache und Kultur vom südlichen Nachbarn Griechenland als Teil der eigenen Geschichte angesehen.

Der Name Macedonia blieb auch für die römische (Provinz Macedonia) und byzantinische Zeit erhalten, als nach der slawischen Landnahme im 6. Jahrhundert in den Verwaltungsakten die hier lebenden Slawen als „mazedonische Slawen“ bezeichnet wurden. In der Osmanischen Zeit wurde dieser Teil der Provinz Rumelien als „Makedonien“ bezeichnet.¹⁰

In den Balkankriegen 1913 hatte Griechenland Südmazedonien erobert, schuf aber dennoch zunächst keine Verwaltungseinheit, die die gebräuchliche Bezeichnung dieser Gegend auch im amtlichen Namen trug, da die alten, 1997 aufgehobenen Provinzen stets nach dem Hauptort benannt waren. Als offizieller Name taucht Mazedonien in Griechenland erst gegen Ende der 1980er Jahre auf im Rahmen eines Programmes für Regionalförderungen der damaligen EG. Schon zuvor, nämlich 1985, war das

¹⁰ Hans-Lothar Steppan: Der mazedonische Knoten. Die Identität der Mazedonier dargestellt am Beispiel des Balkanbundes 1878 – 1914. Eine Dokumentation zur Vorgeschichte der Republik Mazedonien nach Aktenlage des Auswärtigen Amtes; Wien/Frankfurt 2004

Ministerium für Nordgriechenland in Ministerium für Makedonien und Thrakien umbenannt worden.

Gegen die Jugoslawische Teilrepublik Mazedonien, die von 1944 bis 1991 bestand, hatte Griechenland zunächst wegen des Bürgerkriegs, später aus politischen Gründen nie Einspruch erhoben: Griechenland war Mitglied der NATO, die in der Zeit des Kalten Krieges an guten Beziehungen zu Jugoslawien interessiert war, weil dieses einen von Moskau unabhängigen Kurs ging. Pikanterweise aber hätte Griechenland zu diesem Zeitpunkt eher Anlass zur Sorge haben können als sonst jemals: In einem Aufruf der Kommunistischen Partei Mazedoniens anlässlich ihrer Gründung im August 1944 heißt es nämlich, dass man „auch die Vereinigung aller Teile Mazedoniens erreichen“ wolle, die seit den Balkankriegen abgetrennt waren.¹¹

Als Jugoslawien 1991 auseinanderbrach und Mazedonien im Zuge seiner Unabhängigkeit historische - aus griechischer Sicht hellenische - Namen und Symbole (Stern von Vergina) benutzte, erhob die griechische Regierung heftigen Protest und verweigerte die diplomatische Anerkennung Mazedoniens. Als Mitglied in NATO und EU blockiert Griechenland seither die Aufnahme Mazedoniens in beide Organisationen.

Der Gebrauch eines in Griechenland gebräuchlichen Namens löste in der griechischen Bevölkerung Unruhe aus. Im Besonderen kam der Verdacht auf, der neue Nachbarstaat könnte territoriale Forderungen stellen.¹² Griechenland verwies dabei auf den Artikel 49 der mazedonischen Verfassung vom November 1991, der den Minderheitenschutz und die kulturelle Förderung der Auslandsmazedonier postulierte.¹³ Dieses Argument konnte die mazedonische Seite sehr rasch entkräften, indem Mazedonien einen Zusatz in der Verfassung verankerte, keinerlei Gebietsansprüche gegenüber seinem griechischen Nachbarn geltend machen zu wollen. Auch ist die mazedonische Minderheit in Griechenland zu klein, als dass von ihr auch nur irgendeine Gefahr für die territoriale Integrität Griechenlands ausgehen könnte.¹⁴ Aus militärischer Sicht waren die

¹¹ Gastkommentar von Detlev Kleinert: Griechische Agitation. In: Die Presse, 21. Mai 2008, S.45

¹² Entwurf des Berichtes des Europäischen Parlaments zum Fortschrittsbericht der Europäischen Kommission über die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien 2006, S. 9

http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2004_2009/documents/pr/663/663188/663188de.pdf 18. März 2008

¹³ Marie-Janine Calic: Außen- und Sicherheitspolitik. In: Margaditsch Hatschikjan und Stefan Troebst (Hg.), Südosteuropa. Ein Handbuch. Gesellschaft, Politik, Wirtschaft, Kultur; München 1999, S. 294

¹⁴ Gastkommentar von Max Demeter Peyfuss: Bitte ein bißchen mehr Humor! In: Die Presse, 30. Mai 2008, S. 33

Kraftverhältnisse ohnehin seit jeher klar, und Mazedonien konnte überdies mit gleichem Recht auf den Artikel 108 der griechischen Verfassung über die Unterstützung und Förderung der griechischen Diaspora verweisen.¹⁵

Griechenland wiederum gab eigentlich anfangs zu verstehen, dass es nicht prinzipiell etwas gegen einen neuen Nachbarn habe, sondern lediglich gegen den Namen, den dieser für sich und seine Bewohner beanspruche. Man sei ganz im Gegenteil an guten und konstruktiven nachbarschaftlichen Beziehungen interessiert und auch gerne bereit, dem neuen Nachbarn entsprechende politische und wirtschaftliche Unterstützung entgegenzubringen.¹⁶

1995 unterzeichneten die beiden Staaten ein Interimsabkommen,¹⁷ das die nachbarschaftlichen Beziehungen ganz wesentlich verbesserte. In diesem Abkommen vereinbarten die beiden Nachbarn, dass Griechenland sein 1993 gegen Mazedonien verhängtes Wirtschaftsembargo aufhebt, wodurch Griechenland zu einem der engsten Handelspartner Mazedoniens wurde. Griechenland verpflichtete sich außerdem, den Beitritt Mazedoniens zu internationalen Organisationen nicht zu behindern, sofern dies unter der Bezeichnung FYROM und nicht unter dem verfassungsmäßigen Namen geschehen würde. Im Gegenzug änderte Mazedonien mit der Entfernung der sechzehnstrahligen, nach ihrem Fundort benannten Sonne von Vergina seine Staatsflagge. Dieses Symbol findet sich in Gräbern der mazedonischen Könige und schließt somit an die Hochblüte der mazedonisch-griechischen Zeit an. Umgekehrt sieht Griechenland wegen des im heutigen Nordgriechenland liegenden Fundortes die Sonne von Vergina als hellenistisches, urgriechisches Symbol an und ließ es 1993 vom griechischen Parlament zum nationalen Symbol erklären. Trotz der historischen Herkunft waren auf mazedonischer Seite vergleichsweise wenige Emotionen damit verbunden, weshalb eine Änderung der Flagge relativ problemlos möglich war. Die ursprüngliche Flagge war eigentlich eine Kompromißlösung, da für die albanische Minderheit keinerlei christliche Symbolik in Frage kam, und der gelbe Löwe auf rotem Grund bereits als Parteisymbol der VMRO vergeben war.¹⁸

¹⁵ Marie-Janine Calic: Außen- und Sicherheitspolitik. In: Margaditsch Hatschikjan und Stefan Troebst (Hg.), Südosteuropa. Ein Handbuch. Gesellschaft, Politik, Wirtschaft, Kultur; München 1999, S. 293

¹⁶ http://de.wikipedia.org/wiki/Streit_um_den_Namen_Mazedonien 18. März 2008

¹⁷ The Western Balkans. Facts and Figures. Interne Studie des EDU-Sekretariats 2001

¹⁸ Viktor Meier: Von der mazedonischen zur griechischen Frage, S. 22. In: Europ. Rundschau 1/1995, 23. Jg., S. 17-24



**Flagge der Republik Mazedonien 1992–
1995**



**Flagge der Republik Mazedonien seit
1995**

Mazedonien verabschiedete außerdem einen Verfassungszusatz, der jegliche territoriale Veränderungen explizit ausschließt.¹⁹ Die beiden Staaten kamen weiters überein, einander nicht bei der Ausgestaltung ihrer bilateralen Beziehungen zu anderen Staaten zu behindern.²⁰ Eine wesentliche Rolle in der politischen Entspannung zwischen den beiden Staaten spielte neben den zwischenstaatlichen Abkommen sicherlich auch der Führungswechsel in Griechenland; denn der Papandreou-Nachfolger Kostas Simitis verfolgte in der Mazedonien-Frage eine wesentlich konziliantere Politik als sein Vorgänger.

Als Mazedonien im Dezember 2006 den Internationalen Flughafen von Skopje in „Flughafen Alexander der Große“ umbenannte, warf Griechenland seinem Nachbarn den Bruch dieses 1995 ausverhandelten Abkommens vor. Auch das Europäische Parlament kritisierte die Umbenennung des Flughafens.²¹ Athen argumentiert dahingehend, dass damit eine Verwechslung mit dem de facto gleichnamigen, bereits bestehenden Flughafen „Megas Alexandros“ im nordgriechischen Kavala nicht auszuschließen ist. Im Zuge der Verhandlungen über den Staatsnamen gab es später immer wieder Forderungen und Vorschläge beider Seiten über eine Rückbenennung der Flughäfen in Skopje und Saloniki, die aber bisher ebenfalls noch zu keinem Ergebnis führten. Letzteren Flughafen hatte Griechenland schon 1992, also kurz nach der Unabhängigkeit des neuen Nachbarn, von „Mikra“ in „Makedonien“ umbenannt.

¹⁹ http://www.esiweb.org/index.php?lang=de&id=311&film_ID=4&slide_ID=26 18. März 2008

²⁰ Newsletter der KAS Skopje vom 28. Februar 2008

²¹ Entwurf des Berichtes des Europäischen Parlaments zum Fortschrittsbericht der Europäischen Kommission über die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien 2006, S. 10
http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2004_2009/documents/pr/663/663188/663188de.pdf
18. März 2008

Ähnliche Empfindlichkeiten sind aber auch in die andere Richtung vorzufinden: Wie erst im März 2007 publik wurde, hatte sich bereits im Oktober 2006 eine unschöne Begebenheit bei einer Militärparade in Thessaloniki zugetragen, als nämlich griechische Soldaten Lieder mit antimazedonischen Inhalten sangen. Als nun später eine Videoaufzeichnung über diesen Zwischenfall auftauchte, überreichte Igor Ilievski, Staatssekretär im Außenministerium, eine Protestnote an die griechische Botschafterin in Skopje, Theodora Grosomanidou, die ihr Bedauern über den Vorfall ausdrückte.²² Ein anderes Beispiel für die bizarre Auseinandersetzung war der der Einfuhrstop, den Griechenland knapp vor dem orthodoxen Osterfest 2008 gegen Lammfleisch aus Mazedonien verhängt hatte. Begründung: Skopje hatte sich geweigert, das Fleisch wie gewünscht als Produkt der „Früheren Jugoslawischen Republik Mazedonien“ (FYROM) zu deklarieren.²³

International gesehen gibt es keine einheitliche Sichtweise dieser Namens-Problematik: Während 120 Staaten, darunter drei der fünf Ständigen Mitglieder im UN-Sicherheitsrat, nämlich die USA, Rußland und China den Staat unter dem Namen „Mazedonien“ anerkannt haben, benutzen die anderen beiden Ständigen Mitglieder Frankreich und Großbritannien so wie die meisten EU-Staaten im offiziellen Umgang die Bezeichnung FYROM. Etwas lockerer ist der Umgang mit der Namensfrage allerdings im bilateralen Verkehr mit Mazedonien. Die Türkei beispielsweise hatte Mazedonien von Anfang an unter seinem verfassungsmäßigen Namen anerkannt; dies jedoch in erster Linie aufgrund der langjährigen Gegnerschaft zu Griechenland.

Argumente gegen die verhärteten Fronten in Form ähnlich gelagerter Fälle gibt es einige in Europa: Beispielsweise existiert neben dem unabhängigen Staat Luxemburg eine gleichnamige Provinz in Belgien, und der Name des unabhängigen Staates Moldau ist identisch mit der Bezeichnung für den Nordosten des angrenzenden Rumänien. Ähnlich Aserbaidshan: Dieser Staatsname ist gleich mit den Namen zweier iranischer Provinzen. In all den genannten Fällen ist die Namensgleichheit kein Problem.²⁴

²² Newsletter der KAS-Skopje vom 1. April 2007

²³ Die Presse, 23. April 2008, S. 8

²⁴ Entwurf des Berichtes des Europäischen Parlaments zum Fortschrittsbericht der Europäischen Kommission über die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien 2006, S. 10
http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2004_2009/documents/pr/663/663188/663188de.pdf 18. März 2008

Beilegungsversuche dieses Namensstreites durch die Vereinten Nationen und andere Vermittler sind bisher erfolglos geblieben. Seit Beginn der Differenzen gab es eine Vielzahl von Vorschlägen von internationaler Seite:²⁵

- Republik Skopje - benannt nach der Hauptstadt
- Vardarska Republika - Vardar-Republik; benannt nach dem wichtigsten und einzig schiffbaren Fluß Vardar; in Anlehnung an die Banschaft „Vardar“ aus der Zeit der jugoslawischen Königsdiktatur
- Dardanien - bezogen auf das nördliche Nachbarvolk der antiken Makedonen, die Dardaner, die auch in der Region um Skopje siedelten (die jedoch ihrerseits von Kosovo-Albanern als Vorfahren reklamiert werden)
- Paioninen - benannt nach einem weiteren antiken Volk aus dieser Gegend, den Paioniern
- Südslawien - diese Bezeichnung würde auf die jugoslawische Vergangenheit hinweisen
- Zentralbalkanische Republik
- Republik Mazedonien - Skopje
- Slawische Republik Mazedonien
- Slawomazedonien
- Neumazedonien
- Obermazedonien
- Nordmazedonien
- Mazedonoslawien
- Demokratische Republik Mazedonien

Griechenland weigert sich lange Zeit, einen Namen anzuerkennen, in dem der Wortstamm mazedon- enthalten ist; mittlerweile ist für Griechenland aber auch eine unterscheidende Ergänzung im Namen denkbar. Umgekehrt ist für Mazedonien ein Verzicht auf diesen Wortteil undenkbar. Auf längere Sicht dürfte Griechenland mit seiner starren Haltung aber in Argumentationsnotstand geraten, da die griechische Sicht der Dinge vor allem innerhalb der EU von immer weniger politischen Repräsentanten geteilt wird.

²⁵ http://de.wikipedia.org/wiki/Streit_um_den_Namen_Mazedonien 18. März 2008

Schwierig ist die Lösung dieser Frage auch deshalb, weil die beiden Streitparteien einen unterschiedlichen Zugang zum Thema pflegen: Während Mazedonien die Auseinandersetzung als eine bilaterale Streitfrage mit dem Nachbarn ansieht, ist sie für Griechenland eine internationale Angelegenheit, soll heißen, relevant für Beitritt zu NATO und EU.

Seit Anfang 2008 gab es im Hinblick auf den angestrebten Beitritt Mazedoniens zur NATO mehrere neue Anläufe um eine Lösung dieses nun schon jahrelange schwelenden Streites: Im März 2008 fand in Wien unter internationaler Vermittlung erneut ein Treffen von Vertretern der beiden Streitparteien statt. Zuvor hatte der amerikanische UN-Vermittler Matthew Nimetz erneut fünf Namensvorschläge präsentiert:²⁶

- Neue Republik von Mazedonien
- Konstitutionelle Republik Mazedonien
- Demokratische Republik Mazedonien
- Unabhängige Republik Mazedonien
- Republik-Ober-Mazedonien

Die Fronten blieben aber verhärtet, jeder dieser Vorschläge wurde von zumindest einer Seite abgelehnt, und Griechenland blieb bislang bei seiner ablehnenden Haltung, was die Aufnahme in die NATO angeht, was wiederum einen Bruch des Interim-Abkommens von 1995 darstellen würde. Dies ist insofern bemerkenswert, als Griechenland nun einen NATO-Beitritt auch unter der Bezeichnung FYROM, unter der Mazedonien in die UNO aufgenommen wurde, Probleme hat.²⁷ Von offiziellen mazedonischen Stellen war zu hören, dass einige dieser Vorschläge denkbar sein könnten, nämlich „Demokratische Republik Mazedonien“ sowie „Unabhängige Republik Mazedonien“.²⁸

Doch nicht nur auf politischer Ebene ist eine Lösungsfindung schwierig: auch die öffentliche Meinung auf beiden Seiten erschwert einen Kompromiß: Griechische Meinungsumfragen ergaben, dass weit über 80% der griechischen Bevölkerung einen

²⁶ Die Presse, 18. März 2008, S. 8

²⁷ Die Presse, 7. März 2008, S. 5

²⁸ „Two countries at odds over a name“ BBC-Bericht vom 6. März 2008
<http://news.bbc.co.uk/2/hi/europe/7278023.stm> 18. März 2008

NATO-Beitritt Mazedoniens ablehnen. Umgekehrt aber sprechen sich ebensoviele Mazedonier gegen eine Namensänderung zur Erreichung des NATO-Beitritts aus.²⁹

Schon im Vorfeld des Bukarester NATO-Gipfels war von NATO-Stellen zu hören, dass die Standhaftigkeit der griechischen Unterhändler nicht unterschätzt werden dürfte.³⁰ Deutlich und realistisch auch die Aussage des Generalsekretärs der NATO Jaap de Hoop Scheffer, wonach Griechenland im Vorteil sei, da es bereits Mitglied der NATO ist und Mazedonien eben erst Beitrittskandidat sei.³¹ Problematisch dabei auch die Rolle der westlichen Repräsentanten, die als Lohn für politische Reformen stets auch einen NATO-Beitritt in Aussicht gestellt hatten. Nach dem griechischen Veto stehen sie in ihrer Glaubwürdigkeit nun beschädigt da. Für das Klima zwischen den beiden Verhandlungspartnern waren zynische Aussagen der griechischen Außenministerin Bakoyannis nicht eben förderlich, die nach dem Bukarester Gipfel in einer Stellungnahme meinte, Athen wünsche den Beitritt von „FYROM“ zur NATO, denn die Griechen hätten starke freundschaftliche Gefühle für „das Volk von FYROM“.³²

Ministerpräsident Gruevski, dessen Regierung zu diesem Zeitpunkt kurz vor dem Ende stand, gab seiner Frustration über die verfahrenere Lage rund um den NATO-Gipfel Ausdruck: „Griechenland hat angekündigt, dass es während des NATO-Gipfels von seinem Vetorecht Gebrauch machen, und dass Mazedonien keine Einladung erhalten wird, wenn es seinen Namen nicht ändert. Unsere Bürger sind von dieser Erpressung etwas frustriert und nicht bereit zu weiteren Änderungen. Wir sind bereit, das Problem zu überwinden, doch die Bürger sind nicht bereit, unseren Namen und unsere Identität völlig zu ändern.“³³

Diese Aussage spiegelt sehr schön den Zugang der VMRO zu dieser Streitfrage wider, indem Gruevski sich seit Amtsantritt des Nationalbewusstseins seiner Staatsbürger bedient – vom Bukarester NATO-Gipfel kehrte Gruevski nicht als gedemütigter Verlierer, sondern geradezu als heldenhafter Verteidiger mazedonischer Interessen heim.

²⁹ http://www.esiweb.org/index.php?lang=de&id=311&film_ID=4&slide_ID=26 18.März 2008

³⁰ <http://www.dw-world.de/dw/article/0.2144.3174411.00.html> 18. März 2008

³¹ "We have to realize that Greece is a staunch member of NATO. Aspiring nations are not members of NATO, and that is the basic difference." RFE/RL-Newsline 4. März 2008
<http://origin.rferl.org/content/Article/1144064.html> 7. Juli 2008

³² Neue Zürcher Zeitung, 5 April 2008

³³ http://www.esiweb.org/index.php?lang=de&id=311&film_ID=4&slide_ID=26 18.März 2008

Das ist allerdings ein zweischneidiges Schwert für ihn: Spätestens seit seinem Wahlerfolg im Juni 2008 ist er unbestritten die politische Führungsfigur Mazedoniens und damit der Hauptverantwortliche für jegliches politische Geschehen. Sollte daher eine Lösung in dieser Angelegenheit noch mehr als ein oder zwei Jahre in Anspruch nehmen, so besteht für ihn die Gefahr, dass mittelfristig er selbst von den Wählern als „Schuldiger“ angesehen wird. Die SDSM spielt in der Namensfrage - bei aller grundsätzlichen Übereinstimmung mit der VMRO - jedenfalls mit wesentlich weniger Inbrunst auf der Orgel des Patriotismus als die VMRO.

Bei einem Staatsbesuch in Wien im Mai 2008 erklärte der griechische Staatspräsident, dass Mazedonien für eine Lösung der Streitfrage „gewisse Bedingungen“ erfüllen müsse, und ein Beitritt zur NATO sei solange nicht möglich, wie Mazedonien seine „fast feindliche Haltung“ gegenüber Griechenland nicht aufgibt.³⁴ Im Gegenzug warf der mazedonische Außenminister Milososki Griechenland vor, mit zweierlei Maß zu messen: Einerseits würde Athen die griechische Minderheit in der Türkei nicht als Gefahr für den türkischen Staat betrachten, umgekehrt aber würde es die mazedonische Minderheit im eigenen Land sehr wohl als Gefahr ansehen. Mazedonier innerhalb wie außerhalb des Mutterlandes seien keinesfalls eine Gefahr für Griechenland.³⁵ Milososkis Vorwurf der Unverhältnismäßigkeit ist nicht von der Hand zu weisen, da seit jeher die Mazedonien-Thematik eine starke innenpolitische Komponente in Griechenland hatte.

Griechenland ging bisher noch einen Schritt weiter, indem es überhaupt die Anerkennung der mazedonischen Minderheit im eigenen Land verweigerte. Ministerpräsident Gruevski schrieb im Sommer 2008 seinem griechischen Amtskollegen einen Brief, in dem er die Anerkennung der mazedonischen Minderheit einforderte und um eine symbolische Restitution an die mazedonischen Flüchtlinge während des griechischen Bürgerkrieges in den 1940er Jahren. Die Antwort aus Athen kam postwendend: Es gäbe keine mazedonische Minderheit in Griechenland, und alle Forderungen nach Zuerkennung von Minderheitenrechten seien daher völlig halt- und grundlos.³⁶ In Fortführung der

³⁴ Die Presse, 3. Juli 2008

³⁵ Bericht Balkan Insight 11. August 2008 <http://www.balkaninsight.com/en/main/news/12307/>

³⁶ „There is no 'Macedonian' minority in Greece. There never has been. In this respect, any allegations regarding the existence of such a minority are totally unfounded, politically motivated and disrespectful of the historic realities of the region.“ Bericht Balkan Insight 18. Juli 2008 <http://www.balkaninsight.com/en/main/news/11916/>

Briefdiplomatie wandte sich Gruevski in einem Schreiben an EU-Kommissionspräsident Barroso mit der Bitte um Unterstützung in der Minderheitenfrage.³⁷

Verbunden mit der Namensfrage ist auch noch ein Nebenschauplatz auf religiöser Ebene: Gruevski bemühte sich seit jeher um die Anerkennung der mazedonischen Orthodoxie, die ihr die anderen autokephalen orthodoxen Kirchen bisher verweigerten. In einem weiteren Brief an den UN-Vermittler Nimetz versuchte Gruevski, diese Frage auf die Tagesordnung der Namensgespräche zu bringen, um auch in dieser Frage eine Lösung zu erreichen.³⁸ Aufgrund ihrer Verbundenheit mit der Politik ist die griechische Orthodoxie sicherlich eine Schlüsselstelle für die Anerkennung, weshalb zwar der Einwurf Gruevskis nicht von der Hand zu weisen war, von Nimetz aber dennoch abgelehnt wurde.³⁹ Ähnlich die Sicht der Dinge durch UNO-Generalsekretär Ban Ki-Moon: Zuerst müsse die Namensfrage gelöst werden, alle anderen Streitpunkte würden sich danach wesentlich leichter lösen lassen.⁴⁰

Einen etwas sperrigen Lösungsvorschlag von Nimetz, wonach nämlich Mazedonien sich zwar selbst bei seinem verfassungsmäßigen Namen „Republik Mazedonien“ nennen, diesen Namen im internationalen Umgang aber nicht verwenden solle, hatten zuvor schon sämtliche mazedonische Parteien abgelehnt.⁴¹ Dem mazedonischen Gegenvorschlag, im bilateralen Umgang mit Griechenland als FYROM, im internationalen Verkehr jedoch als „Republik Mazedonien“ aufzutreten, konnte wiederum Griechenland nichts abgewinnen.⁴² Zum letzten Kompromißvorschlag von Nimetz, als Namen „Nördliche Republik Mazedonien“ zu verwenden, kam zwar Zustimmung von Gruevski und Crvenkovski, nicht aber von griechischer Seite.⁴³

Die Namensfrage bleibt also vorerst ungelöst auf der Agenda, wiewohl Nimetz bei der jüngsten Verhandlungsrunde im Sommer 2008 durchaus optimistisch gestimmt war, noch im selben Jahr zu einer gemeinsamen Lösung zu finden. Das wäre auch durchaus im Interesse der Regierung Mazedoniens, die nichts mehr fürchtet, als im Herbst 2008

³⁷ Bericht Balkan Insight 21. Juli 2008 <http://www.balkaninsight.com/en/main/news/11936/>

³⁸ Bericht Balkan Insight 12. August 2008 <http://www.balkaninsight.com/en/main/news/12327/>

³⁹ Bericht Balkan Insight 14. August 2008 <http://www.balkaninsight.com/en/main/news/12371/>

⁴⁰ Bericht Balkan Insight 19. August 2008 <http://www.balkaninsight.com/en/main/news/12495/>

⁴¹ Newsletter der KAS-Skopje Oktober 2007

⁴² Newsletter der KAS-Skopje Jänner 2008

⁴³ Deutsche Welle/Fokus Ost-Südost 21. August 2008 http://www.dw-world.de/dw/article/0,,3584414,00.html?maca=de-newsletter_ostfokus-643-html-nl

aufgrund des Konfliktes erneut keinen klaren Termin für den Beginn von Verhandlungen über den EU-Beitritt zu bekommen. Griechische Stellen lassen bereits mit entsprechenden Hinweisen aufhorchen.⁴⁴ Ebenso an einer möglichst raschen Einigung interessiert sind die USA, um kurz vor Ende der Amtszeit von Präsident Bush noch zu einer Lösung – und damit zu einem außenpolitischen Erfolg - zu finden.⁴⁵

Genau das, so spekulieren jedenfalls mazedonische Medien, wolle Griechenland jedoch nicht, sondern werde erst nach der Wahl eines neuen US-Präsidenten in dieser Frage entscheiden, was die mazedonischen EU-und NATO-Ambitionen weiter verzögern würde.⁴⁶ Im Hinblick auf die für Frühjahr 2009 fälligen Parlamentswahlen in Griechenland sowie auf die Kommunal- und Präsidentenwahlen in Mazedonien mit potentieller Anfälligkeit für starke Worte in Richtung Mazedonien ist jeglichem Zeitplan aber tendenziell mit Vorsicht zu begegnen.

II.2) Bulgarien

Neben Griechenland ist auch das Verhältnis zum Nachbarstaat Bulgarien schwierig. Die Ursachen für die Differenzen liegen einerseits weit zurück in der Geschichte, wofür als gutes Beispiel die heute bulgarische Stadt Blagoevgrad dienen kann, welche im Laufe ihrer Geschichte zu Bulgarien, Mazedonien und Griechenland gehört hatte.⁴⁷

Andererseits aber liegen die Ursachen in den Versäumnissen der Politik in den letzten Jahren. Wohl anerkannte Bulgarien schon am 15. Jänner 1992 als erster Nachbarstaat Mazedoniens Eigenstaatlichkeit, jedoch mit der wesentlichen Einschränkung, Bulgarien würde Mazedonien zwar als Staat, nicht aber als Nation anerkennen. Der Zustand der Nichtakzeptanz von Mazedoniens Volk und Sprache durch Bulgarien hielt noch Jahre hindurch an.⁴⁸ Erst ab 1999 unterzeichneten Vertreter der beiden Staaten bilaterale Verträge, da sich bis dahin Bulgarien der Ausfertigung der Abkommen in der

⁴⁴ Bericht südosteuropa investment 11. September 2008, [http://www.sudosteuropa.at/index.php?id=38&no_cache=1&tx_ttnews\[tt_news\]=2587&tx_ttnews\[backPid\]=6&cHash=9184bee1cb](http://www.sudosteuropa.at/index.php?id=38&no_cache=1&tx_ttnews[tt_news]=2587&tx_ttnews[backPid]=6&cHash=9184bee1cb)

⁴⁵ Bericht Balkan Insight 19. August 2008 <http://www.balkaninsight.com/en/main/news/12468/>

⁴⁶ Deutsche Welle/Fokus Ost-Südost 21. August 2008 http://www.dw-world.de/dw/article/0,,3584414,00.html?maca=de-newsletter_ostfokus-643-html-nl

⁴⁷ Johanna Deimel: Bulgarien – Mazedonien: Skizzen einer Annäherung, S. 53 In: Europ. Rundschau, 27. Jg., Nr. 2/1999, S. 53-61

⁴⁸ Harald Roth: Studienhandbuch Östliches Europa (Köln, Weimar, Wien 1999), S 264

mazedonischen Landessprache widersetzte.⁴⁹ Teilweise ist in Bulgarien sogar heute noch von „Westbulgaren mit Bauerndialekt“ die Rede, und meint damit die Mazedonier.⁵⁰

Im Zuge der Kosovokrise von 1998, die auch Mazedonien beinahe in den Abgrund gerissen hätte, entwickelte Bulgarien zunehmendes Interesse an einem politisch stabilen Nachbarn, um nicht selbst durch die instabile Lage in Mitleidenschaft gezogen zu werden. In den letzten Jahren kooperierten die beiden Nachbarn vor allem in Energieangelegenheiten, wobei Mazedonien einen großen Teil seines Strombedarfes aus Bulgarien importiert. Nach der Schließung des bulgarischen Atomkraftwerkes Kosloduj kam es allerdings kurzfristig zu Versorgungsengpässen, die die beiden Länder dazu brachte, beim Energiebezug aus der Kaspischen Region noch enger zusammenzuarbeiten.⁵¹

Wie schwierig das Verhältnis zwischen den beiden Nachbarn auch heute noch ist, zeigt sich an Kleinigkeiten. Während des Parlamentswahlkampfes 2006 machte der damalige Premierminister Buckovski den Vorschlag, den mazedonischen Nationalfeiertag Ilinden im Gedenken an die Erhebung vom August 1903 gegen die Osmanische Herrschaft gemeinsam mit dem bulgarischen Nachbarn zu feiern. Der gut gemeinte Versuch kam jedoch keineswegs gut an; Präsident Crvenkovski rückte von seinem Premier in dieser Frage ab, und die Bevölkerung sprach sich erst recht dagegen aus.⁵²

Zweifellos haben sich die Beziehungen zwischen den beiden Staaten in der Zwischenzeit wesentlich verbessert; so unterstützte Bulgarien klar den angestrebten Beitritt Mazedoniens zur NATO. „For us as a Balkan country it is very important that the three countries Macedonia, Croatia and Albania - become members of the alliance“, so der bulgarische Verteidigungsminister wenige Tage vor dem Bukarester NATO-Gipfel Anfang April 2008.⁵³

⁴⁹ Marie-Janine Calic: Außen- und Sicherheitspolitik. In: Margaditsch Hatschikjan und Stefan Troebst (Hg.), Südosteuropa. Ein Handbuch. Gesellschaft, Politik, Wirtschaft, Kultur; München 1999, S. 293

⁵⁰ Newsletter der KAS-Skopje vom 15. Juni 2006

⁵¹ Björn Opfer-Klinger: Zwischen äußerer Stabilisierung und innerer Krise: Mazedonien im Sommer 2008. Aus Politik und Zeitgeschichte 32/2008, <http://www.das-parlament.de/2008/32/Beilage/004.html>

⁵² Newsletter der KAS-Skopje vom 15. Juni 2006

⁵³ <http://www.mia.com.mk/default.aspx?mld=125&vld=40283789&lld=2&title=EURO-ATLANTIC+INTEGRATION> 15. Juli 2008

II.3) Albanien

Das Verhältnis zwischen Albanien und Mazedonien ist heute ein sehr gutes und konstruktives. In der Anfangsphase der Unabhängigkeit war dies nicht der Fall, den die Existenz einer großen albanischen Minderheit bot ein Übermaß an Konfliktpotential. Hatte sich die Jugoslawische Teilrepublik in ihrer Verfassung von 1974 noch als Staat der Mazedonier samt ihrer albanischen, türkischen und sonstigen Minderheiten definiert, war in der Verfassung von 1991 die Rede von einem Nationalstaat der Mazedonier.⁵⁴ Die älteste Albaner-Partei PDP rief daher zum Boykott des Unabhängigkeitsreferendums auf; Vertreter derselben Partei organisierten 1992 ein Referendum für politische Autonomie und riefen 1994 die sogenannte „Republik Ilirida“ aus. Als langfristiges Ziel von extremistischen Albanern hätte dieser „Staat“ Mazedonien, Kosovo und Albanien umfassen sollen. Realistischerweise war aufgrund der schlechten wirtschaftlichen Situation in Albanien eine Vereinigung mit dem „Mutterland“ in den 1990er Jahren keine ernsthafte Option für die albanische Minderheit. Heute hat sich das Verhältnis zwischen den beiden Nachbarstaaten, die in vielen Bereichen gut zusammenarbeiten, massiv verbessert. Erst kürzlich haben die beiden Nachbarn gegenseitig die Visumpflicht aufgehoben.

II.4) Kosovo und Serbien

Obwohl zwei unabhängige Staaten, möchte ich den Zustand der nachbarschaftlichen Beziehungen zwischen Mazedonien sowie Serbien und Kosovo in ein gemeinsames Kapitel zusammenfassen, da die beiden Materien ohnehin nicht getrennt voneinander betrachtet werden können. Überdies war Kosovo bis zum Februar 2008 zumindest völkerrechtlich Teil des serbischen Staates.

Mit Serbien ist Mazedonien über das Band der Orthodoxie lose verbunden, obwohl die serbisch-orthodoxe Kirche die Abspaltung des mazedonischen Patriarchats nicht anerkennt, was regelmäßig zu Streitigkeiten führt. In der Anfangszeit der staatlichen Unabhängigkeit war es der mazedonischen Politik gelungen, den eigenen Staat aus den blutigen Wirren des jugoslawischen Zerfalls herauszuhalten. Das war nicht so

⁵⁴ Robert Pichler: Makedonien im Dilemma ethnisch divergierender Entwicklungsprozesse, S. 84 In: Michael Daxner u.a. (Hg.): Bilanz Balkan. Wien 2005, S. 93

selbstverständlich, wie ein unmoralisches Angebot des damaligen serbischen Diktators Milosevic zeigte: Er machte Anfang 1992 dem griechischen Ministerpräsidenten Mitsotakis den Vorschlag, Mazedonien gemeinsam zu zerschlagen und untereinander aufzuteilen.⁵⁵ Mitsotakis ging auf diesen Vorschlag gar nicht erst ein. Schon seit sich das Ende Jugoslawiens abzeichnete, führte Milosevic einen verbalen Feldzug gegen die mazedonische Teilrepublik, die er als „perfide titoistische Erfindung“ zum Zwecke der Schwächung des jugoslawischen Einflusses bezeichnete.⁵⁶

Heute dominiert das Thema der Unabhängigkeit des Kosovo die Beziehungen zwischen den beiden Nachbarn. Die mazedonische Politik versuchte in der Vergangenheit wie auch in der Gegenwart stets, Serbien in dieser Frage nicht unnötig zu reizen. Mazedonien war und ist mit Serbien wirtschaftlich sehr eng verflochten, weswegen die Sorge vor der Drohung Belgrads mit einer Art serbischer „Hallstein-Doktrin“ durchaus seine Berechtigung hatte. Darin hatte Belgrad mit politischen und diplomatischen Konsequenzen all jenen Staaten gegenüber gedroht, die eine allfällige Unabhängigkeit des Kosovo anerkennen würden.⁵⁷

Eine derartige Maßnahme würde auch Serbiens Reputation in der Welt massiv beschädigen; für eine dramatische Schädigung der mazedonischen Wirtschaft hätte es jedenfalls gereicht. Von Seiten Belgrads wurde jede Äußerung mazedonischer Repräsentanten auf die Goldwaage gelegt. Als beispielsweise Außenminister Antonio Milososki im Mai 2007 zum Kosovo erklärte, dass er sich eine Lösung durch den Sicherheitsrat wünsche und auch den Ahtisaari-Vorschlag unterstütze, kam von der serbischen Regierung heftiger Protest, da dies eine unzulässige Einmischung Skopjes in innere Angelegenheiten Belgrads sei.⁵⁸ Auch nach der Unabhängigkeitserklärung Kosovos agiert Mazedonien sehr schaumgebremst: „Wir sind in dieser Frage noch auf Standby. Wir möchten sowohl mit Prishtina als auch mit Belgrad normale Beziehungen aufrecht erhalten“, so Milososki in einem Interview.⁵⁹ Mit einer Anerkennung der Unabhängigkeit des Kosovo durch Mazedonien ist aber noch 2008 zu rechnen. Dafür spricht, dass Mazedonien damit einerseits der Linie der meisten NATO- und EU-

⁵⁵ Gastkommentar von Detlev Kleinert: Griechische Agitation. In: Die Presse, 21. Mai 2008. S.45

⁵⁶ Michael W. Weithmann: Balkanchronik. 2000 Jahre zwischen Orient und Okzident; Graz/Wien/Köln 2000, S. 529

⁵⁷ Das Parlament 18/2007 <http://www.das-parlament.de/2007/18/EuropaWelt/14750211.html> 10. Juni 2008

⁵⁸ Newsletter der KAS Skopje, 1. Juni 2007

⁵⁹ Die Presse, 23. April 2008, S. 8

Mitglieder folgen würde. Andererseits bildet die VMRO seit dem Sommer 2008 eine gemeinsame Regierung mit der DUI, die als eine ihrer zentralen Forderungen die Anerkennung des neuen Nachbarn erhoben hatte. Der albanische Koalitionspartner zeigt sich aber in der Frage der Anerkennung sehr zuversichtlich.⁶⁰

Über Jahrzehnte hinweg bildeten die kosovarischen Albaner Jugoslawiens die politische Elite, während die beträchtliche Zahl der mazedonischen Albaner eine eher untergeordnete Rolle spielte. Dies änderte sich im Zuge des Kosovo-Konfliktes 1999 mit der Entstehung der UCK, als sich die mazedonischen Albaner von der Kosovo-Elite emanzipierten.⁶¹ Heute ist Mazedonien mit Blick auf seine große albanische Minderheit im Land an einer guten Nachbarschaft interessiert, oder wie es Staatspräsident Crvenkovski formulierte: „Natürlich wollen wir gute Beziehungen zu Belgrad. Aber 25% unserer Bevölkerung sind Albaner. Und die sind solidarisch mit den Kosovo-Albanern.“⁶² Umgekehrt jedoch verwehrt sich Skopje dagegen, dass militante albanische Gruppen das Kosovo als Stützpunkt und Rückzugsgebiet für destruktive Aktionen mißbrauchen.⁶³ Zu tief sitzt die Erinnerung an den Beinahe-Bürgerkrieg von 2001.

Wie emotionsgeladen aber das Thema Nachbar Kosovo ist, zeigt eine Debatte vom Sommer 2007: Mitte August nämlich erklärte der ehemalige Kommandant der Nationalen Befreiungsarmee aus dem Jahr 2001, Xhezair Shaqiri, dass er sich mit seinem Dorf Tanusevci an das Kosovo anschließen möchte, da der mazedonische Staat sich zuwenig um das Dorf kümmern würde.⁶⁴ Hintergrund dieser Klage war die wochenlange Unterbrechung der Stromversorgung seit einem Unfall bei Baumfällungsarbeiten. Aufgrund der schlechten Zahlungsmoral der Kunden schien dem Energieversorger die Reparatur aber nicht das vordringlichste Anliegen zu sein. Shaqiri forderte daher eine Volksabstimmung im betroffenen Gebiet ein, was die mazedonischen Regierungsstellen jedoch ablehnten.

⁶⁰ DUI-Vorsitzender Ali Ahmeti: „Macedonia is just a step away from recognising Kosovo's independence.“ Bericht Balkan Insight 28. August 2008 <http://www.balkaninsight.com/en/main/news/12709/>

⁶¹ Stefan Troebst: Die Albanische Frage – Entwicklungsszenarien und Steuerungsinstrumente. In: Erich Reiter (Hg.): Zur Problematik der Stabilisierung des Westbalkan, S. 35-54 (Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie Wien/Studien und Berichte zur Sicherheitspolitik 6), Wien 2000

⁶² Die Presse, 25. Mai 2007, S. 8

⁶³ Kurzbericht der KAS Skopje vom 5. Februar 2007

⁶⁴ RFE/RL-Bericht 11. September 2007: Macedonia: Fatal Clash May Point To Rising Tensions Over Kosovo <http://www.rferl.org/content/Article/1078624.html> 15. Juli 2008; siehe auch Newsletter der KAS Skopje, September 2007

Zeitgleich trat wegen Unruhen im Grenzgebiet zum Kosovo der Nationale Sicherheitsrat zusammen, um wieder Herr der instabilen Lage zu werden, und beschloß eine Unterstützung der kosovarischen Statusverhandlungen, sprach sich jedoch im Hinblick auf die eigene territoriale Integrität strikt gegen eine Teilung des Kosovo aus. Präsident Crvenkovski sprach die vorhandene Sorge auch offen aus: „Solch eine Teilung könnte nur entlang ethnischer Grenzen verlaufen, was dann auch viele radikale Gruppen in der ganzen Region ermuntern würde.“⁶⁵ Und in Anbetracht der - gemäß einer Schätzung der UNDP - ca. 500.000 illegalen Waffen in Mazedonien, darunter auch eine beträchtliche Anzahl von automatischen Waffen und Granatwerfern, hatte diese Sorge sicherlich ihre Berechtigung.

Die komplizierte Lage in den Grenzgebieten verschärft dadurch, dass die Grenze zwischen Politik und organisierter Kriminalität fließend ist. Nicht wenige Kriminelle hängen sich in diesem Grenzgebiet zwischen Mazedonien und Kosovo ein politisches Mäntelchen um; so auch die Urheber der Schießerei in Brodec, welche sich „Politisch-militärischer Organisationsrat der Nationalen Befreiungsarmee“ nannten.⁶⁶ Bei dieser gewaltsamen Auseinandersetzung vom 7. November 2007 hatten ethnisch gemischte mazedonische Spezial-Sicherheitskräfte das Dorf gestürmt, weil sich Kriminelle dort verschanzt hielten. Acht Tote und mehrere Verletzte waren das Ergebnis.⁶⁷ Nationalistische Albaner stellten diese Aktion, bei der keine Zivilisten zu Schaden kamen, als Angriff des mazedonischen Staates auf die albanische Bevölkerung dar.

International waren die Reaktionen auf die Erstürmung von Brodec eher positiv, wohl auch deswegen, weil die Regierung die Reparatur der dabei beschädigten Gebäude zusagte, auch wenn dies noch längere Zeit auf sich warten ließ. Zur Beschleunigung hatten EU-Botschafter Fouere, der Leiter des OSZE-Büros und die US-Botschafterin die Regierung in einem gemeinsamen Schreiben auf die gegebene Zusage hingewiesen und generell eine Verbesserung der Infrastruktur in den gemischte Gebieten eingefordert.⁶⁸

⁶⁵ Newsletter der KAS Skopje, September 2007

⁶⁶ Die Presse, 11. November 2007

⁶⁷ RFE/RL-Bericht 8. November 2007: Firefight Kills Eight In Macedonia Near Kosovo Border
<http://www.rferl.org/content/Article/1079098.html>

⁶⁸ Quartalsbericht des österreichischen Außenministeriums zu Mazedonien, 26. März 2008

III) Darstellung der einzelnen Parteien und deren Unterschiede

III.1) Grundsätzliches über Parteien und Parteiensysteme

Die Parteienlandschaft in Mazedonien unterscheidet sich stark von jener west- oder mitteleuropäischer Länder, die in ihrem politischen System Transformationsstaaten viele Jahrzehnte voraus sind und daher über ein mehr oder weniger pluralistisches Parteiensystem verfügen. Gemäß dem deutschen Politikwissenschaftler Ulrich von Alemann sind Parteien „auf Dauer angelegte gesellschaftliche Organisationen, die Interessen ihrer Anhänger mobilisieren, artikulieren und bündeln und diese in politische Macht umzusetzen suchen – durch die Übernahme von Ämtern in Parlamenten und Regierungen.“⁶⁹ Parteien sind also keine staatlichen, sondern gesellschaftliche Organisationen, die jedoch eine Vermittlungsfunktion zwischen Staat und Gesellschaft ausüben.

Im Falle Mazedoniens ist der Passus „auf Dauer angelegt“ etwas problematisch, da dieses Land eine demokratie- und partizipationspolitische Sturm- und Drang-Zeit durchlebt und daher noch weit von der Stabilität und Beständigkeit anderer z. B. europäischer Parteiensysteme entfernt ist. Etwas treffender daher die allgemeiner gehaltene Definition des Politologen Giovanni Sartori: „A party is any political group that presents at elections, and is capable of placing through elections, candidates for public office.“⁷⁰

Ein Parteiensystem wiederum ist nicht nur die bloße Ansammlung mehrerer Parteien, sondern umfasst auch die wechselseitigen Beziehungen der Parteien untereinander. Parteiensysteme können unterschiedlichste Ausprägung haben. Sartori unterscheidet in seiner Systemtypologie vier Typen:⁷¹ Der polarisierte Pluralismus ist gekennzeichnet durch die Existenz von mindestens fünf, eher aber mehr Parteien, wobei zwischen den beiden Enden des Parteienspektrums eine hohe ideologische Distanz besteht. Inhaltlich tendieren die Parteien zu extremen Positionen, was die Bildung stabiler Regierungskoalitionen stark erschwert.

⁶⁹ Ulrich von Alemann: Parteien; Reinbek 1995, S. 9

⁷⁰ Giovanni Sartori: Parties and Party Systems; Cambridge 1976, S. 64

⁷¹ Giovanni Sartori: Parties and Party Systems; Cambridge 1976, S. 133-192

Im gemäßigten Pluralismus gibt es üblicherweise drei bis fünf relevante Parteien, deren ideologische Distanz aber überschaubar ist, weshalb die Bildung von Koalitionen meistens eher unproblematisch ist. Die Struktur im Parteiengefüge ist bipolar mit zentripetalen Tendenzen. Das Zweiparteiensystem besteht im Wesentlichen aus zwei relevanten Parteien und kennzeichnet sich durch die grundsätzliche Fähigkeit beider Parteien, eine absolute Mehrheit an Mandaten zu erlangen und dadurch die Regierung zu bilden. Hierbei muß ein Wechsel der Regierungspartei zwar bei jeder Wahl möglich, aber nicht notwendigerweise der Fall sein. Die vierte Variante gemäß Sartoris Typisierung ist ein prädominantes Parteiensystem. In diesem gibt es wohl mehrere relevante Parteien, jedoch ist nur eine davon in der Lage, eine absolute Mehrheit an Mandaten zu erlangen.

Betrachten wir nun im nächsten Schritt die Parteien im konkreten mazedonischen Parteiengefüge.

III.2) Slawisch-mazedonische Parteien⁷²

III.2.a) VMRO-DPMNE

Internal Macedonian Revolutionary Organization - Democratic
Party for Macedonian National Unity

Vnatresno-Makedonska Revolucionarna Organizacija Demokratska
Partija za Makedonsko Nacionalno Edinstvo (mazedon.)



Die Innere Mazedonische Revolutionäre Organisation - Demokratische Partei Mazedoniens für die Nationale Einheit, im politischen Sprachgebrauch VMRO-DPMNE abgekürzt, wurde am 17. Juni 1990 als Opposition zur Kommunistischen Partei gegründet und steht in der Nachfolge der VMRO, die, gegründet 1893, Ende 19., Anfang 20. Jahrhundert gegen die türkische Herrschaft im Gebiet von Mazedonien ankämpfte. Seit dem Ilinden-Aufstand 1903 war diese als politische Oppositionskraft im ganzen Osmanischen Reich verboten, ebenso wie später auch in Jugoslawien.

⁷² Sämtliche Logos der verschiedenen Parteien wurden entnommen der Seite
http://en.wikipedia.org/wiki/List_of_political_parties_in_the_Republic_of_Macedonia 17. Mai 2008

Die Partei schöpft wohl dem Namen nach eine Kontinuität aus der seinerzeitigen Widerstandskampforganisation, hat de facto aber wenig mit ihr zu tun: Als nach Titos Tod 1980 die Desintegration Jugoslawiens seinen Lauf nahm, kehrte ein Teil der geistigen Elite, die bisher im Ausland lebte, nach Mazedonien zurück, und ließ dort eine junge Intelligenzschicht heranwachsen, die ein neues, erstarktes Nationalbewusstsein prägten.

Als Jugoslawiens Zerfall immer augenscheinlicher wurde, entstand die Bewegung als neue Partei wieder. Bei den ersten freien Wahlen im Jahr 1990 wurde die VMRO-DPMNE mit einem Viertel der Stimmen und 38 Mandaten auf Anhieb zur stärksten Kraft, allerdings blieb ihr die Regierungsbeteiligung verwehrt, da sie im Parlament keine Mehrheit zustande brachte.

1994 boykottierte sie den zweiten Wahlgang wegen angeblichen Wahlbetruges im ersten Wahlgang und war in der Folge auch nicht im Parlament vertreten. Nach dem Parteikongreß von Kichevo vom Mai 1995 verabschiedete sich die Partei von ihren nationalistischen Zügen, u. a., um ihr internationales Ansehen zu heben, und richtete sich neu aus in Richtung einer christdemokratisch-konservativen Partei europäischen Zuschnitts.⁷³

1998 entschied die VMRO-DPMNE erneut die Parlamentswahlen für sich, deutlicher noch als 1990. Parteivorsitzender Ljubco Georgievski, der damals erst 32 Jahre alt war, bildete eine Koalition mit der DPA, der Demokratischen Partei der Albaner, die sich bisher einer Zusammenarbeit mit der VMRO-DPMNE verweigert hatte, und mit der Demokratische Alternative (DA). Die DA wurde im Dezember 2000 nach ihrem Rückzug durch die liberale Partei Mazedoniens (LP) als Koalitionspartner ersetzt. Die Regierung Georgievskis konnte eine Reihe politischer Reformen in Angriff nehmen, darunter die Privatisierung der Staatsbetriebe, eine Hochschulreform sowie eine Verwaltungsreform zugunsten der albanischen Minderheit im Land. Ein Höhepunkt war sicherlich das Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Union vom März 2001.⁷⁴

⁷³ interne Studie der KAS-Skopje, 4. September 2006, S. 2

⁷⁴ interne Studie der KAS-Skopje, 4. September 2006, S. 2

Die bürgerkriegsähnlichen Unruhen des Jahres 2001 zwischen der slawischen und der albanischen Bevölkerungsgruppe Mazedoniens brachten auch die Regierung an den Rand des Abgrunds. Die Regierung wurde daher neben einigen Kleinparteien auch um die Sozialdemokratische Union von Mazedonien (SDSM) zu einer Regierung der Nationalen Einheit erweitert.

Bei den folgenden Parlamentswahlen 2002 verlor die bisher führende Regierungspartei ihre Mehrheit an die SDSM. Für die VMRO-DPMNE bedeutete dieser Machtverlust die Notwendigkeit interner Reformen: Auf dem Ohrider Parteitag im Mai 2003 wurde der vormalige Handels- und spätere Finanzminister Nikola Gruevski zum neuen Parteivorsitzenden gewählt. Der bisherige Parteivorsitzende Georgievski war von der internationalen Staatengemeinschaft, allen voran von den USA, für das mangelhafte Krisenmanagement während der Unruhen in den Monaten davor, die das Land an den Rand eines Bürgerkrieges geführt hatten, verantwortlich gemacht und entsprechend unter Druck gesetzt worden.⁷⁵ Dazu kam noch seine zunehmend nationalistische Ausrichtung, die auch die Einheit des Landes in Frage stellte.⁷⁶

Gruevski rückte die Partei nun noch weiter in Richtung politischer Mitte und strebte klarer und deutlicher als sein Vorgänger ein moderates und europäisches Profil an. Einen großen Schlag für die Partei bedeutete der Unfalltod des Staatspräsidenten Boris Trajkovski, der im Februar 2004 bei einem Flugzeugabsturz in der Nähe der bosnischen Stadt Mostar ums Leben kam. Bei den folgenden vorgezogenen Präsidentenwahlen siegte der amtierende Ministerpräsident Branko Crvenkovski, der für die SDSM ins Rennen ging, über den Kandidaten der VMRO-DPMNE, den politisch bisher wenig erfahrenen Kardiologen Sasko Kedev. Der Niederlage voraus gingen heftige parteiinterne Auseinandersetzungen über den „richtigen“ Kandidaten, für den viele Parteigänger Stojan Andov von der LPM hielten.

Unter den Unterstützern für Andov war auch der ehemalige Parteivorsitzende Georgievski, der sich in der Folge immer mehr von seinem Nachfolger entfremdete und dann mit Gefolgsleuten eine eigene Partei, die VMRO-NP (VMRO-Volkspartei)

⁷⁵ interne Studie der KAS-Skopje, 4. September 2006, S. 2

⁷⁶ interne Studie der KAS-Skopje, Oktober 2005, S. 2

gründete.⁷⁷ Dabei stand Georgievski nicht selbst an der Spitze der Partei, sondern blieb im Hintergrund und formal sogar Mitglied seiner bisherigen Partei. De facto ist er aber die maßgebliche Person seiner Partei. Für die VMRO-DPMNE schien die Spaltung zunächst eine dramatische Schwächung zu sein, da ein Großteil der bisherigen Mannschaft zur Abspaltung wechselte. Tatsächlich aber war es mehr ein reinigendes Gewitter, das Gruevski den Umbau zu einer modernen konservativen Partei ermöglichte.⁷⁸ Insgesamt hatten sich binnen weniger Jahre mit der VMRO-NP, der DRUM und der ZNP drei Gruppierungen von der VMRO-DPMNE abgespalten. Erstere konnte sich vor ihrem Verschwinden mehrere Jahre halten, während die beiden anderen sich bald wieder mit der Herkunftspartei vereinigten.⁷⁹

Die Schritte der parteiinternen Erneuerung machten sich alsbald bezahlt, denn bei den Lokalwahlen im Jahr 2005 konnte die VMRO-DPMNE einen ersten kleinen Erfolg erringen. Zwar konnte sie von 85 möglichen Bürgermeisterämtern nur 21 mit ihren Kandidaten besetzen (37 Bürgermeisterämter konnte die Regierungspartei SDSM erringen, die 27 verbleibenden gingen an andere Parteien). Das darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass unter diesen Kommunen auch die größten Städte des Landes Skopje, Bitola und Prilep waren. Vor allem ein unklarer und strukturloser Wahlkampf sowie parteiinterne Unstimmigkeiten hatten einen größeren Erfolg zunichte gemacht.

Endgültig Lorbeeren brachte diese erfolgreiche Strategie der Erneuerung bei den Parlamentswahlen vom 5. Juli 2006, die dem Gruevski-Wahlbündnis 45 von 120 Mandaten im Parlament und somit den Sieg brachten. Seit 2007 hat die VMRO-DPMNE Beobachterstatus innerhalb der Europäischen Volkspartei, dem Dachverband der konservativen und christdemokratischen Parteien in Europa; schon seit 2001 hatte sie Beobachter-Status in der mittlerweile aufgelösten Europäischen Demokratischen Union (EDU). Laut eigenen Angaben hat die Partei etwa 80.000 Mitglieder.

Gruevski führt seine Partei straff, eine Abwahl ist laut Statut kaum möglich, was parteiintern immer wieder Kritik hervorruft. Die regelmäßigen inhaltlichen wie

⁷⁷ interne Studie der KAS-Skopje, 4. September 2006, S. 3

⁷⁸ Newsletter der KAS-Skopje vom 23. November 2006

⁷⁹ "Consolidated Document" on the FYROM. Bericht der Europ. Volkspartei (EVP) für den EVP-Vorstand, 25. Jänner 2007, S. 14-15

personellen Differenzen folgten häufig Abspaltungen.⁸⁰ Jedoch legt er auch großen Wert auf Schulung und Ausbildung des Parteipersonals.⁸¹ Ein Problem für seine Partei liegt paradoxerweise im Wahlerfolg 2006 zugrunde: Bei der daraus resultierenden Regierungsbildung kamen vielfach Personen in Minister- oder andere verantwortungsvolle Ämter, die bisher an Schaltstellen der Partei agierten. Für im Aufbau befindliche Parteien birgt eine Regierungsbeteiligung stets die Gefahr in sich, die Parteiarbeit zu vernachlässigen.

III.2.b) SDSM

Social Democratic Union of Macedonia

Socijaldemokratski Sojuz na Makedonija



Die Sozialdemokratische Union Mazedoniens ist die 1990 gegründete Nachfolgeorganisation der Kommunistischen Partei Mazedoniens, die seit 1945 während der Zeit Mazedoniens im jugoslawischen Staatsverband die politische Macht innehatte. Von 1992 bis 1998 sowie von 2002 bis 2006 war die SDSM die größte Partei im Parlament.

Im November 2005 spaltete sich Tito Petkovski, ehemaliger Präsidentschaftskandidat der SDSM von 1999, nach internen Differenzen ab, um eine eigene Partei, nämlich die Neue Sozialdemokratische Partei (NSDP), zu gründen. Schon Jahre zuvor, nämlich 1993, gab es eine Spaltung der Partei, als Petar Gosev die SDSM verließ, um die Demokratische Partei zu gründen. Diese ist später in der Liberaldemokratischen Partei aufgegangen.

Vorsitzende der Partei war seit November 2006 Radmila Sekerinska, die im Zuge eines Misstrauensantrages gegen den bisherigen Vorsitzenden Vlado Buckovski die Parteiführung übernahm. Zuvor war Sekerinska Stellvertretende Premierministerin und zuständig für Europäische Angelegenheiten. Außerdem übte sie 2004 zweimal vorübergehend für mehrere Wochen das Amt der Premierministerin aus.

⁸⁰ Bericht der EVP-Fact Finding Mission nach Mazedonien vom September 2005 (EPP-Report 17. Dezember 2005), S. 24

⁸¹ interne Studie der KAS-Skopje, Oktober 2005, S. 2

Ihrem Amtsantritt als Parteivorsitzende der SDSM war ein heftiger Lagerkampf zwischen dem abgewählten Ministerpräsidenten Buckovski und Staatspräsidenten Crvenkovski vorausgegangen. Sekerinska, die über gute Popularitätswerte verfügt, gehörte zweitem Lager an und hatte klar gemacht, dass ein Wahlerfolg Regierungsmacht, eine Wahlniederlage aber einen Rücktritt bedeuten würde. Dennoch hatte sich der bisherige Amtsinhaber in der Zeit unmittelbar nach Wahl auf den Standpunkt versteift, dass ein Rücktritt vom Amt des Vorsitzenden die innerparteilichen Probleme nicht lösen werde.⁸² Durch ein deutliches Misstrauensvotum bei einer Parteiversammlung Anfang Oktober 2006, bei der 399 von 539 Delegierten der bisherigen Parteispitze ihr Misstrauen aussprachen, wurde dieser Schritt dann dennoch erzwungen.⁸³

Im innerparteilichen Konkurrenzkampf zwischen dem Sekerinska-Lager und der Gruppe um Buckovski ließ sich letzterer aber nicht so einfach verdrängen, sondern mischte weiterhin aktiv im politischen Tagesgeschehen mit. Staatspräsident Crvenkovski bot ihm daher den prestigeträchtigen Posten des mazedonischen Botschafters bei der NATO in Brüssel an, um die Lage zu entschärfen und seine politische Ziehtochter politisch zu unterstützen.⁸⁴ In der Frage der diplomatischen Vertreter Mazedoniens im Ausland ergab sich jedoch eine Auseinandersetzung mit Premier Gruevski, der bereits andere Pläne für die Botschafterbesetzungen hatte.⁸⁵ Die SDSM ist Assoziiertes Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Europas.

Sekerinska kündigte nach der Wahlniederlage ihrer Partei im Juni 2008 den Rücktritt als Vorsitzende der SDSM an; ihr folgte der logische Nachfolger und zwischenzeitlich aus politischen Gründen inhaftierte, jedoch bald wieder entlassene Zoran Zaev nach, der populäre Bürgermeister von Strumica. Er übte zuvor bereits die Funktion des stellvertretenden Vorsitzenden aus. Er dürfte jedoch nur eine Übergangslösung bis in den Sommer 2009 sein, da Präsident Crvenkovski erst wenige Wochen zuvor sein deutliches Interesse bekundet hatte, nach Auslaufen seiner Präsidentschaft im Mai 2009 wieder die Führung der SDSM zu übernehmen.⁸⁶

⁸² Newsletter der KAS-Skopje vom 3. Oktober 2006

⁸³ Newsletter der KAS-Skopje vom 1. November 2006

⁸⁴ Newsletter der KAS-Skopje vom 22. Dezember 2006

⁸⁵ Newsletter der KAS-Skopje vom 1. April 2007

⁸⁶ Bericht Balkan Insight 15. August 2008 <http://www.balkaninsight.com/en/main/news/12404/>

III.2.c) PEI

Partei für eine Europäische Zukunft

Party for European Future

Partija za Evropska Idnina



Auch diese Kleinpartei konnte bei den Parlamentswahlen 2006 ebenso wie auch 2008 einen Sitz erringen. Vorsitzender ist Fijat Canovski. Stark ist diese agrarisch geprägte Partei vor allem im Südosten des Landes; sie rekrutiert ihre Anhängerschaft vornehmlich unter den moslemischen Mazedoniern.⁸⁷

III.3) Albanisch-mazedonische Parteien

III.3.a) DPA

Democratic Party of the Albanians

Partise Demokratike Shqiptare (alban.) oder

Demokratska Partija na Albaneite (mazedon.)



Die Demokratische Partei der Albaner (DPA) ist eine Partei der albanischen Minderheit in Mazedonien. Sie entstand 2001 durch eine Abspaltung aus dem Bündnis Party for Democratic Prosperity of Albanians - People's Democratic Party.⁸⁸ Parteivorsitzender war über viele Jahre Arben Xhaferi, der 1948 in Tetovo geboren wurde. Xhaferi, der an der philosophischen Fakultät graduierte und neben Serbisch und Englisch auch Französisch und Türkisch spricht, arbeitete lange Jahre als Journalist und war von 1994 bis 2002 Abgeordneter im Parlament. Er war seit jeher einer der einflußreichsten Vertreter und Vorkämpfer für die albanischen Interessen.⁸⁹

In der Krise 2001 zeigte sich Xhaferi als moderate Stimme und als Politiker, der sich im rechtsstaatlichen und demokratischen Rahmen bewegt, obwohl es auch in der DPA

⁸⁷ Newsletter der KAS-Skopje vom 3. August 2006

⁸⁸ DPA-Bericht der KAS-Skopje vom 18. April 2007

⁸⁹ Info-Mail der KAS-Skopje vom 14. Oktober 2005

radikale Flügel und Strömungen gibt. Im Jänner 2001 erlangte die DPA Beobachterstatus in der damaligen EDU; in der EVP hat die DPA jedoch keinen Status. Auch heute noch gilt Xhaferi als fähiger und kompetenter Politiker, der sich von anderen Vertretern seiner Zunft abhebt, weil er sich vor Gesprächen gut über sein Vis-a-Vis informiert und als stets sehr gut über weltpolitische Agenden informiert gilt.⁹⁰ Obwohl er schon mehrmals seinen Rückzug aus der Politik angekündigt halt, war er seiner Leidenschaft stets treu geblieben - nicht zum Nachteil seiner Partei, als dessen ideologisches Rückgrat der kranke, aber geistig umtriebige Xhaferi gilt.⁹¹

In der Parlamentswahl vom 15. September 2002 erhielt die DPA dennoch nur 5,2 Prozent der Stimmen und wurde vom Wahlsieger SDSM gemeinsam mit der VMRO-DPMNE, mit der sie bis dahin die Regierung stellte, in die Opposition verdrängt. Eine wichtige Ursache für dieses nur mäßige Abschneiden in der Gunst der Wähler dürfte darin liegen, dass der große Konkurrent um die Stimmen der albanischen Minderheit, die DUI, aufgrund deren Wurzeln in der UCK mehr politischen Gewinn aus der Krise 2001 schlagen konnte. Schließlich habe die DUI mit der Waffe in der Hand für die albanische Sache gekämpft, während die DPA aus Sicht der Bevölkerung die albanischen Interessen zu wenig nachdrücklich vertreten habe.⁹² Die Bedeutung von Bewaffnung für den sozialen Status darf nach wie vor nicht unterschätzt werden.⁹³

Bei den Wahlen vom Juli 2006 konnte die Partei 7,5 Prozent erreichen. Gemeinsam mit ihrem traditionellen politischen Kooperationspartner VMRO-DPMNE bildete sie danach wieder die Regierung, wobei diese Kooperation nach und nach Auflösungserscheinungen zeigte.

Laut eigenen Angaben hat die Partei etwa 15.000 Mitglieder.⁹⁴ Die DPA versteht sich Vorkämpfer für eine politische Gleichberechtigung der albanischen Minderheit in Mazedonien und deren Recht auf Selbstbestimmung. Gemäß ihrem Vorsitzenden bemüht sich die Partei auch um die anderen Minderheiten im Lande, hier vor allem um die Roma

⁹⁰ Newsletter der KAS-Skopje vom 15. Juni 2006

⁹¹ Newsletter der KAS-Skopje vom 23. November 2006

⁹² Newsletter der KAS-Skopje vom 23. November 2006

⁹³ Newsletter der KAS-Skopje vom 15. Juni 2006

⁹⁴ Info-Mail der KAS-Skopje vom 14. Oktober 2005

und muslimische Gruppen⁹⁵, de facto aber ist die Partei, die ideologisch eher mitte-rechts-orientiert ist, eine rein albanische Partei. Von der DUI unterscheidet sich die Partei auch in ihrer Außen- und Europapolitik; die DPA ist hier die „glaubwürdigere“ Partei, der die Notwendigkeit vieler von der internationalen Staatengemeinschaft geforderten Reformen klar sind. Auch ist die DPA die „professionellere“, weil natürlich gewachsene Partei, da sie nicht sozusagen über Nacht aus einer militärischen Gruppierung heraus entstanden ist.⁹⁶ Über mehrere Jahre hinweg konnte die DPA dieses Bild von sich durchaus mit Erfolg vermitteln. Seit dem Sommer 2007, erst recht aber seit den Wahlen im Frühjahr 2008 hat dieses eher positive-professionelle Bild jedoch erheblich gelitten.

Im Juli 2007 fand nämlich der oftmals angekündigte und verschobene Generationenwechsel statt, als Mendu Thaci, bisher stellvertretender Parteichef und ausgebildeter Arzt, einstimmig zum neuen Parteivorsitzenden gewählt wurde. Kurz davor machte er mit schweren Anschuldigungen gegen Präsident Crvenkovski von sich reden, in dem er ihm Einschüchterung von Thacis Familie vorwarf und sogar Verwicklung in das Attentat auf Gligorov sowie den Unfalltod Traikovskis unterstellte.⁹⁷ Gegenüber Gruevskis VMRO-DPMNE grenzte er sich wesentlich stärker ab als sein Vorgänger - Thaci drohte seit Anbeginn seines Vorsitzes schon vor dem tatsächlichen Bruch mehrmals mit einem Ausstieg aus der Regierungskoalition; noch stärker die Distanzierung vom albanischen Mitbewerber DUI: „Wir werden uns auch weiterhin nicht durch einige Gruppen oder solche, die einen Vorteil aus dem Krieg gezogen haben, kommunistischen Strukturen, Geschäftsleuten [...] steuern lassen.“⁹⁸

Seit der Übernahme des Parteivorsitzes durch Thaci zeigte sich die DPA als wankelmütiger, instabiler und unzuverlässiger (Koalitions-)Partner. Mit dem schlechten Abschneiden bei der Parlamentswahl im Juni 2008 und dem Dasein als trotzig Oppositionspartei wider Willen haben sich die Turbulenzen um und innerhalb der Partei nicht beruhigt. Ganz im Gegenteil, mit dem Rückzug des langjährigen Vorsitzenden Xhaferi brachen die internen Spannungen voll auf und führten zu einer neuerlichen Spaltung der DPA. Eine Gruppe um den ehemaligen Gesundheitsminister und DPA-

⁹⁵ Bericht der EVP-Fact Finding Mission nach Mazedonien vom September 2005 (EPP-Report 17. Dezember 2005), S. 35

⁹⁶ Newsletter der KAS-Skopje vom 15. Juni 2006

⁹⁷ DPA-Bericht der KAS-Skopje vom 18. April 2007

⁹⁸ Info-Mail der KAS-Skopje vom 2. Juli 2007

Vizeparteivorsitzenden Imer Selmani trat aus ihrer bisherigen Partei aus und gründete eine neue Partei namens „Neue Demokratie“. Mit Selmani, der als Grund für die Abspaltung die Weigerung der DPA zur Ausübung einer konstruktiven Oppositionsrolle angab, wechselten zahlreiche Funktionäre zur neuen Partei.⁹⁹ Zu dieser Gruppe gehören auch drei Parlamentsabgeordnete, die sogleich ankündigten, den seit der verlorenen Wahl aufrechten Boykott der Parlamentsarbeit durch die DPA zu beenden und ihre parlamentarische Arbeit wieder aufzunehmen. Die neue Partei wird vorerst wegen des fehlenden Volksvotums nicht der Regierungskoalition beitreten. Langfristig muß die Partei ohnehin erst beweisen, dass sie in der instabilen politischen Szene Mazedoniens Fuß fassen kann.

Nach Einschätzung von Beobachtern der politischen Lage vor Ort hat seine Partei aber durchaus Chancen, sich in der politischen Arena zu bewähren. Dafür spricht zweierlei: Einerseits gilt Selmani als eher professioneller und konstruktiver Politiker, andererseits verfügt seine Partei über eine gute finanzielle Basis. Als großes Problem für die neue Partei erweisen sich die Versuche der Mutterpartei DPA, teils mit Drohungen bisherige Mitglieder und Funktionäre am Wechsel in die neue Partei zu hindern.¹⁰⁰

III.3.b) DUI

Democratic Union for Integration

Bashkimi Demokratik per Integrim, BDI (alban.),

Demokratska Unija za Integracija, DUI (mazedon.)



Die linksgerichtete DUI ist die größte Partei der albanischen Minderheit; sie entstand 2002, als nach den bürgerkriegsähnlichen Unruhen zwischen der albanischen UCK und den mazedonischen Sicherheitskräften aus der paramilitärischen UCK allmählich die Strukturen einer politischen Partei entstanden. Die DUI steht also in einer gewissen Nachfolgetradition der UCK, auch wenn nach der offiziellen Gründung als politische Partei der DUI auch Personen beitraten, die zuvor nicht Mitglied der UCK waren. In der

⁹⁹ Bericht Balkan Insight 16. September 2008 <http://www.balkaninsight.com/en/main/news/13148>

¹⁰⁰ Gespräch mit Henri Bohnet, Leiter der Außenstelle Skopje der Konrad Adenauer-Stiftung, 30. September 2008

Zeit unmittelbar nach der Gründung der Partei konnte sie noch eine überwältigende Mehrheit der albanischen Bevölkerung auf sich vereinen, mittlerweile hat sich dieser Anteil aber in etwa auf die Hälfte der mazedonischen Albaner eingependelt: 2006 erreichte sie gemeinsam mit der Partei für Demokratische Prosperität 12,1 Prozent.

In der Übergangsphase von der paramilitärischen Organisation zur politischen Partei und die Zeit danach war Ali Ahmeti der erste Vorsitzende der Partei. 1959 in Kicevo im Westen der damaligen jugoslawischen Teilrepublik Mazedonien geboren, studierte er von 1979 bis 1983 an der Universität Pristina Philosophie und Pädagogik. In dieser Zeit engagierte er sich bereits in der secessionistischen Organisation „Marxisten-Leninisten des Kosovo“, wofür er für ein Jahr im Gefängnis landete. Mitte der achtziger Jahre blieb er den politischen Studentenbewegungen erhalten, musste dann aber um politisches Asyl in der Schweiz ansuchen, wo er bis 2001 lebte.¹⁰¹ Dort war er in ein sehr gut organisiertes albanisches Netzwerk eingebunden; er trat in dieser Zeit der verbotenen „Bewegung für eine albanisch-sozialistische Republik in Jugoslawien“ bei, aus der später die UCK hervorging, deren Gründungsmitglied er 1996 war und zu deren Führungsgruppe sehr bald gehörte.

1988/89 war er einer der organisatorischen Köpfe der Demonstrationen und Proteste der Studenten und der Bergarbeiter gegen das Regime von Milosevic. In diesen und den folgenden Jahren war Ahmeti auch eine zentrale Figur der albanischen Diaspora in Europa: 1988 wurde er in das Führungsgremium der Nationalen Bewegung des Kosovo gewählt, wo er einerseits als Verbindungsmann im Ausland agierte, andererseits für militärische Belange zuständig war. Seine Aktivitäten zuerst für die kosovarische Guerillaarmee und später für die mazedonische UCK ließen ihn ins Visier der USA rücken, die ihn, ebenso wie die Schweiz und andere europäische Länder mit einem Einreise- bzw. Aufenthaltsverbot belegten.¹⁰²

1999 war nach der NATO-Intervention die kosovarische UCK aufgelöst worden. Doch nicht alle ihre Anhänger fanden ihren Platz in den neuen politischen Strukturen des Kosovo. Ahmeti band sie alle in seine „neue“ mazedonische UCK ein. Während der

¹⁰¹ Andreas Klein/Veton Latifi: Die Opposition gewinnt die Parlamentswahlen in Mazedonien. In: KAS-Auslandsinformationen 10/2002, S. 74

¹⁰² Kurzbericht der KAS-Skopje vom 22. November 2005

bewaffneten Auseinandersetzung zwischen den Albanern und den mazedonischen Sicherheitskräften erlangte Ahmeti in der albanischen Bevölkerung große Popularität, sodass der DPA-Vorsitzende Arben Xhaferi ihn für seine Partei zu gewinnen versuchte, was ihm aber mißlang. Stattdessen fand im Juni 2002 in Tetovo der Gründungsparteitag der DUI statt.

Nach der Unterzeichnung des Ohrider Abkommens 2001 und der nachfolgenden Auflösung der UCK widmete Ahmeti sich der Umsetzung dieses Abkommens, das er für die albanische Minderheit als wesentlich sah: „Durch das Ohrid-Abkommen, das USA, EU und NATO garantieren, hat sich die Lage der Albaner stark verbessert.“¹⁰³ Fortan strebte er nun eine Vereinigung aller politischen Kräfte der Albaner unter Einbeziehung der aufgelösten UCK an.

Bei den Parlamentswahlen im Jahr 2002 konnte die DUI 11,9 Prozent der Stimmen erreichen und Ahmeti zog als Abgeordneter in das mazedonische Parlament ein; seine Partei stellte gemeinsam mit der SDSM und der LDP die Regierung. Jedoch gelang es ihm nicht, in der Zeit der Beteiligung seiner Partei an der Regierung trotz Fortschritten die soziale und vor allem wirtschaftliche Lage in dem Maße zu verbessern, wie er dies versprochen hatte. Dazu kommt noch, dass Ahmeti sehr medien- und öffentlichkeitsscheu agierte und auch nur selten an Parlamentssitzungen teilnahm. Ins Bild passt hierzu, dass er vor der Wahl 2006 seine Teilnahme an einer politischen Talkshow zusagte, um dann aber in letzter Minute doch nur einen Stellvertreter zu schicken.

Ahmeti führte seine Partei zunächst als „starker Mann“ ohne basisdemokratisches Mandat, da er einen Parteitag über mehrere Jahre hinweg verhinderte und erst im November 2005 nach langsam aufkommender Kritik der erste Kongreß stattfand, der Ahmeti jedoch einstimmig zum Vorsitzenden wählte. Um den bisherigen und nun neu gewählten Vorsitzenden wurde ein Personenkult veranstaltet, bei dem klar sichtbar wurde, wie mäßig der Einfluß des Stellvertretenden Ministerpräsidenten Musa Xhaferi war.¹⁰⁴

¹⁰³ Kurier, 2. Mai 2007, S. 4

¹⁰⁴ Kurzbericht der KAS-Skopje vom 22. November 2005

Bei seiner Rede am Parteitag gab er sich für seine Verhältnisse erstaunlich staatsmännisch, nicht zuletzt deshalb, weil in diesen Wochen ganz intensiv um ein positives Ergebnis im Bemühen Mazedoniens um den Status als EU-Beitrittskandidat worden war. So ganz glaubwürdig war dieser Auftritt in staatsmännischer Pose noch nicht, denn noch einige Wochen zuvor während des Werbens um Stimmen bei den Kommunalwahlen, hatten Ahmetis Reden noch ganz anders geklungen. In dieses Bild passte auch, dass er eine möglichst rasche Unabhängigkeit für das Kosovo samt baldigem Beitritt zu EU und NATO forderte. Dazu wurde die albanische Hymne anstatt der mazedonischen gespielt, und der Saal war mit albanischen anstatt mazedonischen Flaggen dekoriert.¹⁰⁵

Weil die DUI längst nicht mehr die unangefochtene Führungsrolle im Anspruch auf die Vertretung der albanischen Interessen innehatte, ging sie Anfang 2006 vor der Wahl ein Bündnis mit der ursprünglich eher konservativen PDP ein, um ihre politische Basis zu verbreitern. Die PDP war ursprünglich immer mit der DPA verbündet, aufgrund persönlicher Streitigkeiten zwischen den Spitzen der Parteien zerbrach dieser Bund jedoch Anfang 2006.

Anfang 2007 hatte sich die DUI in einen mehrmonatigen obstruktiven Boykott der Parlamentsarbeit zurückgezogen. Ursache dafür war die Verweigerung einer Einbindung der DUI in die Regierung durch Gruevski.¹⁰⁶ Gespräche zwischen Gruevski und DUI-Vorsitzenden Ahmeti kamen entweder nicht zustande oder scheiterten an den gegenseitig gestellten Bedingungen. Zunächst wurde von der internationalen Gemeinschaft eher Gruevski als Hauptschuldiger der vergifteten Atmosphäre angesehen; EU-Botschafter Fouere kritisierte ihn, er würde zuwenig für einen politischen Dialog mit der DUI tun.¹⁰⁷ Nach und nach wendete sich aber das Blatt, und Ahmeti geriet immer mehr auf die Verlierer-Seite und in eine innerparteiliche Zwickmühle: Blieb er seiner harten Linie treu, musste er mit außenpolitischem Druck rechnen; gab er sich aber kompromißbereit, so bedeutete dies einen massiven Gesichtsverlust innerhalb seiner Partei.¹⁰⁸

¹⁰⁵ Kurzbericht der KAS-Skopje vom 22. November 2005

¹⁰⁶ Kurier, 2. Mai 2007, S. 4

¹⁰⁷ Kurzbericht der KAS Skopje 10. April 2007

¹⁰⁸ Kurzbericht der KAS Skopje 10. April 2007

Nach einem Gipfeltreffen mit Gruevski im März kamen die beiden Kontrahenten darin überein, eine Kommission einzusetzen, die eine Liste mit jenen Gesetzen und Regelungen erstellen sollte, für die die doppelte Mehrheit erforderlich ist. Leider war eine solche Liste 2001, als der Rahmenvertrag von Ohrid ausverhandelt wurde, nicht klar identifiziert worden, was eine Festlegung hinterher wesentlich erschwerte.

III.4) Andere Minderheitsparteien oder nicht mehr aktive Parteien

III.4.a) VMRO-NP

Internal Macedonian Revolutionary Organization–People's Party

Vnatresno-Makedonska Revoluciona Organizacija-Narodna
Partija



Die Interne Mazedonische Revolutionäre Organisation - Volkspartei wurde am 4. Juli 2004 als Abspaltung von der national-konservativen VMRO-DPMNE gegründet. Grund der von Gefolgsleuten des vormaligen Premierministers Ljubco Georgievski durchgeführten Spaltung war ein Machtkampf mit dem derzeitigen Vorsitzenden der VMRO-DPMNE und amtierenden Premierminister Nikola Gruevski. Nominelle Vorsitzende nach Gründung der Partei war zunächst Vesna Janevska, de facto aber war stets der 1966 in Stip in Mazedonien geborene Georgievski der eigentliche Machthaber in der Partei.¹⁰⁹ Er gründete 1990 als Gegenpol zur allgegenwärtigen Kommunistischen Partei die VMRO-DPMNE und war bis 2002 deren Vorsitzender. Nach den Wahlen 1998 wurde er als damals weltweit jüngster Amtsinhaber mazedonischer Regierungschef und blieb in diesem Amt bis 2002. In seine Zeit fiel die Krise zwischen slawischen und albanischen Mazedoniern, die das Land an den Rand eines blutigen Bürgerkrieges brachte. Georgievski wurde vorgeworfen, aus persönlichen Interessen den Konflikt geschürt oder zumindest zuwenig Einsatz für dessen Vermeidung gezeigt zu haben.

2004 brach er nach längeren heftigen Differenzen mit seiner bisherigen Partei und gründete die VMRO-NP. Diese Partei unterschied sich von ihrem Programm her nicht wesentlich von der „Mutterpartei“ VMRO-DPMNE, was sich auch im an sich eher

¹⁰⁹ Bericht der EVP-Fact Finding Mission nach Mazedonien vom September 2005 (EPP-Report 17. Dezember 2005), S.13

unüblichen Umstand niederschlägt, dass die Statuten der VMRO-NP auch eine Mitgliedschaft in der VMRO-DPMNE zulassen.¹¹⁰ Nach den Parlamentswahlen 2006 geriet Georgievski wegen seiner bulgarischen Staatsangehörigkeit in die Schlagzeilen, was ihm angesichts der nicht immer friktionsfreien Beziehungen zwischen Mazedonien und Bulgarien politisch eher geschadet hat.¹¹¹ Im Sommer 2007 mischte er auch in der bulgarischen Innenpolitik rund um die Partei GERB des Bürgermeisters von Sofia, Boyko Borisov mit.

Ihren ersten Parteitag hielt die VMRO-NP erst im April 2007 ab. Auf diesem wurde Gjorgji Trendafilov zum neuen Vorsitzenden gewählt, jedoch nicht als einziger Kandidat, sondern in einer Kampfabstimmung gegen die bisherige Vorsitzende Janevska, die um nur zwölf Stimmen hinter dem Herausforderer lag. Schon unmittelbar nach dem Parteitag kamen die parteiinternen Bruchlinien ans Tageslicht, da ein beträchtlicher Teil der Parteifunktionäre weiterhin auf der Seite der bisherigen Vorsitzenden standen - von den fünf Mandataren, die die VMRO-NP im Parlament zu diesem Zeitpunkt stellte, verweigerten drei dem neuen Vorsitzenden die Gefolgschaft. Trendafilov galt als Gefolgsmann von Georgievski, der weiterhin als starker Mann innerhalb der VMRO-NP galt.¹¹² Letzterer wurde auf demselben Parteitag auch ohne Abstimmung zum Ehrenvorsitzenden ernannt.

Bei der vorgezogenen Wahl vom Juni 2008 durfte die VMRO-NP nicht antreten, da sie für die Registrierung relevante Daten nicht rechtzeitig bei der Wahlbehörde einreichen konnte. Damit dürfte die Partei aus der politischen Landschaft verschwinden, in der sie sich ohnehin weniger inhaltlich, sondern eher aufgrund menschlicher Differenzen von der Gruevski-Partei unterschied.

¹¹⁰ Bericht der EVP-Fact Finding Mission nach Mazedonien vom September 2005 (EPP-Report 17. Dezember 2005), S.13

¹¹¹ Newsletter der KAS-Skopje vom 3. August 2006

¹¹² Newsletter der KAS-Skopje vom 8. Mai 2007

III.4.b) LDP

Liberal Democratic Party

Liberalno-Demokratska Partija



Die Liberaldemokratische Partei Mazedoniens versteht sich als eine liberale Partei und entstand im April 1997 aus dem Zusammenschluß der Liberalen Partei (LP) mit der Demokratischen Partei. Erster Vorsitzender der neuen Partei wurde Petar Goshev von der Demokratischen Partei, der auch letzter Vorsitzender der Kommunistischen Liga Mazedoniens war.¹¹³

1999 wurde die Liberale Partei wieder begründet; jedoch konnte die LDP den größten Teil ihrer Klientel der alten Liberalen Partei behalten, was sich bei den Parlamentswahlen vom September 2002 in einem respektablen Ergebnis von 12 Mandaten niederschlug. In der Folge war die LDP mit der SDSM und der DUI die gesamte Wahlperiode bis zum Juli 2006 an der Regierung beteiligt.

Gegenwärtig ist Risto Penov Vorsitzender der LDP, die Mitglied der Europäischen Liberaldemokratischen und Reformpartei sowie seit 1994 Mitglied der Liberalen Internationalen ist.¹¹⁴

III.4.c) LP

Liberal Party of Macedonia

Liberalna Partija na Makedonija



Die Liberale Partei wurde im Oktober 1990 in Skopje gegründet. Am Beginn ihrer Existenz stand der Zusammenschluß zweier reformorientierten Parteien der politischen Mitte, nämlich der Union der Reformkräfte Mazedoniens sowie der Jungen Fortschrittlichen Demokratischen Partei. Erster Vorsitzender der Partei wurde Stojan Andov, der von 1990 bis 1994 auch als Parlamentspräsident amtierte.¹¹⁵

¹¹³ <http://www.ldp.org.mk> 7. Jänner 2008

¹¹⁴ <http://www.ldp.org.mk> 7. Jänner 2008

¹¹⁵ http://www.lp.org.mk/lp_istorija_en.php 7. Jänner 2008

1994 bis 1996 an der Regierungskoalition beteiligt, schied die Liberale Partei 1996 wegen gravierender politischer Differenzen aus der Koalition aus. Um die bürgerliche Mitte in der Parteienlandschaft zu stärken, schloß sich die Partei 1997 mit der Demokratischen Partei zur LDP zusammen. Im Zuge der politischen Annäherung der neuen LDP an die Nachfolgepartei der mazedonischen Kommunisten, spaltete sich ein Flügel rund um die Gründer der LP, der damit in keiner Weise einverstanden war, ihre Partei im Dezember 1999 aus der gemeinsamen LDP wieder ab. Risto Gustherov wurde danach Vorsitzender der wiederbegründeten Liberalen Partei.

Von 2000 an war die LP als Ersatz für die aus der Regierung abgesprungene Demokratische Alternative (DA) für zwei Jahre an der Regierung unter Führung der VMRO-DPMNE bis zum Wahlsieg der SDSM 2002 beteiligt.¹¹⁶

III.4.d) NSDP

Neue Sozialdemokratische Partei

New Social Democratic Party

Nova Socijaldemokratska Partija



Die NSDP ist eine sozialdemokratische Partei und entstand im Sommer 2005 aus einer Abspaltung von der Sozialdemokratischen Union (SDSM)¹¹⁷. Vorsitzender der Partei ist Tito Petkovski, der im Jänner 1945 in Kriva Palanka geboren wurde. Der studierte Jurist arbeitete im Staatsdienst und war seit 1991 Abgeordneter im Parlament, zunächst für die Kommunistische Liga, später für die Sozialdemokratische Partei. Von 1990 bis 1994 war er Vizepräsident des mazedonischen Parlaments, von 1996 bis 1998 war er dessen Präsident.

1999 ging er für die SDSM als Kandidat um die Präsidentschaft ins Rennen. Obwohl in der ersten Runde mit 33 Prozent noch an erster Stelle, unterlag er in der zweiten Runde mit 45 Prozent Boris Traikovski, seinem Gegenkandidaten der VMRO-DPMNE.

¹¹⁶ "Consolidated Document" on the FYROM. Bericht der Europ. Volkspartei (EVP) für den EVP-Vorstand, 25. Jänner 2007, S. 13

¹¹⁷ <http://nsdp.org.mk/web> 9. Jänner 2008

Petkovski brach mit der SDSM, da er die Machenschaften und Gepflogenheiten einer breiten Masse von SDSM-Funktionären nicht mehr mittragen wollte. Er steht, wie er selbst sagt, für eine Politik für Menschen und nicht für Politiker.¹¹⁸ Diesen Ruf ist ihm in den Jahren, die er auf der politischen Bühne verbracht hat, zu bewahren gelungen, weshalb er über ein Image frei von Korruption verfügt. Im Wahlkampf 2006 gab er sich offen gegenüber der großen Oppositionspartei VMRO-DPMNE, mit der er letztlich auch in eine Regierungskoalition eintrat.¹¹⁹

III.4.e) PDP

Partei der Demokratischen Prosperität

Party for Democratic Prosperity



Die PDP ist eine Partei der Albaner und wurde im April 1990 gegründet. Von 1992 bis 1998 war die PDP Teil der von der SDSM geführten Regierungskoalition. Nach der Abspaltung des radikalen Flügels im Februar 1994 (aus diesem entstand die NDP) agierte die PDP als politisch moderate und koalitionsstaugliche Partei, obwohl dennoch immer wieder Streitfragen entlang ethnischer Themen aufbrachen (z. B. bei der Volkszählung des Jahres 1991, als Vertreter beider Ethnien mit unterschiedlichen Zahlen operierten und die jeweils anderen in Frage stellten, oder in der Frage der Annahme einer neuen Verfassung, in der Minderheitenrechte geregelt waren).

Vor der Wahl 2002 näherte sich die PDP an die DUI an, schmiedete danach aber ein Bündnis mit der DPA und befand sich mit dieser bis 2006 in Opposition. Dieser Bund mit der DPA zerbrach Anfang 2006 aufgrund persönlicher Animositäten, obwohl erst im Jänner 2005 anlässlich der kommenden Kommunalwahlen die Wahlkoalition zwischen den beiden Parteien erneuert worden war,¹²⁰ woraufhin die PDP mit der DUI in die Parlamentswahl ging und insgesamt 17 (drei plus 14) Mandate erringen konnte. Schon bald danach gab es von Seiten Gruevskis regelmäßige Versuche, diese Wahlkoalition zu spalten und die Abgeordneten der PDP in die Regierung einzubinden, was einerseits die

¹¹⁸ Newsletter der KAS-Skopje vom 23. November 2006

¹¹⁹ Newsletter der KAS-Skopje vom 15. Juni 2006

¹²⁰ <http://www.csees.net/?page=news&news%20id=40181&country%20id=5> 16. Juni 2008

albanischen Vertreter in der Regierung gestärkt, die linksgerichtete DUI hingegen geschwächt hätte.

Nach der Wahl wollte der Vorsitzende der Partei, Abduljali Vejseli, dieses Bündnis wieder lösen, worauf von seiten der DUI massive Drohungen gegen PDP-Repräsentanten gab. Den drei Abgeordneten der PDP gegenüber soll sogar mit dem Anzünden ihrer Häuser gedroht worden sein, gleiches Schicksal hätte eine Tankstelle in Besitz von Vejseli erwartet.¹²¹ Diese Drohungen zeigten die Nervosität der DUI-Spitze, die dadurch verständlicher wird, dass mit einem allfälligen Wechsel der PDP zurück zur DPA es im Parlament bei den albanischen Parteien nicht mehr 17 zu elf zugunsten der DUI, sondern 14 zu 14 gestanden wäre, womit die DUI ihre Vormachtstellung im Vertretungsanspruch der albanischen Minderheit verloren hätte. Noch nach der Regierungsbildung lud Gruevski die drei Abgeordneten der PDP ein, in sein Regierungslager zu wechseln, was von der DUI prompt heftig angegriffen und als Versuch zurückgewiesen wurde, die albanischen Parteien zu entzweien.¹²²

So weit kam es aber vorerst nicht. Nach der mehrmonatigen destruktiven Politik der DUI, die jegliche Mitwirkung an der parlamentarischen Arbeit eingestellt hatte, beschloß das Parteipräsidium der PDP am 10. April 2007, das Bündnis mit der DUI zu beenden, da es der PDP keine Vorteile gebracht hätte, so Vejseli. Er trete für eine aktive Anteilnahme am sozialen und politischen Dialog im Land und für die Zusammenarbeit mit allen politisch relevanten Akteuren ein.¹²³

Der Beschluß war jedoch keineswegs einstimmig, sondern zwei Parlamentsabgeordnete der PDP, Sefet Neziri und Blerim Bexheti, die der entscheidenden Sitzung fernblieben, weigerten sich, diesen Beschluß mitzutragen und sahen sich selbst weiterhin als Teil der DUI-PDP Gruppe.¹²⁴ Ein weiteres Mal sprach Gruevski eine Einladung an den PDP-Vorsitzenden aus, sich mit seiner Partei an seiner Regierungskoalition zu beteiligen, unter der Bedingung, dass alle drei Abgeordneten mitziehen - was die Regierung ein Stück näher an die doppelte Mehrheit gebracht hätte. Am 20. Mai trat die PDP dann nach zähem Ringen endlich dem Regierungsbündnis bei; der politische Lohn bestand im Amt des

¹²¹ Newsletter der KAS-Skopje vom 26. Juli 2006

¹²² Newsletter der KAS-Skopje vom 3. August 2006

¹²³ Newsletter der KAS-Skopje vom 8. Mai 2007

¹²⁴ Newsletter der KAS-Skopje vom 8. Mai 2007

Staatssekretärs für lokale Verwaltung sowie in einigen einflußreichen Positionen in der staatsnahen Wirtschaft.¹²⁵ Zeitgleich nahm auch die DUI wieder ihre parlamentarische Arbeit wieder auf.

Nach der Wahl vom Juni 2008, bei der die PDP im Alleingang kandidiert hatte und daher nur mäßig erfolgreich war, erneuerte sie ihr traditionelles Bündnis mit der DPA, das auf absehbare Zeit sogar in eine Vereinigung der beiden Parteien münden soll.¹²⁶

III.4.f) SPM

Sozialistische Partei Mazedoniens

Socialist Party of Macedonia

Socijalistička Partija na Makedonija



Die Sozialistische Partei Mazedoniens wurde im September 1990 gegründet als Nachfolgepartei der „Sozialistischen Allianz der Arbeitenden Mazedoniens“. Die Partei versteht sich selbst als linke, sozialdemokratische Partei, die von 1992 bis 1998 der von der SDSM geführten Regierungskoalition angehörte. Bei den Parlamentswahlen des Jahres 2002 konnte diese Partei nur 2,1 % der Stimmen und in der Folge nur ein Parlamentsmandat erringen. Zuvor hatte die SPM mit ihrer traditionell engen Bindung mit der SDSM gebrochen.

Im Dezember 2003 ging die SPM, deren erster Vorsitzender Kiro Popovski war, ein Bündnis mit der „Demokratischen Alternative“ sowie mit der „Demokratischen Union“ ein. Derzeit ist Ljubisav Ivanov - Dzingo Vorsitzender der Partei.

¹²⁵ RFE/RL-Newsline 22. Mai 2007 <http://origin.rferl.org/content/Article/1143876.html> 7. Juli 2008

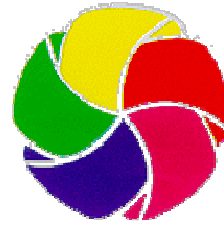
¹²⁶ Die Presse, 9. Juni 2008

III.4.g) DA

Demokratische Alternative

Democratic Alternative

Demokratska Alternativa



Die Demokratische Alternative wurde im März 1998 von Vasil Tupurkovski, dem langjährigen Vorsitzenden der Partei, gegründet. Nach den Parlamentswahlen im gleichen Jahr bildete sie als Juniorpartner gemeinsam mit der VMRO-DPMNE die Regierung, aus der sie 2000 wegen politischer und ideologischer Differenzen wieder ausschied und durch die Liberale Partei ersetzt wurde. Weder 2002 noch 2006 konnte die DA Sitze im Parlament erlangen, weshalb sie mittlerweile von der politischen Bühne verschwunden ist.¹²⁷ In die Zeit dieser Regierung fiel die Anerkennung Taiwans durch Mazedonien (was noch zu politischen Verwicklungen mit der VR China führte), aber auch die Unterzeichnung des Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens mit der EU.

Parteigründer Tupurkovski, 1951 geboren und international ausgebildeter und habilitierter Jurist, hatte bereits zu Zeiten Jugoslawiens mehrere hohe Funktionen in der „Kommunistischen Union Jugoslawiens“ inne. Daher setzte er sich 1991 stark für den Erhalt des jugoslawischen Staates ein, weswegen seine Reputation weder in Mazedonien selbst, noch in den anderen postjugoslawischen Staaten besonders hoch ist. Über seine Partei hieß es, sie bestünde in erster Linie aus Geschäftsleuten, und zwar aus „ehrlichen wie aus korrupten“¹²⁸. Nach dem Zerfall der SFRJ war er mazedonischer Sondergesandter in den USA, ab 1999 stellvertretender Ministerpräsident, Minister für Europäische Integration sowie Chefverhandler des Stabilisierungsabkommens mit der EU. Neben seiner politischen Tätigkeit betrieb er auch seine wissenschaftliche Karriere, die ihn mit seinen zahlreichen Publikationen bis zum Dekan an der Rechtsfakultät in Skopje brachte, und als Gastlektor in viele Länder führte. Weiters war Tupurkovski lange Jahre Funktionär in der Sportbranche, so z. B. als Vorsitzender des Mazedonischen Olympischen Komitees. Seit Dezember 2007 ist ein Verfahren wegen Unterschlagung

¹²⁷ „Consolidated Document“ on the FYROM. Bericht der Europ. Volkspartei (EVP) für den EVP-Vorstand, 25. Jänner 2007, S. 12

¹²⁸ Viktor Meier: Jugoslawiens Erben. Die neuen Staaten und die Politik des Westens, München 2001, S. 118

und Veruntreuung gegen ihn anhängig im Zusammenhang mit seinen politischen Aktivitäten betreffend Taiwan in seiner Zeit als Regierungsmitglied.¹²⁹

III.4.h) DLB

Demokratische Liga der Bosniaken

Democratic League of Bosniaks

Demokratska Liga na Bošnjacite

Die Demokratische Liga der Bosniaken repräsentiert die bosnische Minderheit in Mazedonien. 2002 konnte diese Minderheitspartei im Wahlbündnis mit SDSM und LDP ein Mandat erringen. Dieses Bündnis zerbrach im Vorfeld der Parlamentswahl 2006, seither bildet sie ein Parteienbündnis mit den beiden Albanerparteien DUI und PDP.¹³⁰

III.4.i) DPSM

Demokratische Partei der Serben in Mazedonien

Democratic Party of Serbs in Macedonia

Demokratska Partija na Srbite vo Makedonija



Die DPSM ist die Partei der beträchtlichen serbischen Minderheit in Mazedonien, die bei den Wahlen 2006 im Bündnis mit SDSM und LDP ein Mandat erreichen konnte. Inhaber dieses Parlamentssitzes war der derzeitige Vorsitzende der Partei, Ivan Stoilkov. Die Partei setzt sich für den Schutz der serbischen Minderheit in allen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Belangen ein.

III.4.j) DPT

Demokratische Partei der Türken

Democratic Party of Turks

Demokratska Partija na Turcite



¹²⁹ http://en.wikipedia.org/wiki/Vasil_Tupurkovski 16. Jänner 2008

¹³⁰ http://en.wikipedia.org/wiki/Democratic_League_of_Bosniaks 17. Jänner 2008

Die DPT ist die Partei der türkischen Minderheit in Mazedonien; 2002 erreichte sie im Bündnis mit SDSM und LDP zwei Mandate.

III.4.k) DU

Demokratische Union

Democratic Union

Demokratski sojuz

Die Demokratische Union erreichte 2006 im Bündnis mit der VMRO-DPMNE zwei Mandate im Parlament.

III.4.l) NDP

Nationaldemokratische Partei

National Democratic Party

Nacionala Demokratska Partija



Die NDP wurde 2001 als politischer Arm der UCK vom ehemaligen DPA-Abgeordneten Kastriot Haxhirexha gegründet und erreichte 2002 einen Parlamentssitz, den der Vizevorsitzende der Partei, Xhezair Shaqiri einnahm. Unter dem damaligen Vorsitzenden Basri Haliti ging die NDP 2003 de facto in der DUI auf.

III.4.m) UPRM

Einheitspartei der Roma in Mazedonien

United Party of Romas in Macedonia

Obedinita Partija na Romite vo Makedonija

Auch die politische Vertretung der Roma in Mazedonien erreichte 2002 im Bündnis mit SDSM und LDP ein Mandat.

III.4.n) WP

Arbeiterpartei

Workers Party

Rabotnička Partija



Die Partei trat bei den Wahlen des Jahres 1998 an, blieb aber unter der politischen Wahrnehmungsgrenze.

III.4.o) DOM

Demokratischer Wiederaufbau Mazedoniens

Democratic Renewal of Macedonia

Demokratska obnova na Makedonija



Die DOM ist eine Abspaltung der SDSM und erreichte bei den Wahlen 2006 ein Mandat im Parlament. Parteivorsitzende ist Liljana Popovska, die bis Ende 2005 Mitglied der LDP war.¹³¹ Sie war stellvertretende Parlamentspräsidentin, wurde aber Ende 2004 von ihrem Amt abberufen, da sie während des Referendums zur lokalen Selbstverwaltung unverhohlen Kritik an der Regierung übte.¹³²

III.4.p) DRUM

Demokratisch-Republikanische Union Mazedoniens



Die DRUM wurde am 21. November 2004 von Dosta Dimovska gegründet. Geboren 1954 in Skopje, wurde die Professorin für Philosophie 1991 Vizevorsitzende der VMRO-DPMNE und im gleichen Jahr auch ins Parlament gewählt. Von November 1998 bis Dezember war sie stellvertretende Ministerpräsidentin und anschließend bis zum Sommer 2000 Innenministerin in der Regierung Georgievski gewesen.

¹³¹ Newsletter der KAS-Skopje vom 3. August 2006

¹³² Newsletter der KAS-Skopje vom 23. November 2006

Im Jänner 2002 legte sie alle ihre politischen Funktionen zurück und wurde wenig später wegen politischer Differenzen aus der VMRO-DPMNE, deren Gründungsmitglied sie war, ausgeschlossen. Im November 2005 übernahm Goran Rafajlovski beim ersten Parteitag seit Bestehen die Führung der Partei, ausgestattet mit einem nahezu einstimmigen Wahlergebnis. Dieser war Karriere-Diplomat, unter anderem auch Botschafter Mazedoniens in Berlin, jedoch unerfahren und ein politischer Neuling, weshalb es auch ihm nicht gelang, seine Partei über die politische Wahrnehmbarkeitsschwelle zu bringen.¹³³

Dass das politische Überleben der DRUM alles andere als sicher war, zeigten schon zuvor die schwachen 0,02 %, die die Partei bei den Kommunalwahlen zuvor erringen konnte: Die Partei war strukturell sehr schwach aufgestellt: regionale Organisationen oder gesellschaftliche Untergruppierungen gab es kaum, lediglich eine schwache Jugendorganisation. Verstärkt wurde all das noch durch mäßige Finanzmittel, die sich nur aus Spenden und Mitgliedsbeiträgen der paar Tausend Parteimitglieder rekrutierten.¹³⁴

Grundsätzlich galten aber beide Proponenten als konsensorientierte und konstruktive Politiker innerhalb des zersplitterten konservativen Spektrums, das sich weniger wegen inhaltlich-ideologischer Differenzen, sondern eher wegen persönlicher Befindlichkeiten und Streitigkeiten einer Reihe von starken Persönlichkeiten diversifiziert hat. Darauf nahm die abtretende Vorsitzende in ihrer Rede auch Bezug, als sie darauf hinwies, dass das konservative Lager nur geeint eine Chance auf politische Durchsetzungskraft habe, nicht ohne aber Gruevski die Verantwortung für die Spaltung zuzuschieben: „Je eher Nikola Gruevski dies begreift, desto besser“, so Dimovska am Parteitag.¹³⁵

Rafajlovski wiederum war sich der Notwendigkeit eines möglichst geeinten konservativen Spektrums und der Schwäche der eigenen Partei durchaus bewusst, weswegen ihm daran gelegen war, eine möglichst gute Gesprächsbasis zu Gruevski aufrechtzuerhalten.¹³⁶ In diesem Licht erscheint es durchaus sinnig und verständlich, dass die DRUM sich ein Jahr später, im November 2006 auflöste und samt Mitgliedern wieder

¹³³ Bericht der EVP-Fact Finding Mission nach Mazedonien vom September 2005 (EPP-Report 17. Dezember 2005), S. 4

¹³⁴ Parteien-Informations-Dossier der KAS-Skopje, Oktober 2005

¹³⁵ Kurzbericht der KAS-Skopje vom 22. November 2005

¹³⁶ Kurzbericht der KAS-Skopje vom 22. November 2005

offiziell der VMRO-DPMNE anschloß, um den „globalen Trend“ zur Stärkung der Parteien des konservativen Spektrums sowie den Willen, an den Reformen der VMRO mitzuarbeiten zu demonstrieren, wie die Parteispitze es formulierte.¹³⁷

III.4.q) ZNPM

Landwirtschaftliche Volkspartei Mazedoniens

Ähnlich war die Situation bei der ZNPM: Auch ihr Gründer, Marjan Gjorcev, schied im Jänner 2005 im Streit von der VMRO-DPMNE, um gemeinsam mit vier weiteren Parlamentsabgeordneten eine eigene Fraktion zu bilden.¹³⁸ Gjorcev, geboren 1956 in Kavadarci, arbeitete nach seinem Wirtschaftsstudium für eine Bank und war von 1996 bis 1997 Bürgermeister von Kisela Voda. Später wurde er unter der Regierung Georgievski Minister, zuständig für Land- und Forstwirtschaft.¹³⁹ Gjorcev war ebenso wie Dimovska Gründungsmitglied der VMRO-DPMNE; er gilt als integre Politiker-Persönlichkeit, der es verstand, trotz aller Probleme und Differenzen eine gewisse Gesprächsbasis zu seiner Herkunftspartei sowie zu deren früherer Abspaltung VMRO-NP (unter deren de-facto Vorsitzenden Georgievski hatte Gjorcev ja als Minister gedient).

Die agrarisch geprägte Partei gründete in ihrer wirtschaftlichen Existenz ebenfalls auf Spenden und den Beiträgen ihrer Mitglieder, allerdings hatte sie mit ihren ca. 19.000 Mitgliedern eine wesentlich bessere, vor allem aber basisorientierte Grundlage als andere Kleinparteien. Außerdem wirkte sich die vorhandene Struktur zum Vorteil der Partei aus, denn mit einer Vielzahl von lokalen Untereinheiten, dazu noch Frauen- und Jugendorganisationen konnte sich die Partei zunächst politisch halten.¹⁴⁰ Im Herbst 2006 löste sich die ZNPM auf, um sich wieder mit Gruevskis VMRO-DPMNE zu vereinigen.¹⁴¹

¹³⁷ Newsletter der KAS-Skopje vom 6. Dezember 2006

¹³⁸ http://www.csees.net/?page=news&news_id=40323&country_id=5 16. Juni 2008

¹³⁹ Parteien-Informations-Dossier der KAS-Skopje, Oktober 2005

¹⁴⁰ Bericht der EVP-Fact Finding Mission nach Mazedonien vom September 2005 (EPP-Report 17. Dezember 2005), S. 9

¹⁴¹ Newsletter der KAS-Skopje vom 6. Dezember 2006

III.5.) Bewertung der Parteien

Das politische System Mazedoniens ist siebzehn Jahre nach Erlangung der Unabhängigkeit nach wie vor von hoher Instabilität gekennzeichnet – symptomatisch hierfür die neuerliche Spaltung der albanischen DPA im September 2008. Dennoch gibt es einige Auffälligkeiten zu beachten: Im Grunde genommen verfügt Mazedonien über ein „zweigleisiges“ Parteiensystem, da es auf der einen Seite ein slawisch-mazedonisches, auf der anderen ein albanisch-mazedonisches Parteiengefüge gibt - neben den vernachlässigbaren Kleinstparteien der anderen, kleineren Minderheiten. Bisher hat die Zahl der politischen Parteien stets zugenommen, wobei vor allem bei Wahlen die kleineren Parteien oft Listenverbindungen mit anderen, meist größeren Gruppierungen eingingen. Nach Sartoris Typologisierung würde auf Mazedonien am ehesten eine Sonderform des gemäßigten Pluralismus zutreffen, denn die offensichtlichen Differenzen zwischen den Parteien sind weniger ideologischer Natur, sondern vielmehr ethnischer oder menschlich-persönlicher Natur. Als gutes Beispiel sind hier die Parteien VMRO-DPMNE und VMRO-NP, deren faktische Führungsfiguren Gruevski und Georgievski lange Zeit in tiefer persönlicher Feindschaft verbunden waren.

Mittlerweile dürfte aber zumindest im slawisch-mazedonischen Spektrum eine Trendwende eingetreten sein, wonach ein beträchtlicher Teil dieser kleineren Parteien entweder über die Wahlkoalitionen mit den größeren Parteien de facto verschmilzt, oder abseits von Wahlen wieder mit anderen Parteien zusammenwächst, oder aber aus personellen oder politisch-inhaltlichen Gründen von der politischen Bühne verschwindet. Damit konsolidiert sich die politische Landschaft zumindest in numerischer Hinsicht, längerfristig aber auch in ideologischer Hinsicht.

Etwas diffiziler ist die Lage bei den albanischen Parteien. In diesem Segment gab es fast durchgehend jeweils drei Parteien, die allerdings ideologisch keineswegs klar ausgerichtet waren, und entweder mehrfache Richtungsänderungen vornahmen oder aber in ihrer ideologischen Ausrichtung sich stark über den jeweiligen Vorsitzenden definierten. Ein gutes Beispiel hierfür ist die Performance von DUI und DPA: Agierte die DUI bis 2007 oftmals mit politischen Brachialmethoden und galt die DPA als die zivilisiertere und professionellere Albaner-Partei, so hat sich im letzten Jahr das Bild in die entgegengesetzte Richtung verkehrt: Die DUI nimmt die staatstragende Rolle in der Regierungsverantwortung ein, während die DPA trotzig in der Ecke steht und nun schon

seit Monaten die Beteiligung an der parlamentarischen Arbeit verweigert. Weil im albanischen Spektrum keine der Parteien über einen längeren Zeitraum hinweg eine klare Führungsrolle einnehmen konnte, scheint auch hier der gemäßigte Pluralismus die passendste Zuordnung zu sein. Längerfristig ist auch im albanischen Spektrum mit einer Konsolidierung zu rechnen, die allerdings auf absehbare Zeit noch nicht zu erkennen ist.

III.6) Die Cleavage-Theorie in Anwendung auf die mazedonischen Parteien

Die von den Soziologen Seymour Lipset und Stein Rokkan entwickelte Cleavage-Theorie geht der Frage nach, welche dauerhaften Interessenskonflikte eine Gesellschaft prägen und wie sich diese Konflikte auf die Entstehung, Veränderungen und Wahlchancen von Parteien niederschlagen.

Konfliktlinienmodell nach Lipset und Rokkan¹⁴²

Kapital vs. Arbeit	Nation Zentrum	Kirche vs. Staat
Ökonomie	Funktional	Ideologie
Landbesitzer vs. Industrieunternehmer	Peripherie Region	Herrschende Kultur vs. abhängige Kultur

Am konkreten Beispiel Mazedoniens ergibt sich folgendes Bild:

Spannungsfeld Kirche - Staat: Diese Bruchlinie ist für Mazedonien kaum relevant, da trotz der starken Stellung der Orthodoxie grundsätzlich eine Trennung von Kirche und Staat existiert und es auch keine explizit religiösen Parteien gibt. Die naheliegende Konfliktlinie zwischen christlich-orthodoxen und moslemischen Parteien ist in erster Linie eine Konfliktlinie entlang ethnischer Grenzen. Doch auch diese Abgrenzung ist

¹⁴² Dieter Roth: Empirische Wahlforschung: Ursprung, Theorien, Instrumente und Methoden; Opladen 1998, S. 27

nicht ganz zuverlässig, da es mit der PEI auch eine slawisch-mazedonische Partei mit in erster Linie moslemischen Anhängern gibt.

Ähnlich die Sachlage für das Spannungsfeld Zentrum – Peripherie, auch hier geraten wir wieder ins das ethnische Beziehungsgeflecht: Nicht alle Parteien verfügen über eine gleichmäßige Verbreitung über das gesamte Land, denn die albanischen Parteien haben ihre Hochburgen wenig überraschend vornehmlich in den albanischen Gebieten im Westen des Landes. Die Relevanz ist also gegeben, wenn auch auf Umwegen. Durchaus relevant für Mazedonien ist auch das Spannungsfeld Arbeit – Kapital. Die über Jahrzehnte unterschiedliche Entwicklung der sozio-kulturellen Strukturen von slawischen und albanischen Mazedoniern hat zwangsläufig Auswirkungen auf die sozio-ökonomischen Strukturen der Gesellschaft, in denen die Albaner eine tendenziell schlechtere Position haben. In die gleiche Richtung geht auch die Bruchlinie herrschende - abhängige Kultur.

Zusammenfassend lässt sich daher feststellen, dass dieses herkömmliche Konfliktlinienmodell nur bedingt geeignet ist, über die Bruchlinien im mazedonischen Parteiensystem Aufschluss zu geben, da fast alle Differenzierungen im Parteiengefüge aus dem ethnischen Spannungsfeld resultieren. Das mazedonische Parteiensystem lässt sich im Wesentlichen daher auf genau diese große Bruchlinie herunterbrechen. Ist diese Bruchlinie überbrückbar? Das ist durchaus denkbar, jedoch nicht selbstverständlich. Voraussetzung dafür ist, dass es dem Land und seinen politischen Akteuren gelingt, künftig einen vernünftigen Weg in der Alltagspolitik zu finden - Grundlage für eine gute wirtschaftliche Zukunft, da Aufschwung und Prosperität essentiell sind für eine positive politische Kultur. Politische Stabilität und eine gute wirtschaftliche Entwicklung greifen hier ineinander.

IV) Das politische Geschehen seit 2001

Im folgenden Kapitel möchte ich die politischen Geschehnisse seit dem Ohrider Abkommen darstellen: Der Schwerpunkt liegt hierbei in den inhaltlichen wie personellen Auseinandersetzungen zwischen den Parteien und deren unterschiedlichen Zugängen zu den Materien.

IV.1) Parlamentswahl 2002

Die Wahl vom 15. September 2002, welche die erste nach dem Ohrider Abkommen war, konnte die von der SDSM geführte bisher oppositionelle Linkskoalition für sich entscheiden. Diese konnte mit 61 von 120 Mandaten eine Mehrheit im Parlament erringen und damit die neue Regierung bilden. Der offiziell einmonatige Wahlkampf war wesentlich ruhiger verlaufen, als im Vorfeld zu befürchten gewesen war. Präsident Traikovski hatte alle wahlwerbenden Parteien aufgefordert, konkrete und kreative Lösungsansätze für die großen Probleme des Landes, nämlich die organisierte Kriminalität und die Korruption zu erarbeiten.¹⁴³

Im Vorfeld hatten in- und ausländische Beobachter die Wahl mit Spannung erwartet. Der Zeitpunkt der Durchführung der Wahl war strittig, denn die Opposition hatte schon seit dem September 2001 eine Vorziehung der Wahlen gefordert, während die Regierung unter Ljubco Georgievski die volle Legislaturperiode zu Ende dienen wollte. Neu bei dieser Wahl war das geänderte Wahlrecht, nämlich ein reines Verhältniswahlrecht. Dazu war Mazedonien in sechs gleich große Wahlkreise aufgeteilt worden mit jeweils ca. 270.000 Wählern. Aus diesen Wahlkreisen wurden je 20 Kandidaten ins Parlament gewählt. Außerdem sollte eine Dreiprozenthürde eine noch größere Zersplitterung in der Parteienlandschaft verhindern und vor allem die kleineren Parteien zu Bündnissen und Allianzen zwingen.

Auf albanischer Seite gab es mit Ali Ahmeti, dem Vorsitzenden der neugegründeten DUI, einen aufgrund seiner Erfolge mit der UCK populären Kandidaten. Genau diese Aktivitäten machten ihn aber zum Feindbild der mazedonischen Bevölkerung, die in ihm in erster Linie einen Terroristen sah, der den Staat an den Rand des Abgrunds gebracht

¹⁴³ http://www.ipu.org/parline-e/reports/arc/2313_02.htm

hatte. Die DUI versuchte daher während des Wahlkampfes, im Gegensatz zur DPA möglichst wenig albanische Symbolik zu verwenden, um dieser Einschätzung nicht noch weiter Vorschub zu leisten. DPA-Vorsitzender Xhaferi nämlich war zwar an den Verhandlungen in Ohrid beteiligt gewesen, jedoch gelang es ihm nicht, die dort erreichten Erfolge in Stimmen für sich und seine Partei umzuwandeln.

Die Strategie Xhaferis war es daher, sich während der betont nationalistischen Kampagne mit einer Reihe von UCK-Führern zu umgeben und so von deren Ruhm als verdiente Kämpfer um die albanische Sache zu profitieren. Das Straßenbild war geprägt von den roten Parteiflaggen mit dem albanischen Doppeladler, und auf den Plakaten waren die Flaggen von NATO, EU und USA zu sehen, während Mazedonien eine untergeordnete Rolle spielte. Die junge Partei NDP unter Ihrem Vorsitzenden Kastriot Haxhirexha führte ihre Kampagne noch aggressiver als die DPA; sie lehnte das Ohrider Abkommen als völlig unzureichend ab und forderte noch mehr Rechte für die Albanische Bevölkerungsgruppe ein. Auch die PDP tat sich sehr schwer, ihre Rolle in diesem Wahlkampf zu definieren. Sie war unter ihrem neuen Vorsitzenden Aburrahman Aliti mit einer vergleichsweise moderaten Linie angetreten. Weil aber die DPA ihm die Rolle als politisches Sprachrohr der UCK streitig machte, näherte die PDP sich politisch an die DUI an.¹⁴⁴ Auf den Listen der PDP fanden sich auch türkische sowie moslemische Mazedonier als Kandidaten. Insgesamt konnten die vier albanischen Parteien 26 von 120 Mandaten erlangen, was prozentuell etwas weniger als deren Anteil in der Bevölkerung entspricht.

Auf Seiten der mazedonischen Parteien standen einander der bisherige Amtsinhaber Georgievski von der VMRO-DPMNE und Crvenkovski von der SDSM gegenüber. Beide noch relativ jung, verfügten sie aber doch schon viele Jahre Erfahrung in der mazedonischen Innenpolitik. Für die VMRO war die Ausgangslage nicht sehr günstig: Gemeinsam mit der DPA stellte sie seit 1998 die Regierung und hatte im Jahr zuvor den Konflikt lösen müssen, der mit dem Ohrider Abkommen sein Ende fand. Damit befand sich die VMRO in einer Zwickmühle: Von internationaler Seite kam Kritik an Georgievski und seiner nationalistischen Rhetorik. Die mazedonische Bevölkerung hingegen kritisierte ihn für die angeblich zu weiche Haltung, da er in Ohrid nationale

¹⁴⁴ Andreas Klein/Veton Latifi: Die Opposition gewinnt die Parlamentswahlen in Mazedonien. In: KAS-Auslandsinformationen 10/2002, S. 77

Interessen geopfert hatte. Die Wirtschaft des Landes konnte zwar nach Jahren des Schrumpfens endlich wieder ein Wachstum verzeichnen, und als Höhepunkt seiner Amtszeit hatte Georgievski im März 2001 das Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen mit der EU unterzeichnen können. Beides honorierten die Wähler aber nicht; ganz im Gegenteil, es gelang der SDSM, der Regierung die Hauptverantwortung für den Ausbruch der Krise zuzuschieben. Außerdem entsprachen die wirtschaftlichen Kennzahlen nicht der von der Bevölkerung gefühlten Wirtschaftslage. Damit gelang es dem Oppositionsbündnis, eine deutliche Mehrheit zu erringen.

SDSM-Vorsitzender Crvenkovski war zunächst zurückhaltend, ein zweites Mal das Amt des Regierungschefs anzunehmen, da er insgeheim bereits auf die Nachfolge von Präsident Traikovski spekulierte, dessen Mandat zwei Jahre später auslaufen würde. Ansonsten war die SDSM die starke und führende Partei in den Koalitionsverhandlungen. Bei deren potentielltem Regierungspartner DUI gestaltete sich die Sache etwas schwieriger: Wohl ging diese Partei im albanischen Lager als klare und unangefochtene Nummer eins aus der Wahl hervor, allerdings zeigte sich auch ganz deutlich, dass die DUI in erster Linie immer noch eine (Wahl-)Bewegung mit entsprechend schwachen personellen Kapazitäten war und weniger eine Partei im professionellen Sinn.

Dass der Wahlverlauf den Umständen entsprechend vergleichsweise glatt vonstatten ging, war nicht zuletzt auch der großen Zahl von über 900 OSZE-Wahlbeobachtern zu verdanken, die allesamt im Wesentlichen den Eindruck eines relativ freien, fairen und demokratischen Wahlganges gewinnen konnten, nicht ohne aber zahlreiche Kritikpunkte anzusprechen und Verbesserungsvorschläge für künftige Wahlgänge zu machen.¹⁴⁵ Schon Anfang Oktober trat das Parlament in seiner neuen Konstitution zusammen und wählte Nikola Popovski von der SDSM zu seinem Präsidenten.

¹⁴⁵ OSCE/ODIHR-Final Report FYROM Parliamentary Elections 15. September 2002 http://www.osce.org/documents/odihr/2002/11/1404_en.pdf;
Ebenso: Monitoring-Bericht des International Republican Institute (IRI): Republic of Macedonia Parliamentary Elections September 15, 2002. Election Observation Mission - Report and Recommendations, S. 7 http://www.iri.org/europe/macedonia/pdfs/2003macedonia_election_rept.pdf

IV.2) Boris Trajkovski und seine Rolle in der Politik

Boris Trajkovski wurde am 25. Juni 1956 in Strumica als Sohn einer methodistischen Familie geboren. 1980 schloß er sein Studium der Rechtswissenschaften an der Cyrill und Method-Universität von Skopje ab und spezialisierte sich in der Folge auf Arbeits- und Handelsrecht. Bei mehreren Aufenthalten in den USA studierte er Theologie und engagierte sich sehr stark als Laie für die methodistische Kirche. Nach Abschluss seiner Studien versetzte ihn die kommunistische Regierung in ein abgelegenes Dorf, wo er sich der heruntergekommenen Roma-Pfarre annahm. Er war für 12 Jahre in der kirchlichen Jugendarbeit aktiv und wurde später Vorsitzender des methodistischen Kirchenrates für Mazedonien. Ende der 1980er, Anfang der 1990er-Jahre folgten noch Studienaufenthalte in Großbritannien. Seine politische Karriere begann Trajkovski nach der Unabhängigkeitserklärung Mazedoniens, als er 1992 der VMRO-DPMNE beitrug. Aufgrund seiner Auslandserfahrung beauftragte ihn die Partei mit der Etablierung von Kontakten und guten Beziehungen zu anderen europäischen Parteien, weswegen er mit der Leitung des Internationalen Büros der Partei betraut wurde. 1997 wurde er Büroleiter des Bürgermeisters von Kisela Voda, einem Stadtbezirk von Skopje.¹⁴⁶

Von nun an ging seine politische Karriere rasant nach oben: War Trajkovski bisher „nur“ als emsiger und fleißiger Zuarbeiter innerhalb seiner Partei bekannt, so betrat er nun für eine breitere Öffentlichkeit sichtbar die politische Bühne. Am 21. Dezember 1998 wurde er zum Stellvertretenden Außenminister bestellt, übte dieses Amt jedoch nur knapp ein Jahr aus. In diese Zeit fiel der Konflikt um den Kosovo. Hier gelang es ihm durch geschicktes Agieren, viel Positives für sein Land zu erreichen. In seiner politischen Funktion vertrat er im Hinblick auf die gewaltigen Belastungen, die Mazedonien durch die Flüchtlingsströme zu tragen hatte, sein Land gegenüber der NATO und der internationalen Staatengemeinschaft. Regelmäßig Kritik übte er an der NATO, die den Problemen, die der Krieg im Kosovo mit sich brachte, zu wenig Beachtung schenken und daher deren Brisanz für Mazedonien unterschätzen würde.¹⁴⁷ Die permanente Medienpräsenz in dieser Zeit im In- und Ausland machte ihn binnen Wochen zum mit Abstand populärsten Politiker Mazedoniens.¹⁴⁸

¹⁴⁶ http://en.wikipedia.org/wiki/Boris_Trajkovski 12. Februar 2008

¹⁴⁷ <http://news.bbc.co.uk/2/hi/europe/1408747.stm> 18. Februar 2008

¹⁴⁸ Newsletter der KAS-Skopje vom 1. März 2004

Im November 1999 lief die Amtszeit des bisherigen Präsidenten Kiro Gligorow aus. Die VMRO-DPMNE wusste sich die Beliebtheit Trajkovskis zunutze zu machen und nominierte ihn als Kandidaten für die Wahl zum Staatspräsidenten. Im zweiten Wahlgang konnte er sich dann klar gegen Tito Petkovski, seinen Gegenkandidaten von der sozialdemokratischen SDSM durchsetzen. Für seinen Sieg war nicht zuletzt auch das Stimmverhalten eines Großteils der albanischen Bevölkerungsteile ausschlaggebend.

Trajkovski war unter den antretenden Kandidaten der einzige Bewerber, der über keine politische Vergangenheit im sozialistischen Jugoslawien verfügte. Durch diese Unverbrauchtheit und sein jugendliches Alter von 43 Jahren schien er der mazedonischen Wählerschaft ein glaubwürdiger Vertreter der eines neuen, modernen und dynamischen Mazedoniens zu sein, dem man zutraute, ehrlicher Makler zwischen den Bevölkerungsgruppen zu sein.¹⁴⁹

Bei der albanisch-stämmigen Bevölkerung konnte er Sympathien erlangen, weil er 1999 als stellvertretender Außenminister die Grenzen für die kosovarischen Flüchtlingsmassen öffnen ließ und so eine humanitäre Katastrophe zu verhindern beitrug. Aber nicht nur im eigenen Land, sondern im besonderen auch im westlichen Ausland wurde Trajkovski als die neue politische Führungsfigur gesehen, der imstande sein würde, Mazedonien weiter in die europäischen politischen Strukturen einzubinden und der dem Land die dafür notwendige politische Stabilität geben könnte.¹⁵⁰

Die Anfangszeit seiner Präsidentschaft verlief unspektakulär. Zur diplomatisch-politischen Hochform lief er in der Staatskrise 2001 auf: Politische Gegner setzten ihn wegen angeblich zu großer Milde und Nachgiebigkeit gegenüber albanischen Rebellen unter Druck. Trajkovski machte sich für eine Amnestie der Guerilleros für den Fall einer freiwilligen Entwaffnung stark und setzte sich sehr für eine stärkere Einbindung der albanischen Minderheit in die staatlichen Institutionen ein. Galt er den einen als zu schwach gegenüber politischen Zündern und Unruhestiftern, sahen andere ihn als zu grob und zu wenig konziliant gegenüber relevanten Teilen der Bevölkerung.¹⁵¹

¹⁴⁹ Newsletter der KAS-Skopje vom 1. März 2004

¹⁵⁰ <http://news.bbc.co.uk/2/hi/europe/1408747.stm> 18. Februar 2008

¹⁵¹ <http://news.bbc.co.uk/2/hi/europe/1408747.stm> 18. Februar 2008

Die gesamte Dauer des heißen Konfliktes hindurch bemühte er sich darum, die Vertreter der betroffenen Gruppen an den Verhandlungstisch zu bekommen. Doch nicht nur zwischen den mazedonischen Konfliktparteien nahm Traikovski eine Vermittlerrolle ein, sondern auch zwischen seiner Regierung und den diplomatischen Vertretern von EU, NATO und USA. So etwa versuchte er, mit einem Fünf-Phasen-Plan sein Konzept zur Beilegung des Konfliktes durchzusetzen. Dieser Plan kam zwar nicht zur Umsetzung, machte jedoch den unbeugsamen Willen des Präsidenten zur Lösung des Konfliktes deutlich. Nach der Unterzeichnung des Ohrider Rahmenabkommens vom 13. August 2001, das die kriegерischen Auseinandersetzungen in Mazedonien beenden konnte, galt sein Interesse der politischen Durchsetzung dieses Vertragswerkes.¹⁵²

Seine politischen Ansichten und Leistungen brachten ihm wenig überraschend nicht nur Anerkennung ein, sondern vielfach die heftige Kritik, er würde die Interessen der mazedonischen Mehrheit an die albanische Minderheit verkaufen. International jedenfalls galt er zeit seiner Präsidentschaft, erst recht aber nach seinem plötzlichen und unerwarteten Tod als Mann des Ausgleichs, der das Land wieder vom politischen Abgrund wegführte.¹⁵³

Bei einer seiner letzten öffentlichen Reden, die durchaus als sein politisches Vermächtnis gelten kann, legte er klar seine Visionen über den mazedonischen Staates des 21. Jahrhunderts dar:

“I cannot speak on behalf of the others, but my personal feeling then and today is the same: we actually defined the substance of a strategic project of 21st century's Macedonia. This project has a name: integration, not separation and mutual responsibility instead of domination. To put it in a simpler way: nobody in the Republic of Macedonia should be excluded from the mainstream of the society on the grounds of ethnic or socioeconomic origins, religious beliefs or political persuasion, simply because all of the previously mentioned is absolutely irrelevant in regard to the universal ideas of humanity and tolerance all of us is trying to keep alive.”¹⁵⁴

¹⁵² Newsletter der KAS-Skopje vom 1. März 2004

¹⁵³ Newsletter der KAS-Skopje vom 1. März 2004

¹⁵⁴ Newsletter der KAS-Skopje vom 3. März 2004. Traikovski hatte diese Rede im Rahmen einer Veranstaltung am 12. Dezember 2003 an der SEE University Tetovo gehalten. Die gesamte Rede ist zu finden unter <http://www.kas.de/proj/home/pub/42/1/year-2004/dokumentid-4240/index.html>. 18. Februar 2008

IV.3) Referendum gegen die kommunale Neuordnung des Landes 2004

Das neben der Präsidentschaftswahl wichtigste innenpolitische Ereignis des Jahres 2004 war die Neuordnung der Gemeindegrenzen, welche die Anzahl der Gemeinden von 124 auf 85 reduzierte. Diese verwaltungstechnische Änderung, die auf den ersten Blick eher unspektakulär erscheint, bedeutete jedoch beträchtliche Veränderungen im ethnischen Gefüge auf kommunaler Ebene (in einigen Gemeinden wurde die Mehrheits- plötzlich zur Minderheitsbevölkerung) und führte daher in ethnisch gemischten Gemeinden zu Protesten.¹⁵⁵ Am für den 7. November angesetzten Referendum gegen diese Neuordnung beteiligten sich jedoch nur 26 Prozent der Wahlberechtigten, womit das Gesetz bestehen blieb und die Regierung unter Premierminister Kostov einen Sieg feiern konnte. Der Abstimmung war ein entsprechender internationaler Druck vorangegangen, wonach bei einem Kippen des neuen Kommunalgesetzes mit Verzögerungen bei der europäischen Integration Mazedoniens zu rechnen sei.¹⁵⁶

Der Grund für die Ablehnung der von der Regierung vorgeschlagenen Neuordnung der Verwaltungsgrenzen durch die Wähler lag in der allgemeinen Unzufriedenheit mit der schlechten wirtschaftlichen und sozioökonomischen Lage (niedriger Lebensstandard, Zukunftsängste). Meinungsumfragen ließen erkennen, dass die Bevölkerung Armut und die hohe Arbeitslosigkeit als die größten Probleme des Landes sah - mit allen Auswirkungen für die politische Stabilität.¹⁵⁷

Diese verwaltungsmäßige Neuordnung hat ihren Ursprung und ihre Grundlage im Rahmenabkommen von Ohrid, in dem die Rechte der Minderheiten in Mazedonien garantiert werden sollten. Damit verbunden war auch ein Prozeß der Dezentralisierung Mazedoniens, um besser auf regionale Erfordernisse der verschiedenen Regionen eingehen zu können. Bei diesen Verwaltungseinheiten handelt es um regionale Körperschaften, die deutlich einwohnerstärker sind als eine durchschnittliche Gemeinde

¹⁵⁵ Die Presse, 9. November 2004, S. 9

¹⁵⁶ Die Presse, 9. November 2004, S. 9

¹⁵⁷ Jahresaktionsprogramm 2005 zur Unterstützung der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien, S. 3

http://ec.europa.eu/enlargement/pdf/financial_assistance/cards/publications/ap_fyrom_05_de.pdf
Februar 2008

nach österreichischem Verständnis. Auch die Hauptstadt Skopje ist in zehn derartige Gemeinden unterteilt, denen jeder ein Bürgermeister vorsteht.¹⁵⁸

Kritiker der neuen Gemeindegliederung fürchteten, dass diese zu einer Abspaltung des albanisch dominierten Westens führen könnte. Das mazedonische Helsinki-Komitee wiederum kritisierte weniger den Inhalt, als vielmehr Form und Umstände, unter denen die Neuerung eingeführt wurde, nämlich von oben herab ohne Einbindung der betroffenen Kommunen.¹⁵⁹

IV.4) Kommunalwahlen Frühjahr 2005

Diese hätten ursprünglich schon im Oktober 2004 stattfinden sollen, allerdings verzögerte sich dieser Urnengang aufgrund des Referendums gegen die Neuaufteilung der Gemeinden des Landes. Der für den Wahltermin zuständige Parlamentspräsident hatte im Dezember 2004 nach zweimaligem Aufschub die Gemeinderatswahlen für den 13. März 2005 ausgeschrieben. Für den 27. März war der zweite Wahlgang vorgesehen; ein solcher war kraft Gemeindewahlordnung notwendig in jeden Gemeinden, in denen entweder im ersten Gang weniger als ein Drittel der der Wahlberechtigten teilgenommen hatten, oder in denen keiner der Kandidaten eine absolute Stimmenmehrheit erreichen konnte. In die Stichwahl traten dann die beiden stimmenstärksten Kandidaten gegeneinander an, wobei hier die 30%-Beteiligungsregel nicht mehr zu Anwendung kam.

Wenig überraschend konnte daher in der ersten Wahlrunde nur in 14 Kommunen ein neues Oberhaupt gewählt werden; in 71 Gemeinden musste eine Stichwahl abgehalten werden. Danach ergab sich folgendes Bild: Die sozialdemokratische Regierungspartei SDSM konnte gemeinsam mit ihren Koalitionsparteien¹⁶⁰ 36 Bürgermeisterämter erobern, das entspricht 42,4%. Die konservative VMRO-DPMNE kam mit ihrem Bündnis¹⁶¹ auf 22 Bürgermeister (25,9%). Weitere 15 Bürgermeistersessel (17,7%) konnte die albanische Regierungspartei DUI erringen; an das albanische Oppositionsparteien-Bündnis DPA-

¹⁵⁸ Newsletter der KAS-Skopje vom 17. Mai 2006

¹⁵⁹ Die Presse, 9. November 2004

¹⁶⁰ Dem Bündnis „Für ein geeintes Mazedonien“ gehörten neben der SDSM auch die Liberaldemokratische Partei, die Demokratische Partei, die Demokratische Liga, die Roma-Emanzipation, die Demokratische Partei der Türken, der Demokratische Bund, die Grüne Partei und die VMRO-Makedonska an.

¹⁶¹ Zum Bündnis „Vereinigte Opposition für ein besseres Mazedonien“ zählten neben der VMRO-DPMNE auch die VMRO-Makedonija, die Europapartei, die Sozialistische Partei, die Parteien der serbischen der bosnischen und der Roma-Minderheit sowie noch einige Splitterparteien

PDP gingen zwei (2,4%) sowie an die VMRO-NP drei Bürgermeister (3,5%). Die verbleibenden sieben Gemeindeoberhäupter gingen an unabhängige Wahlwerber (8,2%).¹⁶²

Besonders spannend verlief die Wahl in der Hauptstadt Skopje: Dort wohnt mit 600.000 Einwohnern etwa ein Drittel der mazedonischen Gesamtbevölkerung. Somit ist der Bürgermeister von Skopje de facto der drittmächtigste Mann im Staat nach Präsident und Regierungschef. Der Wahlkampf um das Bürgermeisteramt verlief eher unspektakulär; der Wahlgang selbst allerdings gestaltete sich etwas diffus: Nach der ersten Runde brauchte die Staatliche Wahlkommission DIK fast vier Tage, um zu einem Ergebnis zu kommen. Die Wahlbeobachter-NGO "Most" war im Wahllokal anwesend und sprach von 54% für den Geschäftsmann und konservativen Herausforderer Trifun Kotovski. Die staatliche Wahlkommission hingegen sah ihn bei 44%, was eine Stichwahl mit dem Amtsinhaber Risto Penov (Liberaldemokrat, unterstützt von der SDSM) notwendig machte. Aufgrund von zahlreichen Unregelmäßigkeiten wurden in einigen Stadtbezirken die Wahlen annulliert, und aufgrund des zunehmenden Unmuts der Bevölkerung zog Penov seine Kandidatur zurück und gestand seine Niederlage ein. Wegen des Wahlrechtes musste die Stichwahl dennoch stattfinden; Kostovski konnte dabei knapp 75% erreichen.¹⁶³

Im Zuge des gesamten Wahlablaufes bezichtigten sich die wahlwerbenden Parteien gegenseitig des Betruges, und auch aus dem Ausland, beispielsweise von der OSZE Beobachtermission, gab es heftige Kritik an den Unregelmäßigkeiten.¹⁶⁴ In einem Stadtteil von Skopje beispielsweise bedrohten Anhänger der albanischen DUI die Wähler und entwendeten die Wahlurnen mit der Begründung, sie „bis zur Auszählung sicher in Gewahrsam zu nehmen“. ¹⁶⁵ In Ohrid wiederum gab es einen Bombenalarm im Gebäude der Wahlkommission; knapp einen Tag war das Gebäude von Exekutiveinheiten besetzt. Die oppositionelle VMRO-DPMNE mutmaßte, dass in dieser Zeit Manipulationen vorgenommen wurden. Unabhängige Wahlbeobachter der NGO „Most“ hatten tatsächlich

¹⁶² Newsletter der KAS-Skopje vom 25. Mai 2005

¹⁶³ Newsletter der KAS-Skopje vom 25. Mai 2005

¹⁶⁴ <http://www.news.ch/Kommunalwahlen+in+Mazedonien/207414/detail.htm> 28. Februar 2008

¹⁶⁵ Newsletter der KAS-Skopje vom 25. Mai 2005

am Wahlabend von einem leichten Vorsprung der VMRO-DPMNE berichtet; im Endergebnis konnte jedoch der SDSM-Kandidat einen klaren Sieg erringen.¹⁶⁶

Skurilles ereignete sich in Suto Orisari: Dort gab es eine Stichwahl zwischen der Romapartei von Amdi Bajram und dem Kandidaten der SDSM. Jedoch gab es auf beiden Seiten so viele Manipulationen, dass die Wahl wiederholt werden musste. Zum Beispiel wurden in einem Wahllokal die internationalen Beobachter zehn Minuten vor Wahlschluß hinauskomplimentiert. In den verbleibenden zehn Minuten bis zum offiziellen Schließen der Wahllokale sollten angeblich 810 Menschen „gewählt“ haben, obwohl niemand das Wahllokal betreten hatte.¹⁶⁷

Ministerpräsident Buckovski hatte wohl die Einhaltung demokratischer Standards zugesagt und versprochen, Manipulationen keinesfalls zu dulden. Dennoch schienen sämtliche Aktivitäten in diesem Zusammenhang eher halbherzig und unfreiwillig auf Druck von außen zu erfolgen; von EU-Stellen kamen bereits deutliche Warnungen vor einer Verzögerung des weiteren Integrationsprozesses. Besonders wurden hier die Anhänger an der Basis von SDSM und DUI kritisiert. Der Leiter der OSZE-Beobachter-Mission Julian Peel Yates scheute nicht vor klaren Worten zurück, als er von einem nicht den demokratischen Standards entsprechenden Wahlverlauf sprach.¹⁶⁸ Als Zeichen des guten Willens und um die Bedeutung zu unterstreichen, entsandte die Regierung die stellvertretende Ministerpräsidentin Radmilla Shekerinska in die Wahlkommission.

Diese Wahl war nach 1996 und 2000 die dritte Gemeinderatswahl, die in Mazedonien abgehalten wurde. Stets war Gewalt dabei ein normales Mittel der politischen Auseinandersetzung; im Jahr 2000 gab es in einem Stadtteil von Skopje sogar Tote. Stärker noch als bei Parlamentswahlen bestand eine Tendenz zur gewaltsamen Interessensdurchsetzung, wobei dies in stärkerem Maß für die albanischen Gebiete seine Gültigkeit hatte.¹⁶⁹

¹⁶⁶ Newsletter der KAS-Skopje vom 25. Mai 2005

¹⁶⁷ Newsletter der KAS-Skopje vom 25. Mai 2005

¹⁶⁸ „Die Beobachter besuchten 1.300 Wahlstationen und stellten gestohlene Stimmzettel, Befüllen der Wahlurnen mit (gefälschten) Stimmzetteln, Einschüchterung, Gruppenwahlen (mehr als eine Person betritt die Wahlzelle), Stellvertreterwahlen (eine Person wählt für mehrere) und gefälschte Unterschriften auf den Wählerverzeichnissen fest, um nur einige zu nennen. Die Wahl wurde in 14% der Wahllokale als schlecht oder sehr schlecht eingestuft.“ Newsletter der KAS-Skopje vom 25. Mai 2005

¹⁶⁹ Bericht des Österreichischen Botschafters in Skopje an das BMAA, 26. Jänner 2005

Bezeichnend für die Schwierigkeiten im Umgang mit den demokratischen Spielregeln daher die Aussage eines albanischen Politikers, wonach trotz Unterzeichnung eines Abkommens zur fairen Durchführung der Wahl weder DUI noch OPA bei den kommenden Gemeinderatswahlen ganz auf Gewaltanwendung verzichten werde können; man könne schließlich in Mazedonien ohne Androhung und Anwendung von Gewalt keine Wahl gewinnen.¹⁷⁰

Die Oppositionspartei VMRO-DPMNE konnte im Vergleich zu den Regierungsparteien nur ein mäßiges Ergebnis erreichen. Dafür waren mehrere Gründe ausschlaggebend: Erstens war der gesamte Wahlkampf ganz auf Parteichef Nikola Gruevski zugeschnitten. Dass Kandidaten der VMRO-DPMNE auf offener Straße um die Gunst der Wähler warben, kam kaum vor, bestenfalls verteilten Helfer hin und wieder Werbezettel. Gruevski war bei Wahlveranstaltungen allgegenwärtig, die tatsächlich antretenden Kandidaten blieben im Hintergrund und kamen manchmal gar nicht erst zu Wort.¹⁷¹

Zweitens fehlten die klaren Ansagen der Kandidaten und vor allem des Parteivorsitzenden. Trotz des Schlagwortes „Resultate – jetzt“ sprach Gruevski weniger von Plänen und Zukunftsideen für Mazedonien, als vielmehr von seinen Leistungen als Handels- und danach Finanzminister von 1998-2002. Das dritte und größte Hindernis für einen erfolgreichen Wahlverlauf war die Uneinigkeit und Zerstrittenheit innerhalb der Partei: In den ländlichen Gebieten, die ursprünglich eher die VMRO-DPMNE dominierte, mussten zahlreiche VMRO-Kandidaten in Stichwahl oder unterlagen gar dem Gegenkandidaten. Im konkreten Fall von Skopje wirkte sich die Uneinigkeit folgendermaßen aus: Gruevski zögerte lange, den Kandidaten Kotovski zu unterstützen und erwog stattdessen, selbst ins Rennen um das Amt zu gehen. Seine Stellvertreterin als Parteichefin Ganka Samailovska-Zvetanovska vertrat hingegen von Anfang an die klare Meinung, der von der VMRO-DPMNE unterstützte Kandidat für ein derart bedeutendes Amt sollte jemand aus den Reihen der VMRO-DPMNE stammen und nicht ein quereinsteigender Geschäftsmann sein. Sie sah die Gefahr, dass Kotovski nach erfolgreicher Wahl seiner Partei den Rücken kehren und eine eigene neue Partei gründen könnte. Gruevski hingegen wollte sich lange Zeit nicht festlegen.¹⁷²

¹⁷⁰ Bericht des Österreichischen Botschafters in Skopje an das BMaA, 26. Jänner 2005

¹⁷¹ Newsletter der KAS-Skopje vom 25. Mai 2005

¹⁷² Newsletter der KAS-Skopje vom 25. Mai 2005

Die Vorbehalte seiner Stellvertreterin schienen nicht ganz unbegründet zu sein, denn der erfolgreiche Geschäftsmann mit Verbindungen in ganz Europa war auch Besitzer und Präsident mehrerer landesweiter Sportvereine sowie Medien, und in diesen Funktionen verfügte er über eine hohe landesweite Bekanntheit. Das Bündnis mit den beiden VMRO-Parteien wurde schon bald nach den Wahlen gelöst, und man sagte ihm Ambitionen auf höhere Ämter nach.¹⁷³

In der Zwischenzeit jedoch war die VMRO-Abspaltung VMRO-NP auf den Zug aufgesprungen und unterstützte Kotovski. Erst am letzten Tag der Nominierungsfrist erklärte nun auch Gruevski seine Unterstützung für Kotovski. Nach erfolgter Wahl musste die VMRO DPMNE den Sieg mit ihrem Rivalen teilen, was Samailovska-Zvetanovska zu erneuter Kritik am Parteivorsitzenden und in weiterer Folge zum Rücktritt von ihrem Amt veranlasste. Dieser Rücktritt war symptomatisch, und in diesem Jahr verlor die Partei noch mehrere ihrer Repräsentanten, teils durch Ausschluß, teils durch Austritte aus der Partei oder durch Übertritte zu anderen Parteien.

IV.5) Parlamentswahlen vom Juli 2006

IV.5.a) Ausgangslage und Verlauf der Wahlkampagne

Die Parlamentswahl des Jahres 2006 war die fünfte seit 1990. Theoretisch war für diesen Wahlgang erst ab 15. Juni, also drei Wochen davor, das Führen eines Wahlkampfes erlaubt. De facto aber hatte die heiße Auseinandersetzung schon Wochen zuvor begonnen. Das große Match lautete Regierung (vor allem die sozialdemokratische SDSM) gegen Opposition, deren Speerspitze die VMRO-DPMNE bildete. Im Vorfeld hatten die beiden großen Parteien sich schon einmal mit teilweise unüblichen Jubiläen medial in Stellung gebracht, wenn auf Werbeflächen z. B. 16 Jahre SDSM oder 16 Jahre VMRO-DPMNE verkündet oder, schon sehr historisch, an 113 Jahre VMRO erinnert wurde.¹⁷⁴

Schon vor der Wahl gab es Auseinandersetzungen um die Zahl der Wahlberechtigten: Gemäß offiziellen Angaben des zuständigen Innenministeriums waren 1.741.449

¹⁷³ Newsletter der KAS-Skopje vom 25. Mai 2005

¹⁷⁴ Newsletter der KAS-Skopje vom 15. Juni 2006

Menschen wahlberechtigt. Unter Berücksichtigung, dass das Land knapp mehr als zwei Millionen Einwohner hatte, scheint diese Zahl an Wahlberechtigten in erster Linie durch im Ausland lebende Gastarbeiter zustande gekommen zu sein.

In den Wochen vor der Wahl zeichnete sich ab, dass Gruevskis VMRO-DPMNE gegenüber der SDSM die besseren Karten hatte. Die gesamte Stimmung im Lande ging in Richtung eines Wechsels, was naturgemäß den Oppositionsparteien sehr zugute kam. Die Bevölkerung hoffte, dass ein Neuer an der Spitze es einfach besser machen würde – die Umfragen vermittelten ein entsprechendes Bild. Die Regierung hatte jedenfalls in den vier Jahren den Rückhalt in der Bevölkerung verloren: Die Menschen verdienten nominell immer noch weniger als vor 15 Jahren, und für ein monatliches durchschnittliches Einkommen von etwa 210,- Euro ist ein Preisniveau, das sich nicht wesentlich vom österreichischen unterscheidet, für die Menschen schwer verkraftbar.¹⁷⁵

Das hinderte die Regierung aber nicht an Versuchen, das Steuer noch herumzureißen, indem sie noch zahlreiche Versprechen abgab, z. B. millionenschwere Unterstützungspakete für Klein- und Mittelbetriebe und die Landwirtschaft, oder die Anhebung der Gehälter um 12% für die Bediensteten im öffentlichen Bereich. Aber auch innerhalb der Regierung waren die Verschleißerscheinungen offensichtlich; die albanische DUI verlor zunehmend an Zustimmung, weil die DUI ihre zentralen Versprechen, nämlich die Schaffung von Arbeitsplätzen, nicht einhalten konnte.¹⁷⁶

Die Wechselstimmung schlug sich in viele Bereiche durch: Medien, die früher regierungsfreundlich berichteten, schwenkten um und wussten plötzlich auch über die Opposition viel Positives zu berichten. Besonders deutlich zu bemerken war dies beim staatlichen Rundfunk, dessen Mitarbeiter noch viel stärker vom Wohlwollen der Regierung abhängig waren. Als beispielsweise der türkische Ministerpräsident Erdogan mit einer Delegation von über 280 Personen nach Skopje kam, fiel die Berichterstattung über dieses Ereignis wesentlich schaumgebremster aus, als dies wohl noch ein paar Monate früher der Fall gewesen wäre.¹⁷⁷

¹⁷⁵ Newsletter der KAS-Skopje vom 15. Juni 2006

¹⁷⁶ Newsletter der KAS-Skopje vom 15. Juni 2006

¹⁷⁷ Newsletter der KAS-Skopje vom 15. Juni 2006

International drängten vor allem EU und OSZE, aber auch alle anderen ausländischen Besucher in Skopje die Parteien dahingehend, für demokratische Wahlen und faire Abläufe zu sorgen. Mit Schaudern erinnerten sich internationale Beobachter an die Vorgänge noch bei der Kommunalwahl im Jahr zuvor, als Unzulänglichkeiten an der Tagesordnung waren. Dennoch unterhielt Buckovski recht gute Beziehungen ins Ausland, was sich auch in der Anerkennung niederschlug, die ihm von ausländischen Politikern entgegengebracht wurde. Die regierende SDSM stellte zu Beginn der Intensiv-Phase des Wahlkampfes eine Liste vor, in der sie 50 Erfolge der vergangenen vier Jahre präsentierte. Darunter waren aber auch manche zu finden, die nicht direkt auf Leistungen der Regierung zurückzuführen waren, wie z. B. die Anerkennung des verfassungsmäßigen Namens „Republik Mazedonien“ durch die USA. Andere, z. B. der Bau von 20 Schulen, waren noch gar nicht realisiert, oder wurden von der Bevölkerung nicht notwendigerweise positiv aufgenommen, wie die Beteiligung mazedonischer Soldaten an den internationalen Militär-Missionen in Afghanistan und dem Irak. Die Mitwirkung an internationalen Missionen blieb im Übrigen auch unter der Nachfolge Regierung aufrecht. Das Wahlprogramm selbst stand unter dem Titel „Wirtschaft – Bildung – Europa“, das in mazedonischer Sprache phonetisch ansprechend „Ekonomija – Edukazia – Evropa“ hieß.¹⁷⁸

Zweifelsohne hatte die SDSM Erfolge vorzuweisen, was aber nichts daran änderte, dass diese Erfolge durch große Probleme teilweise verdeckt wurden: Mazedonien hatte in der Arbeitslosigkeit mit 39% den höchsten Wert europaweit, ein gewaltiges Handelsbilanzdefizit, dafür aber nur vergleichsweise wenig Investitionen aus dem Ausland. Regelmäßig gab es Ermahnungen seitens des Internationalen Währungsfonds (IMF), der die mangelnde Budgetdisziplin des Staates kritisierte.¹⁷⁹

Auch die Erlangung des Status eines Beitrittskandidaten zur EU wurde von der Regierung in erster Linie als deren eigene Entscheidung präsentiert, was Kritiker deutlich anders sahen. Sie sahen im grünen Licht für den Kandidatenstatus in erster Linie ein politisches Zugeständnis an die politischen Kräfte im Land mit dem Signal, in allen Politik-Bereichen auf dem Kurs in Richtung der europäischen Wertegemeinschaft zu bleiben. Der Avis der EU Kommission gebrauchte deutliche Worte: Mazedonien müsste vor allem

¹⁷⁸ Newsletter der KAS-Skopje vom 15. Juni 2006

¹⁷⁹ Newsletter der KAS-Skopje vom 15. Juni 2006

in den Bereichen Öffentliches Auftragswesen, Informationsgesellschaft und Medien, Landwirtschaft und ländliche Entwicklung, Lebensmittelsicherheit, Verkehrspolitik, Energie, Steuern, Sozialpolitik und Beschäftigung, Regionalpolitik, Justiz und Sicherheit sowie Zollunion noch „erhebliche und dauerhafte Anstrengungen“ unternehmen, um das europäische Gemeinschaftsrecht übernehmen und dessen Anforderungen dauerhaft erfüllen zu können.¹⁸⁰

Auch die emsige Reisediplomatie von Außenministerin und Premierminister nach Brüssel konnte den Eindruck großer offensichtlicher Probleme im Land nicht zerstreuen. Klar und deutlich forderten europäische und internationale Stellen die weitere Umsetzung politischer Reformen, und vor allem eine Durchführung der Wahlen nach internationalen Standards. Auch mit der Beteiligung am Afghanistan-Einsatz unter der Führung der USA konnte sich die Regierung nicht mehr die bedingungslose Nachsicht anderer Länder erkaufen. Ein gutes Beispiel zur Demonstration, welch skurille Blüten die Aktivitäten der Regierung in ihrer Not trieb, ist folgendes: Die Regierung veranlasste die Führungsgremien der Universität Skopje, die Ehrendoktorwürde an den obersten EU-Außenpolitiker Javier Solana zu verleihen. Die Professorenschaft stand dem Unterfangen aufgrund des ausschließlich politischen Hintergrundes äußerst negativ gegenüber. Die Sache wurde in der Öffentlichkeit und in weiterer Folge auch in Solanas Umfeld bekannt; der solcherart Instrumentalisierte zog es daraufhin vor, das Ansinnen aus offiziell terminlichen Gründen abzulehnen.¹⁸¹

Etwas früher als die Regierungsparteien hatte die oppositionelle VMRO-DPMNE ihr Wahlprogramm vorgestellt. In der sogenannten „Wiedergeburt in 100 Schritten“ waren die Ziele der Partei für die Zukunft des Landes und der Weg zu deren Erreichung festgeschrieben.¹⁸² Im Zentrum des Programms standen wirtschaftliche und steuerpolitische Anliegen, um der Arbeitslosigkeit, einem der größten Probleme des Landes, wirksame Mittel entgegenzusetzen. Im Programm war einem Großteil der Ziele jeweils auch ein Datum zugeordnet, bis zu dem es erreicht worden sein sollte. Zum Teil waren die Zeiträume unrealistisch kurz (vielfach bis Jahresende 2006), was der

¹⁸⁰ Mitteilung der Kommission - Stellungnahme der Kommission zum Antrag der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien auf Beitritt zur Europäischen Union KOM (2005) 562 http://eur-lex.europa.eu/smartapi/cgiisga_doc?smartapi1celexplus!prodICELEXnumdoc&numdoc=505DC0562&lg=de 7. April 2008

¹⁸¹ Newsletter der KAS-Skopje vom 15. Juni 2006

¹⁸² http://www.vmro-dpmne.org.mk/Dokumenti/Programa2006-2010_EN.pdf 14 April 2008

Popularität des Wahlprogramms und dem Zulauf zur VMRO-DPMNE dennoch keinen Abbruch tat. Die Bevölkerung schätzte es offenbar eher, klare Ziele und Alternativen anstatt unklarer Richtungen präsentiert zu bekommen, und nahm dafür auch unrealistische Zeiträume in Kauf.

Die ursprüngliche Idee Gruevskis, ein Bündnis mit zwei Kleinparteien zu schmieden, nämlich mit der ZNPM (Landwirtschaftliche Volkspartei) und der DOM (Demokratische Erneuerung Mazedoniens), scheiterte an den überzogenen Wünschen der beiden umworbenen Parteien. Auch auf den Wahllisten gab es einige Überraschungen: So fanden sich Saso Kedev, der 2004 für die VMRO-DPMNE ins Rennen um die Präsidentschaft gegangen war ebenso wie auch die vormalige Kulturministerin Ganka Samailova-Zvetanovska nicht mehr auf der Kandidatenliste.¹⁸³ Sie war wegen ihrer Kritik, die sie im Zuge der (für ihre Partei nicht sehr erfolgreichen) Kommunalwahl 2005 an der Parteiführung geübt hatte, in Ungnade gefallen.

Bei der VMRO-NP stand die Person des ehemaligen Ministerpräsidenten Ljubko Georgievski im Vordergrund, ein großartiges Wahlprogramm gab es nicht, abgesehen von eher diffusen und allgemein gehaltenen Slogans. Wie sehr die Partei von Georgievski dominiert wird, zeigt sich sowohl in der schwachen Rolle der offiziellen Parteivorsitzenden Vesna Janevska, als auch im Umstand, dass weder der Ohrider Bürgermeisterkandidat von 2005, noch der ehemalige Außenminister Slobodan Casule auf der Wahlliste aufscheinen. Beide hatten sich erlaubt, eine andere Meinung als der de facto-Parteichef zu vertreten.

Gemäß Staatlicher Wahlkommission (DIK) hatten 31 Gruppierungen kandidiert, darunter auch einige Parteibündnisse.¹⁸⁴ Über diese Listen bewarben sich 2.620 Kandidaten um die 120 Parlamentsmandate; durchschnittlich rangen also 21 Kandidaten um ein Mandat. Im Vergleich zur Wahl davor war die „Kandidatendichte“ aber geringer, damals waren es mehr als 25 pro Parlamentssitz gewesen.¹⁸⁵ Die Fristenläufe waren relativ knapp

¹⁸³ Newsletter der KAS-Skopje vom 15. Juni 2006

¹⁸⁴ International Election Observation Mission. Statement 01 preliminary findings and conclusions S. 5
http://www.osce.org/documents/html/pdf/html/19801_en.pdf.html 21. April 2008

¹⁸⁵ Newsletter der KAS-Skopje vom 3. Juli 2006

bemessen: Bis zum 30. Mai mussten alle Kandidatenlisten eingereicht werden; offiziell dauerte die Wahlkampfphase nur vom 15. Juni bis zum 3. Juli.¹⁸⁶

Schon davor wurden die Listen von der DIK entsprechend überprüft, ob sich vielleicht verurteilte Kandidaten auf diesen Listen befinden. Weiters wurde auf die Einhaltung der Frauenquote geachtet: Auf einer Liste mit 20 Personen mussten sich mindestens sechs weibliche Kandidaten finden. Zur Behebung allfälliger Unzulänglichkeiten war eine Frist von 48 Stunden vorgesehen.¹⁸⁷

Am Wahltag selbst befand sich eine Heerschar von internationalen Wahlbeobachtern im Land, um die Abläufe zu überprüfen. Die OSZE entsandte neben den 18 Langzeitbeobachtern, die sich schon von den Vorbereitungen des Urnenganges einen Eindruck verschaffen konnte, auch noch 268 Kurzzeitbeobachter, die nur einige Tage unmittelbar vor und nach der Wahl im Land waren. Dazu kamen noch die EU-Beobachter sowie Mitarbeiter der in Skopje ansässigen Botschaften. Diese in ihrer Stärke noch nie dagewesene internationale Präsenz konnte aber dennoch Zwischenfälle und gewaltsame Auseinandersetzungen nicht zur Gänze verhindern. Schlägereien zwischen Sympathisanten unterschiedlicher Gruppen oder kleinere Schießereien waren nichts Außergewöhnliches.¹⁸⁸ Auch der am 13. Juni von allen Parteien hochoffiziell und feierlich unterzeichnete „Code of Conduct“ vermochte die handfesten Auseinandersetzungen der wettstreitenden Parteien nicht zu verhindern.¹⁸⁹

Tote gab es glücklicherweise nicht zu beklagen, was angesichts der Umstände an ein Wunder grenzte. Die Parteien selbst riefen ihre Anhänger zur Ruhe und Besonnenheit auf, und die Regierung hatte noch Anfang Juni ein verschärftes Gesetz erlassen, das auf Behinderungen des Wahlprozesses deutlich höhere Strafen als bisher vorsah.

¹⁸⁶ <http://www.sec.mk/english/Regulations/CalendarTimeline/tabid/273/Default.aspx> 15. April 2008

¹⁸⁷ Newsletter der KAS-Skopje vom 3. Juli 2006

¹⁸⁸ Newsletter der KAS-Skopje vom 3. Juli 2006

¹⁸⁹ International Election Observation Mission. Statement of preliminary findings and conclusions, S. 6
http://www.osce.org/documents/html/pdftohtml/19801_en.pdf.html 21. April 2008

IV.5.b) Ergebnis und Auswirkungen

„Die Opposition bekam die meisten Stimmen und die Unterstützung der Bürger!“¹⁹⁰ Mit diesen Worten gestand der bis dahin regierende Vlado Buckovski von der SDSM seine Niederlage ein. Die Wahlen brachten einen klaren Sieg der bis dahin oppositionellen VMRO-DPMNE, und wurden von den internationalen Beobachtern als weitgehend fair und westlichen demokratischen Standards entsprechend beschrieben: „Yesterday the citizens could, and did, decide on the political direction of their country in a generally democratic fashion“, so Mevlut Cavusoglu von der Parlamentarischen Versammlung des Europarates, der als Wahlbeobachter vor Ort war.¹⁹¹

Vom technischen Ablauf verlief die Bekanntgabe des Ergebnisses eher ernüchternd und enttäuschend: Die Wahlbehörde, die unmittelbar vor der Wahl noch große Geldsummen ausgegeben hatte, um sich für den Wahltag technisch aufzurüsten, konnte aufgrund der schwierigen Stimmenauszählung und der sich abzeichnenden Nachwahlen keine Hochrechnung liefern, und benötigte deswegen sehr lange Zeit für die Verlautbarung der Ergebnisse. Rasche und regelmäßig aktualisierte Ergebnisse gaben die jeweiligen Parteien, jedoch waren diese Zahlen wenig zuverlässig, da sie sich selbst jeweils überbewerteten.

Dennoch wurden in 29 vor allem von Albanern bewohnten Wahlkreisen Westmazedoniens Wahlwiederholungen notwendig, da die ODIHR¹⁹² mehrere Unregelmäßigkeiten und Unzulänglichkeiten festgestellt hatte. Diese fanden am 19. Juli statt und zementierten das Bild der ersten Runde: Das von der VMRO-DPMNE angeführte Wahlbündnis (bestehend weiters aus der liberalen Partei (LPM), der Sozialistischen Partei (SPM), einer der Parteien der Grünen sowie demokratische Parteien der Roma, der ethnischen Türken und Bosniaken)¹⁹³ kam auf 45 von 120 Mandaten, während das Wahlbündnis der sozialdemokratischen SDSM nur 32 Mandate erreichen konnte. Ein Wermutstropfen war die schwache Wahlbeteiligung, die gegenüber 2002 von 73% auf 56% dramatisch absank.

¹⁹⁰ Newsletter der KAS-Skopje vom 10. Juli 2006

¹⁹¹ Newsletter der KAS-Skopje vom 6. Juli 2006

¹⁹² Office for Democratic Institutions and Human Rights; Teilorganisation der OSZE, die für Wahlbeobachtungen zuständig ist.

¹⁹³ Newsletter der KAS-Skopje vom 3. August 2006

Sogleich setzte das Ringen um die Beteiligung an der Regierung ein. Wahlgewinner Gruevski führte mit allen Parteien, ausgenommen die bisher regierende SDSM Koalitionsgespräche. Diese wurden sogleich von internationaler Seite kommentiert: So sprach sich etwa der EU-Botschafter in Skopje, Erwan Fouere bei einer Rede an der Universität Tetovo nachdrücklich dafür aus, die DUI in ihrer Funktion als zwar geschwächte, aber immer noch größte Partei der albanischen Minderheit unbedingt an der Regierung zu beteiligen, um die Stabilität im Lande zu erhalten und mögliche Unruhen zu verhindern: „Es ist sehr wichtig, dass alle Parteien, mazedonische und albanische, die eine beträchtliche Anzahl an Stimmen erhielten, an den Verhandlungen zur Bildung einer neuen Regierung teilhaben, natürlich auch die Partei, die die meisten Stimmen der Albaner gewann.“¹⁹⁴

Nun war es in der Tat nicht ganz abwegig, im Sinne der politischen Stabilität des Landes die Einbindung einer albanischen Partei in die Regierung zu fordern. Ob dies jedoch unbedingt die DUI sein musste, stand wieder auf einem anderen Blatt. Rein von der Mandatsstärke stand es zunächst achtzehn zu elf zugunsten der DUI, wobei jedoch die konservative DPA vier Mandate zulegen hatte können. Auch die Wahlbeteiligung sprach nicht eben deutlich für eine Einbindung der albanischen Parteien, denn die mit 56% schwache Beteiligung landesweit wurde in der albanischen Minderheit mit etwas unter 50% nochmals untertroffen.¹⁹⁵ Aus Sicht des Wahlsiegers VMRO-DPMNE sprachen jedoch mehrere Gründe gegen die Beteiligung der DUI an der Regierung:¹⁹⁶ Vom Programm und ihren Inhalten her stand die DPA der VMRO näher als die DUI, außerdem verfügten beide Parteien schon über eine gemeinsame Regierungserfahrung. Für die VMRO wäre es wohl auch nicht einfach gewesen, den eigenen Parteimitgliedern zu verkaufen, dass man mit jener Partei in eine Regierung zu gehen gedenkt, deren Vorläufer und Protagonisten 2001 noch als „Terroristen“¹⁹⁷ galten. Die DUI bildete von 2002 bis 2006 gemeinsam mit der SDSM die Regierung, trug also eine Mitverantwortung für die politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung in dieser Zeit.

¹⁹⁴ Newsletter II der KAS-Skopje vom 10. Juli 2006

¹⁹⁵ <http://www.balkananalysis.com/2006/08/22/on-the-verge-of-empowerment-dpa-looks-forward-tofuture-successes/> 5. Mai 2008

¹⁹⁶ Newsletter II der KAS-Skopje vom 10. Juli 2006

¹⁹⁷ Newsletter II der KAS-Skopje vom 10. Juli 2006

Der schwerwiegendste Hinderungsgrund lag aber im nach wie vor zwiespältigen Verhältnis der DUI zur politischen Konkurrenz: Aufgrund der moralischen Unterstützung durch internationale Stimmen, allen voran durch EU-Botschafter Fouere, ging die DUI davon aus, auf jeden Fall auch in der künftigen Regierung vertreten zu sein. Im Zuge der Gespräche zwischen VMRO und DUI erhob letztere Anspruch nicht nur auf einen stellvertretenden Ministerpräsidenten, sondern auch auf unverhältnismäßig viele Ministerien, darunter Schlüsselstellen wie das Wirtschafts- und Transportministerium. Ebenfalls auf der Liste der Begehrlichkeiten standen das Innen- oder das Verteidigungsministerium. Das ist insofern wesentlich, als in diesen beiden Ministerien zwei der drei mazedonischen Nachrichtendienste angesiedelt sind.¹⁹⁸ Innerhalb der VMRO gab es auch Überlegungen, mit beiden albanischen Parteien in eine Koalition zu gehen, damit beide sich gegenseitig neutralisieren würden. Die Idee wurde aber wieder verworfen, weil damit - im Verhältnis zu Bevölkerung - überproportional viele albanische Parteien in der Regierung vertreten gewesen wären.¹⁹⁹

Die VMRO-DPMNE war für die Personalfragen vorerst nicht zugänglich, da sie zunächst die Inhalte festlegen wollte. Als nach den Nachwahlen vom 19. Juli, die in überwiegend von Albanern bewohnten Gebieten stattfanden, ein Mandat vom DUI-PDP-Bündnis zur VMRO-DPMNE wanderte, wurde der Ton zwischen den beiden Kontrahenten schärfer und die Vorgangsweise zunehmend ruppiger: Der bisherige stellvertretende Ministerpräsident Musa Xhaferi hatte schon in den Wochen zuvor all seine internationalen Kontakte genutzt, damit möglichst viele Vertreter der internationalen Staatengemeinschaft sowie Institutionen im Sinne der DUI auf den designierten Regierungschef Einfluß nehmen. Nach dem Mandatsverlust erklärte Musa Xhaferi in einem Zeitungsinterview, „..... es könnte eine Rebellion und Gewalt unter den albanischen Wählern entstehen, ebenso die Anwendung von Gewalt, Kalaschnikovs“²⁰⁰, wenn die DUI nicht an der Regierung beteiligt werde. Diese offenen Gewaltdrohungen ließen die EU-Vertreter und andere ausländische Repräsentanten in Skopje erkennen, dass sie mit ihrer anfänglichen Unterstützung für die DUI auch destruktive und gewaltbereite Kräfte geweckt hatte.²⁰¹ So erklärte beispielsweise die amerikanische Botschafterin in Mazedonien, Gillian Milovanovic, die erst seit Sommer 2005 im Amt war, nach einem

¹⁹⁸ Newsletter der KAS-Skopje vom 26. Juli 2006

¹⁹⁹ Newsletter II der KAS-Skopje vom 10. Juli 2006

²⁰⁰ Newsletter der KAS-Skopje vom 26. Juli 2006

²⁰¹ Newsletter der KAS-Skopje vom 26. Juli 2006

Treffen mit DUI-Vorsitzenden Ahmeti am 25. Juli, dass die USA sich nicht einmischen würden.²⁰²

In ihrem Ringen um internationale Unterstützung berief sich die DUI stets auf das Abkommen von Ohrid, in dem das Prinzip der doppelten Mehrheit festgelegt worden war. Dieses Prinzip besagt, dass alle die Minderheiten betreffenden gesetzlichen Regelungen nicht nur einer Mehrheit im Parlament, sondern auch einer Mehrheit der Minderheitenvertreter bedürfen. Die Argumentation der DUI war hier insofern etwas dürftig, als einerseits das Prinzip der doppelten Mehrheit für die Regierungsbildung nicht notwendig war, und andererseits es ja neben Albanern auch andere Minderheitsvertreter im Parlament gab, nämlich Roma (3 Mandate), Türken (2 Mandate), Serben (1 Mandat) und Bosnier (1 Mandat).²⁰³

In die gleiche Richtung zielte auch ein Antrag auf Änderung der Verfassung, den die DUI im Spätherbst 2006 einbrachte: Sie forderte darin, dass die stärkste mazedonische Partei mit der stärksten albanischen Partei eine Regierungskoalition bilden sollte.²⁰⁴ Allerdings fand sich keine Mehrheit für diesen Antrag, da er aus Sicht der Regierung nur die Regierungsbeteiligung der DUI sichern sollte.

Am 26. Juli trat das neugewählte Parlament unter dem Altersvorsitzenden Stojan Andov zu seiner ersten Sitzung zusammen. Da die Koalitionsverhandlungen noch nicht abgeschlossen waren, konnte keine Regierung gewählt werden (was in Mazedonien Kompetenz des Parlamentes ist). Weil sich keine Kandidaten fanden und der bisherige Parlamentspräsident noch vor der Wahl zum Botschafter in den USA ernannt worden war, wurde die Sitzung vertagt und erst am 31. Juli wieder fortgesetzt.

Zu diesem Zeitpunkt hatte sich bereits ein Kandidat gefunden, nämlich der ehemalige VMRO-Präsidentschaftskandidat Ljubisa Georgievski. Er wurde mit 69 von 120 Stimmen zum Präsidenten des Parlamentes gewählt, was jedenfalls keine konsensuale Mehrheit darstellt. DUI und PDP lehnten den Kandidaten mit der fadenscheinigen Begründung ab, dass ihre Parteien bei der Regierungsbildung nicht berücksichtigt werden würden; die

²⁰² Newsletter der KAS-Skopje vom 26. Juli 2006

²⁰³ Newsletter der KAS-Skopje vom 3. August 2006

²⁰⁴ Newsletter der KAS-Skopje vom 22. Dezember 2006

SDSM verweigerte ihre Zustimmung mit einer ähnlich schwachen Argumentation: Georgievski würde nicht über die nötigen Qualifikationen verfügen, und außerdem sei den Abgeordneten keine Biographie des Kandidaten zur Verfügung gestellt worden. Die Mandatare der nicht an der Regierung beteiligten VMRO-NP entgegneten darauf, dass an der Qualifikation des Kandidaten nicht der geringste Zweifel bestehen könne und es für einen derart erfahrenen Politiker ohnehin keiner Biographie bedürfe.²⁰⁵

Unmittelbar nach der Wahl hatte Sieger Gruevski damit begonnen, mit den anderen Parteien Gespräche zu führen über die Bildung einer Regierung. Die mazedonische Verfassung sieht nach Erteilung des Auftrages durch den Staatspräsidenten die Bildung einer Regierung binnen 20 Tagen vor. Staatspräsident Branko Crvenkovski erteilte daher erst am 28. Juli den Regierungsbildungsauftrag an Gruevski. Zu diesem Zeitpunkt waren die Gespräche auch schon fast zu einem erfolgreichen Ende gekommen.

Delikat war auch die Rolle der NSDP, die bei der Wahl sieben Mandate erringen hatte können. Zunächst schien es, dass die Regierungsbeteiligung aufgrund zu hoher Forderungen durch Vorsitzenden Petkovski nicht zustande kommen würde. Erst als sich die VMRO-NP in den Verhandlungspoker einbrachte, wurde Petkovski, der seine Felle davonschwimmen sah und deswegen vorzeitig seinen Griechenland-Urlaub abbrach, mit Gruevski handelseins.²⁰⁶ Heikel war die Rolle der NSDP deswegen, weil sie einerseits zwar die SDSM Stimmen kostete; andererseits war aber auch eine Wiedervereinigung von SDSM und NSDP nicht mit letzter Sicherheit auszuschließen. Dann nämlich wäre Gruevski politisch von deren Gunst abhängig gewesen.

Bei der nächsten Sitzung des Parlamentes, die am 25. August begann und zu der sich nur 90 Abgeordnete eingefunden hatten, stand als wichtigster Punkt die Abstimmung über die Regierung auf der Tagesordnung. In seiner Antrittsrede skizzierte Gruevski die weitere Integration Mazedoniens in die NATO und die EU: „Um unser Ziel, die NATO-Mitgliedschaft 2008, zu erreichen, werden wir die Verpflichtungen, die der Maßnahmenkatalog für den NATO-Beitritt vorsieht, sehr gründlich erfüllen. Unsere eigentliche Anstrengung gilt dem Beginn der Verhandlungen zur EU-Mitgliedschaft während des Jahres 2007. Wir werden alles Erforderliche tun, um die Beitrittskriterien

²⁰⁵ Newsletter der KAS-Skopje vom 3. August 2006

²⁰⁶ Newsletter der KAS-Skopje vom 23. November 2006

vor 2010 zu erfüllen.“²⁰⁷ Als zweites wichtiges Ziel nannte Gruevski die Lösung der Namensfrage mit dem Nachbarn Griechenland.²⁰⁸

Unter den Abwesenden befanden sich neben dem ehemaligen Regierungschef Ljubco Georgievski, dem de facto-Parteivorsitzende der VMRO-NP, auch alle Mandatare von DUI und PDP; letztere hatten sich zur gleichen Zeit samt einer Vielzahl an Parteifunktionären und Anhängern zu einer Demonstration vor dem Parlament eingefunden. Die DUI fühlte sich um die aus ihrer Sicht rechtmäßig zustehende Beteiligung an der Regierungsmacht betrogen; Gruevski würde den „Willen einer Mehrheit der Albaner missachten“²⁰⁹ und außerdem aus ihrer Sicht gegen den Willen der internationalen Gemeinschaft agieren.

Ersteres Argument relativiert sich angesichts der im Vergleich zur Gesamtbevölkerung unterdurchschnittlichen Wahlbeteiligung der Albaner, zweiteres ist auf unbedachte und unausgewogene Äußerungen ausländischer Repräsentanten in Skopje zurückzuführen. Diese hatten eine unbedingte Einbindung der DUI in die Regierung gefordert, wofür sie von anderen internationalen Akteuren heftige Kritik geerntet hatten.

Im Zuge dieser Demonstration fielen auch starke Sprüche, beispielsweise vom ehemaligen Landwirtschaftsminister Sadulla Daraku: „Wir erhoben uns, Karadak ging in Flammen auf; wenn es zum zweiten Mal brennt, werden wir für noch höhere Ziele kämpfen. Ja, die UCK wird erneut gewinnen.“ Damit spielte er auf eine Gegend um Skopje an, in der während des Konfliktes 2001 die gesamte mazedonische Bevölkerung vertrieben wurde.²¹⁰

Dank des massiven Aufgebotes von Sicherheitskräften eskalierte die Situation aber nicht; die Demonstration löste sich nach einiger Zeit wieder auf. Auch im Parlament selbst blieb es ruhig; die abgewählten Parteien brachten lediglich einige Feinheiten der Geschäftsordnung zur Anwendung, um das ganze Prozedere noch etwas zu verzögern; am Ende des zweitägigen Sitzungsmarathons stand jedoch eine neue Regierung.

²⁰⁷ Newsletter der KAS-Skopje vom 5. Juli 2007, S. 2

²⁰⁸ Siehe auch das Kapitel zum Thema Griechenland

²⁰⁹ Newsletter der KAS-Skopje vom 27. August 2006

²¹⁰ Newsletter der KAS-Skopje vom 27. August 2006

Die neue Regierung konnte in der Tat mit einigen Überraschungen aufwarten, denn Gruevski hatte ein sehr junges und unverbrauchtes 21-köpfiges Team um sich geschart, dessen Durchschnittsalter 37 Jahre betrug. Der Nachteil in diesem für hochrangige Politiker sehr jungen Team lag in der teils vorhandenen politischen Unerfahrenheit, was aber nicht darüber hinwegtäuschen konnte, dass die meisten der neuen Regierungsmannschaft eine hervorragende Ausbildung im In- und Ausland genossen hatten.

Charakteristisch etwa der neue Außenminister Antonio Milososki. Geboren 1976 in Tetovo, absolvierte er die Rechtswissenschaftliche Fakultät in Skopje. Anschließend folgte ein Postgraduate-Studium in Bonn und Duisburg; im Rahmen seiner Studienzeit in Deutschland durchlief er auch die Ausbildungsschiene der CDU-nahen Konrad Adenauer-Stiftung, der er bis heute freundschaftlich verbunden ist. Politisch tätig war er schon seit jungen Jahren in den Funktionen als Regierungssprecher von Mai 2000 bis September 2001, als Berater des Ministerpräsidenten Ljubco Georgievski sowie als Büroleiter und Berater der langjährigen mazedonischen stellvertretenden Ministerpräsidentin Dosta Dimovska.

Welche Vorhaben hatte nun die neue Regierung? Als eine der ersten Amtshandlungen beschloss sie bereits am 1. Oktober, die Mehrwertsteuer für agrarische Rohstoffe und Ausrüstung von achtzehn auf fünf Prozent zu senken. Mit der Anhebung des Lebensstandards stand noch ein weiteres wirtschaftliches Anliegen auf der Agenda; ebenso aber auch politische Aufgaben wie die Verringerung der Korruption, eine weitere Demokratisierung des Landes sowie eine Verbesserung der Beziehungen zwischen Minderheits- und Mehrheitsbevölkerung.

Die destruktive Gesprächsatmosphäre zwischen DUI und VMRO-DPMNE blieb auch nach der Regierungsbildung weiter bestehen. In einem Gastkommentar in der Tageszeitung „Dnevnik“ beklagte sich die stellvertretende DUI-Vorsitzende Teuta Arifi bitter darüber, dass Gruevski seine Regierung wohl verfassungskonform gebildet habe, sein Ignorieren der DUI, die ja die stärkste der albanischen Parteien sei, quasi ein Bruch

des Ohrider Abkommens sei und damit die Stabilität und Zukunft des Landes in einer europäischen Perspektive gefährden würde.²¹¹

Vor allem gegen die geplante Polizeireform, in der die anderen Oppositionsparteien ursprünglich eine gute Grundlage für eine Neuregelung sahen, gab es deshalb weiterhin Gegenwind, und zwar in erster Linie von der DUI-PDP-Koalition. Dennoch konnte die Polizeireform nach einer durch Tumulte unter den Abgeordneten hervorgerufenen Sitzungsunterbrechung am 30. Oktober beschlossen werden. In der Außenpolitik kamen alle drei hauptsächlich damit Befassten (Präsident, Regierungschef und Außenminister) darin überein, dass die weitere Annäherung an die EU sowie die Beilegung des Namensstreites mit dem Nachbarn Griechenland höchste Priorität genießen, und eine enge Zusammenarbeit daher unerlässlich sei.

Den frischen Wind durch die neue Mannschaft wusste Gruevski auch medial entsprechend zu verarbeiten: Unter dem Slogan „100 Tage ohne Einhalt“ präsentierte sich seine Regierung in den Medien als ergebnisorientierte und schlagkräftige Erfolgsmannschaft. Auf der Liste des Erfolges standen neben bereits erfolgten Steuersenkungen auch begonnene Projekte wie Reformen im Gesundheitswesen, Schritte zur Renovierung von Kulturdenkmälern oder die Verteilung von staatlichem Ackerland an die Bauern. Darunter waren aber auch weniger greifbare Projekte wie eine Verstärkung der Maßnahmen zur Bekämpfung der Kriminalität, welche bereits zu wirken beginnen würden.²¹² Weiters verbuchte die Regierung die am 30. November begonnenen Gespräche mit der EU zur Lockerung der Visabestimmungen sowie die Ankündigung einer Einladung zum NATO-Beitritt für 2008 als ihren Erfolg, obwohl beide Ereignisse aber nur bedingt von der neuen Regierung „verschuldet“ waren. Einen psychologischen Erfolg konnte die Regierung auf jeden Fall verbuchen: Schon im Herbst 2006 vertraten in Umfragen erstmals seit Jahren mehr Menschen die Meinung, dass Mazedonien sich in die richtige Richtung entwickelt, als umgekehrt.²¹³

So turbulent, wie Sommer und Herbst 2006 innenpolitisch gesehen verlaufen waren, ging es auch im Jänner 2007 weiter, da das DUI-PDP-Parteienbündnis seine parlamentarische

²¹¹ Newsletter der KAS-Skopje vom 3. Oktober 2006

²¹² Newsletter der KAS-Skopje vom 6. Dezember 2006

²¹³ UNDP-Macedonia: Early Warning Report Juni 2007, S. 11

Obstruktionspolitik nicht ändern wollte. Diese gipfelte am 22. Jänner im gemeinsamen Vorstandsbeschluß beider Parteien, die parlamentarische Arbeit so lange zu boykottieren, bis das Prinzip der doppelten Mehrheit durchgesetzt sei, wie dies aus ihrer Sicht dem Ohrider Abkommen entsprechen würde.²¹⁴ Von Seiten der internationalen Repräsentanten kam heftige Kritik an den beiden Parteien, weil sie sich weigerten, ihre Oppositionsrolle anzuerkennen und auch entsprechend wahrzunehmen.²¹⁵ Auch Gruevski attestierte der DUI einen „Mangel an demokratischer Reife“.²¹⁶

IV.5.c) Druck auf Gruevski aus allen Parteien

Auch die anderen Parteien, innerhalb wie außerhalb der Regierung machten Gruevski das Regieren nicht eben leichter: Gjorgi Trendafilow, im April 2007 zum neuen Vorsitzenden der VMRO-NP gewählt, nahm eine Kurskorrektur in der Politik seiner Partei vor, und kündigte eine Reduzierung der Unterstützung für die Arbeit der Regierung an.²¹⁷ Ähnlich die NSDP, aus der vereinzelt Wortmeldungen in Richtung einer Beendigung der Zusammenarbeit mit der VMRO-DPMNE kamen.

Ende Mai eskalierte die Situation, als Mendu Thaci, stellvertretender DPA-Vorsitzender, den sofortigen Ausstieg seiner Partei aus der Regierung wegen mangelnder Kommunikation mit der Gruevski-Partei androhte. Ministerpräsident Gruevski befand sich zu diesem Zeitpunkt gerade im Ausland, für ihn kam dieser Schritt überraschend. Was war passiert? Unmittelbar zuvor hatte DUI-Vorsitzender Ahmeti der britischen BBC ein Interview gegeben, in dem er von einem Abkommen mit der VMRO-DPMNE sprach, in welchem alle Forderungen der letzten Monate unterschiftreif ausverhandelt worden wären.²¹⁸ Gruevski dementierte die Existenz eines solchen Abkommens, sprach von einem Mißverständnis.

Die DPA war politisch in Zugzwang geraten, da Gruevski und Ahmeti schon seit Wochen versuchten, heftig dazu angehalten von den internationalen Vertretern in Skopje, Lösungen für eine Rückkehr der DUI in die parlamentarischen Arbeit zu finden. Dazu

²¹⁴ Newsletter der KAS-Skopje vom 6. Februar 2007

²¹⁵ EU-Erweiterungskommissar Rehn beispielsweise kritisierte die „Obstruktion und der Mangel an Vertrauen“ innerhalb der politischen Szene. <http://news.bbc.co.uk/2/hi/europe/6344907.stm> 25. März 2008

²¹⁶ Die Presse, 25. Mai 2007, S. 8

²¹⁷ Newsletter der KAS-Skopje vom 8. Mai 2007

²¹⁸ Kurzbericht der KAS-Skopje vom 28. Mai 2007

gehörten auch Verhandlungen zwischen DUI und VMRO über die Forderungen der DUI: ein Gesetz zur Hinterbliebenenversorgung von ehemaligen UCK-Kämpfern, ein Gesetz über die Anerkennung des Albanischen als gleichberechtigte Sprache (das betrifft vor allem die Mehrsprachigkeit im Parlament und die Forderung nach dem Verfassungszusatz, wonach die stärkste albanische Partei in der Regierung vertreten sein müsste. All dies hatte die VMRO bisher abgelehnt. Als Ahmeti nun in seinem BBC-Interview vortrat und von Verhandlungseinigungen sprach, drohte die DPA als Verlierer übrigzubleiben, denn es schien, als ob die DUI, die die Parlamentsarbeit fünf Monate boykottiert hatte, mit Protestmaßnahmen, Gewaltandrohung und internationaler Unterstützung mehr erreichen konnte als die DPA, die seit August 2006 mit der VMRO in der Regierungskoalition vereint war.²¹⁹ Gruevski konnte seinen Koalitionspartner nur mit Mühe davon überzeugen, die Regierung doch nicht zu verlassen.

Es existierte tatsächlich ein Papier, das jedoch keine Unterschriften trug und nur eine Absichtserklärung zur Regelung offener Fragen beinhaltete. Dass das Papier in englischer Sprache abgefasst war, deutete auf die massive internationale Vermittlung hin²²⁰, die in den Wochen zuvor im Hintergrund gelaufen war. Letztlich aber beteiligte sich die DUI ab sofort wieder an der parlamentarischen Arbeit. Sogleich stellte die SDSM einen Misstrauensantrag gegen die Regierung, der zwar keine Mehrheit fand, dem aber Absprachen zwischen SDSM, DUI und auch NSDP über allfällige gemeinsame Regierungskoalitionen vorangegangen sein dürften.²²¹

Die aufgeregte Stimmung verharrte über den Sommer hindurch auf hohem Niveau, denn in einer Sondersitzung des Parlaments bald darauf erklärte Ministerpräsident Gruevski erneut, dass es kein wie immer geartetes Abkommen zwischen VMRO-DPMNE und DUI gebe. Jedoch stellte er die Behauptung in den Raum, dass nicht seine, sondern bereits die Vorgängerregierung die Erfüllung der DUI-Forderungen versprochen hatte.²²² Damit geriet nun die SDSM in Erklärungsnotstand, die die Anschuldigungen auch sogleich scharf zurückwies.

²¹⁹ Newsletter der KAS-Skopje vom 1. Juni 2007

²²⁰ EU-Außenpolitiker Javier Solana, Nato-Generalsekretär Jaap de Hoop Scheffer und Erweiterungskommissar Olli Rehn hatten u.a. offizielle Schreiben an die DUI gerichtet, mit der dringenden Aufforderung, sich mit dem bisher Erreichten zufrieden zu geben und den Parlamentsboykott zu beenden. Jahresbilanz Mazedonien 2006/07. KAS Skopje, 6 Juli 2007, S. 5

²²¹ Info-Mail der KAS-Skopje vom 8. Juni 2007

²²² Newsletter der KAS Skopje, August 2007

Den gesamten Herbst und Winter hindurch blieb die Atmosphäre zwischen den Parteien angespannt. Die nicht erfolgte Aufnahme Mazedoniens in die NATO beim Gipfel in Bukarest Anfang April ließ die Lage dann aber endgültig eskalieren, denn durch das griechische Veto war ein politischer Traum des ganzen Landes vorerst ausgeträumt: Die Opposition warf der Regierung zum wiederholten Mal Mißerfolg vor, während die Regierung danach trachtete, die enttäuschte Stimmung in der Bevölkerung für sich zu nutzen.

Schon zuvor, Mitte März hatte die DPA ihre mehrfache Drohung, die Regierung zu verlassen, wahr gemacht, da ihre Umfragewerte gegenüber der DUI stark einbrachen und Regierungschef Gruevski ihren Forderungen (Sprachengesetz, v.a. aber Anerkennung des Kosovo) nicht nachkommen wollte. Die Androhung bzw. der tatsächliche Austritt aus der Regierung kamen jeweils zu einem Zeitpunkt, wo Ministerpräsident Gruevski sich gerade im Ausland befand und daher nur eingeschränkt reagieren konnte. Diese politische Grobheit der DPA trug nachhaltig zur Vergiftung des Arbeitsklimas zwischen den beiden bisherigen Koalitionspartnern bei. Für die nächsten Wochen blieb die VMRO-Minderheitsregierung im Amt, wobei zunächst auch ein fliegender Regierungseintritt der DUI ohne vorzeitige Wahlen im Raum stand.²²³

IV.6) Parlamentswahl vom 1. Juni 2008

IV.6.a) Ausgangslage

Ein am 12. April 2008 von der VMRO eingebrachter Antrag auf Auflösung des Parlaments und Durchführung von Neuwahlen fand die Zustimmung der DPA und der DUI, die auf mehr Mandate im Parlament hoffen und sich somit eine bessere Verhandlungsposition für eine Beteiligung an der Regierung ausrechnen konnte. SDSM und LDP, aber auch kleinere Koalitionspartner wie die LP und die NSDP lehnten die vorzeitige Auflösung des Parlaments ab mit dem durchaus berechtigten Einwand, dies würde die Fortsetzung der für einen Beitritt zu EU und NATO notwendigen Reformen erst recht verkomplizieren und verzögern. Repräsentanten der Internationalen Gemeinschaft hatten dies auch stets deutlich gemacht.²²⁴

²²³ Hintergrundbericht des österreichischen Außenministeriums zu Mazedonien, 26. März 2008

²²⁴ ODIHR-Interim-Report FYROM Parliamentary Election 19. Mai 2008, S. 2

VMRO-Vorsitzender Gruevski sah eine günstige Gelegenheit, sich seinen politischen Kurs von der Wählerschaft bestätigen zu lassen, um damit eine bessere Verhandlungs- und Machtbasis den anderen Parteien gegenüber zu haben. In einer Rede begründete er die Notwendigkeit einer - erstmals seit 1991 - vorgezogenen Parlamentswahl mit der destruktiven Rolle der Opposition, die eigennützigweise die Umsetzung der so dringenden Reformen verhindern würde.²²⁵ Dabei war diese Strategie aber nicht frei von Risiko, denn seit 1991 war noch jede Regierung nach einer Amtsperiode abgewählt worden.

Bis zum 2. Mai lief die Frist, innerhalb der die Parteien ihre Kandidatur bei der staatlichen Wahlbehörde einreichen mussten. Zur Wahl am 1. Juni durften 16 Listen und Parteien antreten, dazu auch noch zwei Parteienbündnisse: Die von der VMRO-DPMNE geführte Wahlkoalition „Für ein besseres Mazedonien“, die aus 19 einzelnen Parteien bestand, sowie das Wahlbündnis „Sonne - Koalition für Europa“, bestehend aus acht Parteien und angeführt von der SDSM, deren Name aber bewusst nur wenig präsent war. Die VMRO-NP durfte nicht kandidieren, da sie ihre Erklärungen nicht rechtzeitig einbrachte. Ihr war zuvor ebenso wie einigen anderen kleineren Parteien eine Nachfrist zur Erbringung der vollständigen Unterlagen eingeräumt worden. Insgesamt kandidierten 1.540 Kandidaten für die 120 Mandate.²²⁶

Von den zwei großen Kontrahenten versprach die SDSM vollmundig, binnen sechs Monaten ein Datum für den Beginn von EU-Beitrittsverhandlungen zu erarbeiten, den Visumzwang für Reisen in die EU abzuschaffen und die heiß ersehnte Einladung zum NATO-Beitritt zu erhalten. Die Wahlkampfveranstaltungen der SDSM liefen nach altem Schema mit ebenso vielen wie langen Reden ab. Die VMRO-DPMNE hingegen führte einen relativ modernen Wahlkampf westeuropäischen Zuschnitts, bestehend aus einem unterhaltsamen Beginn, einer prägnanten Kandidaten-Präsentation und der Rede des Ministerpräsidenten als dramaturgischen Höhepunkt. Inhaltlich versprach die VMRO in erster Linie weitere Verbesserungen der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, um auch

http://www.osce.org/documents/odihr/2008/05/31275_en.pdf 8. Juli 2008

²²⁵ „From unknown reasons, the opposition blocked every law and impended the reforms, working for its selfish interests, at the same time spreading lies. Macedonia needs early elections to be able to successfully conduct the reforms.“ Newsletter der VMRO-DPMNE 15. April 2008

²²⁶ ODIHR-Interim-Report FYROM Parliamentary Election 19. Mai 2008, S. 2
http://www.osce.org/documents/odihr/2008/05/31275_en.pdf 8. Juli 2008

möglichst neue Betriebe ins Land zu holen. Das sicherte der VMRO die - vor allem monetäre Unterstützung zahlreicher Unternehmer zu, was einen wesentlichen Vorteil gegenüber der SDSM darstellte. Dass der größte landesweite Privatsender SITEL einem Koalitionspartner Gruevskis gehörte, gereichte der VMRO ebenfalls nicht zum Nachteil.²²⁷

Die beiden albanischen Parteien DUI und DPA unterschieden sich in ihrer Wahlkampfführung kaum von der SDSM mit zentraler Rolle der jeweiligen Führungsfiguren, langen Reden und teilweise folkloristischen Einlagen. Ähnlich auch die internationale Ausrichtung der beiden Parteien: die USA galten beiden als Partner und treuer Verbündeter albanischer Interessen. Das Bekenntnis zur NATO und EU hingegen trugen wohl beide Spitzenrepräsentanten auf den Lippen, betrachteten es aber dennoch nicht als Herzensangelegenheit, sondern mehr als verbales Zugeständnis an die ausländischen Repräsentanten im Land. Die Identifikation mit dem Staat Mazedonien ist bei beiden Parteien äußerst schwach ausgeprägt, lediglich DPA-Chef Thaci bekennt sich zu Mazedonien als Staat. Bei allen Veranstaltungen waren nur albanische, aber keine mazedonischen Flaggen zu sehen gewesen. Die DUI, strebt mit aller Kraft eine Regierungsbeteiligung an, um ihre langjährige Forderung nach der staatlichen Versorgung ihrer Veteranen und Invaliden aus dem Konflikt von 2001 durchzusetzen. Die DPA wiederum versprach, den Anteil an Albanern in Ministerien und anderen staatlichen Organisationen zu erhöhen.²²⁸ Beiden gemeinsam war die Forderung der Anerkennung eines unabhängigen Kosovo.

Alle wahlwerbenden Parteien mit Ausnahme von SDSM und LDP vereinbarten wie schon 2006 auch diesmal wieder einen sogenannten Code of Conduct, in dem sie sich zu einem fairen Wahlkampf verpflichteten. In vielen Gebieten des Landes war diese Vereinbarung aber das Papier nicht wert, auf dem er geschrieben war: Der Wahlkampf, dessen offizielle Dauer vom 11. bis zum 30. Mai festgesetzt worden war, stand nicht nur unter dem Eindruck von starker Rhetorik, sondern auch von gehäuften gewaltsamen Aktionen: Vor allem aus den albanischen Gebieten wurden nahezu täglich Schießereien rund um und Verwüstungen Parteibüros gemeldet. Anfang Mai wurde auf den DUI-Vorsitzenden Ahmeti sogar ein Attentat verübt, das er aber unverletzt überstand. Einige Beobachter

²²⁷ Bericht Ulrich Kleppmann, Berater des mazedonischen Außenministers, 29. Mai 2008

²²⁸ Bericht Ulrich Kleppmann, Berater des mazedonischen Außenministers, 29. Mai 2008

halten es aber für nicht ausgeschlossen, dass dieses Attentat von der DUI selbst inszeniert wurde.²²⁹

Wenige Tage vor der Wahl gab es im nur wenige Kilometer von der Hauptstadt Skopje entfernt gelegenen Dorf Aracinovo eine Schießerei zwischen mazedonischen Polizeikräften und sechs Bewaffneten, die Anhänger der oppositionellen DUI waren. Einer von ihnen kam dabei ums Leben, die anderen wurden verhaftet. DUI-Vorsitzender Ahmeti beschuldigte die Polizei, mit der albanischen Konkurrenzpartei DPA gemeinsame Sache gemacht zu haben.²³⁰ Aufgrund der gespannten Situation kündigten die Behörden ein hartes Durchgreifen gegenüber allen Unruhestiftern an, um die Durchführung der Wahlen zu garantieren. Noch am Vortag der Wahl hatte die Polizei in einem schwer zugänglichen Gebiet eine große Menge an Waffen beschlagnahmt, was die Explosivität der Lage verdeutlichte.²³¹

Auch der Wahltag selbst stand unter dem Eindruck der Gewalt. Im Zuge von Ausschreitungen kam ein Mensch ums Leben, mehrere wurden verletzt. Die internationalen Wahlbeobachter, allen voran die OSZE-Beobachter bedauerten, dass es im Vergleich zur letzten Wahl vom Sommer 2006 nicht mehr Verbesserungen und Fortschritte im Ablauf der Wahl gab. Kritik übten die Beobachter an den zahlreichen gewaltsamen Zwischenfällen vor und während der Wahl, die das politische Klima extrem aufheizten und sowohl Wähler als auch Mitarbeiter von Wahlbehörden massiv einschüchterten, sodass letztere in einigen Gebieten sich sogar um eine Entbindung von ihren Aufgaben bei der Wahl bemühten.²³² Weiters musste der Wahlvorgang aus Sicherheitsgründen in einer Reihe von Wahllokalen vorzeitig abgebrochen werden. In all diesen Sprengeln wurde die Wahl zwei Wochen später nachgeholt. Auffallend dabei, dass die gewaltsamen Exzesse sich auch diesmal wieder auf besonders auf die albanisch bewohnten Gebiete konzentrierten.²³³

²²⁹ ODIHR-Statement of Preliminary Findings and Conclusions - FYROM Parliamentary Election 2. Juni 2008, S. 5 http://www.osce.org/documents/odihr/2008/06/31445_en.pdf 15. Juli 2008

²³⁰ Bericht Balkan Insight 1. Juni 2008 <http://balkaninsight.com/en/main/news/10628>

²³¹ Die Presse, 1. Juni 2008

²³² ODIHR-Statement of Preliminary Findings and Conclusions - FYROM Parliamentary Election 2. Juni 2008, S. 1-2 http://www.osce.org/documents/odihr/2008/06/31445_en.pdf 15. Juli 2008

²³³ Die Presse, 2. Juni 2008

Kritik übten die OSZE-Beobachter weiters an den teils unglaublichen Wählerevidenzen (mehr Wahlberechtigte eingetragen als Einwohner vorhanden) und an der Lockerheit und Nachlässigkeit der Behörden, wenn es um die Aufklärung von Angriffen auf Wahlbüros ging. Es gab aber auch ausdrückliches Lob, etwa an der Einhaltung der diversen Fristen und Abläufe im Vorfeld der Wahl, an der ausgewogenen Verteilung von männlichen und weiblichen Kandidaten auf den wahlwerbenden Listen und an der hohen Zahl von Wahlbeobachtern aus Mazedonien selbst, die zur Transparenz der Wahl beitrugen.²³⁴

IV.6.b) Ergebnis und Auswirkungen

In über 180 Wahlsprengeln hatten die staatlichen Wahlbehörden insgesamt etwa 170.000 Stimmen für ungültig erklärt. Überall dort, wo Unregelmäßigkeiten festgestellt worden waren, fand die Nachwahl am 15. Juni statt. Die Behörden trafen noch bessere Vorkehrungen, um ein möglichst sicheres und faires Wahlprozedere zu gewährleisten. Dabei wurde besonders auf die Überparteilichkeit der Sicherheitskräfte geachtet, um die beim ersten Wahlgang erhobenen Vorwürfe der Parteinahme zu entkräften. „Ich denke, alle politischen Führungsfiguren haben erkannt, dass die Zukunft des Staates auf dem Spiel steht“, brachte der EU-Botschafter den enormen internationalen Druck auf den Punkt.²³⁵ Ähnlich Erweiterungskommissar Rehn, der v. a. die Gewaltexzesse der ersten Runde bedauerte.²³⁶ Unter den gegebenen Umständen wenig überraschend war auch die Nachwahl nicht gänzlich frei von Unregelmäßigkeiten (in ihrem abschließenden Bericht stellte die OSZE erneut fest, dass der Wahlvorgang nicht internationalen Standards entsprochen hätte²³⁷), jedoch gab es wenigstens keine Akte der Gewalt. Um auch noch die letzten Unsauberkeiten zu beseitigen, wurde für die betroffenen Lokale für den 29. Juni ein zweiter Nachwahltermin festgesetzt, der jedoch nichts mehr am Gesamtergebnis änderte.

²³⁴ ODIHR-Statement of Preliminary Findings and Conclusions - FYROM Parliamentary Election 2. Juni 2008, S. 2 http://www.osce.org/documents/odihr/2008/06/31445_en.pdf 15. Juli 2008

²³⁵ Bericht Balkan Insight 12. Juni 2008 <http://www.balkaninsight.com/en/main/news/10940>

²³⁶ „I deeply regret the violence which marred the elections. A day which should have been a peaceful demonstration of democratic values resulted instead in the loss of a life as well as injury to several people“ Macedonian News, 6. Juni 2008 <http://www.vmacedonianews.com/2008/06/eu-enlargementcommissioner-regrets.html> 24. Juli 2008

²³⁷ ODIHR-Nachwahlbericht 16. Juni 2008 http://www.osce.org/documents/odihr/2008/06/31729_en.pdf 22. Juli 2008

Ergebnisse der Wahl vom 1. Juni (inkl. Nachwahlen):²³⁸

Party	Affiliation, Ideology	2008	Seats	2006	Seats
 Demokratska Partija za Makedonsko Nacionalno Edinstvo (VMRO-DPMNE) Democratic Party for Macedonian National Unity	EPP Conservative, Christian dem.	48,8%	63	32,5%	45
 Socijaldemokratski Sojuz na Makedonija (SDSM) Social Democratic Union of Macedonia	PES Social dem.		20	23,3%	27
 Liberalno-Demokratska Partija (LDP) Liberal Democratic Party	ELDR Liberalism	23,6%	4		5
 Nova Socijaldemokratska Partija (NSDP) New Social Democratic Party	- Social dem.		3	6,0%	7
 Bashkimi Demokratik për Integrim (BDI) Democratic Union for Integration	- Albanian min.	12,8%	18	12,1%	17
 Partia Demokratike Shqiptare (PDSH) Democratic Party of the Albanians	- Albanian min.	8,3%	11	7,5%	11
 Partija za Evropska Idnina (PEI) Party for European Future	- Agrarianism	1,5%	1	1,2%	1
 Narodna Partija (VMRO-NP) People's Party	- National conserv.	-	-	6,1%	6
Others	-	5,0%	-	11,3%	1
Total	-	-	120	-	120
Turnout	-		57,1%		56,5%

Das oppositionelle von der SDSM geführte „Sonnen-Bündnis“ kam auf 27 Mandate, während die regierende VMRO-DPMNE mit ihrer Wahlkoalition „Für ein besseres

²³⁸ <http://www.parties-and-elections.de/macedonia.html> 24. Juli 2008

Mazedonien“ eine knappe absolute Mandatsmehrheit erringen konnte; dieses Ergebnis wurde durch die zwei Nachwahlverfahren nicht wesentlich verändert. Anders bei den albanischen Parteien: Lagen am 1. Juni sowohl DUI als auch DPA mit jeweils 13 Mandaten de facto gleichauf (wenn auch mit leichtem Stimmen-Vorsprung für die DUI), so konnte sich die DUI im Endergebnis mit 18 zu elf Mandaten klar durchsetzen, wie dies von den Umfragedaten ursprünglich auch prophezeit worden war. Als fünfte Partei war auch noch die Partei für eine Europäische Zukunft im Parlament vertreten. Die VMRO-NP hatte aufgrund eines Fristversäumnisses ja erst gar nicht mehr kandidieren dürfen.

So schlecht die Begleitumstände aufgrund der gewaltsamen Vorfälle und Ungereimtheiten auch gewesen sein mögen, muß doch auch festgehalten werden, dass die Wahlabläufe für mazedonische Verhältnisse akzeptabel waren, wenn auch mehrere Durchgänge dafür nötig waren.²³⁹ Das gilt im Besonderen für das beeindruckende Resultat der VMRO, denn erstmals seit 1991 wurde eine führende Regierungspartei nicht abgewählt, sondern im Amt bestätigt. Deutlich sichtbar wurde auch, dass Probleme im Wahlablauf sich vor allem in den albanischen Gebieten abspielten.²⁴⁰

Die Verhandlungen über die Bildung der neuen Regierungen dauerten diesmal kürzer als nach den letzten Wahlen; der VMRO-Vorsitzende war mit seinem Gegenüber von der DUI relativ rasch handelseins geworden, was die Aufteilung der zu vergebenden Ämter anging. Dies demonstrierte einerseits die starke Rolle Gruevskis, andererseits den unbedingten Regierungswillen des DUI-Vorsitzenden Ahmeti, die personelle wie inhaltliche Kompromisse ermöglichten. In der neuen Regierung mit 14 Ministerien gab es nur wenige Überraschungen; wie auch schon bei der Vorgängerregierung war die Mannschaft mit einem Durchschnittsalter von 39 Jahren sehr jung. Der jüngste ist Gesundheitsminister Bujar Osmani mit 29 Jahren, der Senior ist Justizminister Mihajlo Manevski mit über 70 Jahren.

Von der DUI besetzt werden künftig die Ministerien für Wirtschaft, Arbeit und Soziales, Umwelt, Gesundheit und lokale Selbstverwaltung. Außerdem wird ein DUI-Vertreter das Amt des stellvertretenden Ministerpräsidenten ausüben, zuständig für die Umsetzung des

²³⁹ Nachwahl-Analyse des Regional Office Skopje des International Republican Institute (IRI) 25. Juni 2008

²⁴⁰ Bericht Ulrich Kleppmann, Berater des mazedonischen Außenministers, 2. Juni 2008

Ohrider Rahmenabkommens.²⁴¹ Im Hinblick auf das Wahlergebnis (die VMRO konnte eine absolute Mandatsmehrheit erlangen) ist dies eine sehr gutes Ergebnis für die DUI, was deren Spitzenrepräsentanten auch durchaus bewusst war: „Mit dieser Regierung wird der Wille der Albaner geachtet und die politische Stabilität beim Regieren gewährleistet“, so Teuta Arifi, stellvertretende Vorsitzende der DUI.²⁴²

In den bisherigen Streitpunkten erzielten die beiden Parteien rasch Einigkeit; die Gespräche über ein Gesetz zur Gleichstellung von albanischer und mazedonischer Sprache sollten fortgesetzt werden, und in der Frage der Sozialleistungen für die albanischen Widerstandskämpfer gab sich die DUI nun mit einer Regelung innerhalb der bestehenden Rechtslage zufrieden, ohne auf ein neues Gesetz zu bestehen. Dennoch muß sich erst weisen, ob hier eine tragfähige Lösung gefunden werden kann, denn beide Punkte sind in der mazedonischen Mehrheitsbevölkerung sehr umstritten. Insgesamt gab sich Ahmeti in seinen Forderungen wesentlich konzilianter und staatsmännischer als noch 2006, womit eine grundsätzliche Arbeitsbasis zwischen VMRO und DUI vorhanden war. Damals scheiterte eine Regierungsbeteiligung der DUI unter anderem an seinen überzogenen Forderungen.²⁴³

Für die DUI als Regierungspartner sprach der Umstand, dass die beiden Parteien damit jenes Mehrheitsquorum der sogenannten „doppelten Mehrheit“ halten, das für Beschlüsse in Minderheitsangelegenheiten nötig ist. Außerdem war die DUI in den albanischen Gebieten die bei weitem dominanteste Partei (sie stellte 14 von 15 Bürgermeistern). Mit der satten Mehrheit im Parlament erhöhen sich außerdem die Chancen für die VMRO, das Präsidentenamt bei der 2009 anstehenden Wahl wieder von der SDSM zurückzuerobern – eine gute Regierungsarbeit vorausgesetzt. Gegen die DPA hingegen sprach, dass diese sich gegen Ende der vorangegangenen Regierungsperiode mehrfach als unzuverlässiger Partner gezeigt hatte, der einige Male in Abwesenheit des Premierministers die Hauptverantwortung für den Ausbruch einer Regierungskrise trug.²⁴⁴

²⁴¹ Bericht Ulrich Kleppmann, Berater des mazedonischen Außenministers, 16. Juli 2008

²⁴² Zoran Jordanovski: Mazedonien: Neue Regierung mit vielen Bekannten. Bericht Deutsche Welle 17. Juli 2008 http://www.dw-world.de/dw/article/0,,3490844,00.html?maca=de-newsletter_ostfokus-643-html-nl

²⁴³ Bericht Osservatorio Balcani 9. Juli 2008 <http://www.osservatorioibalceni.org/article/articleview/9874/1/216>

²⁴⁴ Newsletter der KAS-Skopje, 11. Juli 2008

Die ausländischen Repräsentanten begrüßten die neugebildete Regierungsmannschaft, so etwa der außenpolitische Repräsentant der EU Solana, der die Bemühungen der neuen Regierung „in Richtung der europäischen Integration begrüßte“ und ihr dabei seine volle Unterstützung zusicherte.²⁴⁵ Die Anforderungen waren in der Tat auch für die neue Regierung hoch: Neben dem Hauptanliegen einer Lösung der Namensfrage mit Griechenland und damit verbunden die weitere Annäherung an NATO und EU gibt es weiterhin Handlungsbedarf in den Bereichen Korruptionsbekämpfung, in der weiteren Umsetzung des Ohrider Abkommens und im Bereich wirtschaftlicher Reformen zur Senkung der immer noch dramatisch hohen Arbeitslosigkeit, welche zum Amtsantritt von Gruevskis zweitem Kabinett bei etwa 35% lag, und zur Hebung des allgemeinen Wohlstandes. Um die wirtschaftlichen Dimensionen zu verdeutlichen: Gemäß einer statistischen Erhebung muß eine vierköpfige Familie im Durchschnitt 80% des Haushaltseinkommens für Ernährung aufwenden.²⁴⁶ Der nächste Bericht der EU-Kommission über die Reife zur Aufnahme der Beitrittsverhandlungen ist schließlich für den Herbst 2008 fällig, und politische wie wirtschaftliche Fortschritte bis dahin sind daher im Interesse der Regierung.

In der Parlamentssitzung vom 26. Juli wurde die neue Regierung mit der Mehrheit von VMRO-DPMNE und DUI gewählt. Die Abgeordneten der oppositionellen DPA und SDSM nahmen nicht an der Sitzung teil. Die DPA hatte hierbei die Vorgehensweise der DUI im Jahr 2007 im Auge, die monatelang die parlamentarische Arbeit boykottiert hatte. Thacis Partei kündigte an, sich erst dann wieder an der parlamentarischen Arbeit zu beteiligen, wenn ihre Forderungen nach einer Verbesserung der Minderheitenrechte erfüllt würden.

Für die SDSM war der Beschluß einer parlamentarischen Verfahrensfrage durch die Regierungsmehrheit der Auslöser für den Boykott. Eigentliche Ursache dürfte jedoch die Verhaftung des stellvertretenden SDSM-Vorsitzenden Zoran Zaev gewesen sein, der wenige Tage zuvor unter dem Vorwurf des Amtsmissbrauchs in seiner Funktion als Bürgermeister von Strumica vor laufender Kamera verhaftet worden war. Zaev, der in seiner Region den Stimmanteil für seine Partei halten konnte (im Gegensatz zu den

²⁴⁵ Bericht Balkan Insight 28. Juli 2008 <http://www.balkaninsight.com/en/main/news/12115>

²⁴⁶ Newsletter der KAS-Skopje, 11. Juli 2008 sowie Bericht Balkan Insight 9. September 2008 <http://www.balkaninsight.com/en/main/news/12977>

anderen Teilen des Landes), galt als potentieller Nachfolger Sekerinskas an der Spitze der SDSM nach deren Rücktritt wegen der Wahlniederlage.

Die SDSM erntete nicht nur heftige Kritik aus dem Ausland²⁴⁷ für ihr Verhalten, auch Präsident Crvenkovski forderte die beiden Parteien nachdrücklich auf, ihre Arbeit wieder aufzunehmen. Um ihnen diesen Schritt zu erleichtern, begnadigte er einerseits den inhaftierten Zaev und wies andererseits ein Gesetz zur Neuregelung der Amtssprachen an das Parlament zurück.²⁴⁸ In der Folge beendete die SDSM ihren zweiwöchigen Boykott; die DPA jedoch setzte ihren Boykott fort. Für die demokratiepolitische Weiterentwicklung Mazedoniens war die Rückkehr der SDSM auch höchst notwendig, denn in diesen beiden Wochen existierte neben der Kleinpartei PEI keine Opposition im Parlament.

Die anhaltende Blockadepolitik der DPA sorgt für zunehmenden Unmut im Ausland: Die mangelnde Reife zahlreicher (Partei-)Politiker, verbunden mit den Problemen bei der Juni-Wahl und gemeinsam mit dem vorläufig ungelösten Nachbarschaftsstreit mit Griechenland lässt NATO-Vertreter hinter vorgehaltender Hand an der NATO-Reife des Landes zweifeln.²⁴⁹ Die internen Probleme Mazedoniens, verbunden mit der Zustimmungsnötigkeit Griechenlands zu einem allfälligen Beitritt wirken jedenfalls nicht beschleunigend auf den Beitrittsprozeß ein.

²⁴⁷ Statement der EU-Kommission: "We call on all parliamentary parties to take their place in the parliament and to participate in political dialogue in order to help reach a consensus on all areas of national interests." Bericht Balkan Insight 17. Juli 2008 <http://www.balkaninsight.com/en/main/news/11894>

²⁴⁸ Bericht Balkan Insight 4. August 2008 <http://www.balkaninsight.com/en/main/news/12234>

²⁴⁹ Bericht Balkan Insight 17. September 2008 <http://www.balkaninsight.com/en/main/news/13212>

V) Die mazedonischen EU-Bestrebungen

Seit der Unabhängigkeit des Landes war die Politik stets an einer Annäherung an die EU interessiert, getragen von einem überwältigenden Rückhalt in der Bevölkerung über die ethnischen Grenzen hinweg. Ein vorläufiger Höhepunkt dieser Bestrebungen war die Verleihung des Kandidatenstatus im Spätherbst 2005. Auf dem Gipfeltreffen der Europäischen Union, das vom 15. bis 17. Dezember 2005 in Brüssel stattfand, verkündete am letzten Tag der britische Premierminister und amtierende EU-Ratsvorsitzende Tony Blair um drei Uhr morgens, dass die 25 Staats- und Regierungschefs sich auf das Gemeinschaftsbudget der Finanzperiode 2007-2013 geeinigt hätten.²⁵⁰

Eine solche Einigung hatte der französische Außenminister Douste-Blazy gefordert als Voraussetzung für die Erteilung des Kandidatenstatus. Ohne eine Klärung der offenen budgetären wie auch institutionellen Fragen wäre eine Erweiterung der EU nicht machbar.²⁵¹ Stein des Anstoßes war dabei der Zahlungsrabatt Großbritanniens der EU gegenüber, der vor allem Frankreich widerstrebt. Auch die Europäische Volkspartei hatte auf dem Parteiführergipfel vom 15. Dezember ihre ablehnende Haltung dem britischen Budgetvorschlag gegenüber signalisiert.²⁵²

Im Vorfeld des EU-Gipfels war die Lage nämlich völlig unklar: Wohl hatte die EU-Kommission schon am 9. November 2005 eine grundsätzlich positive Stellungnahme in dieser Angelegenheit abgegeben, ohne aber ein konkretes Datum für die Aufnahme von Verhandlungen zu nennen - dieser heikle Punkt wurde vorerst auf den EU-Gipfel Mitte Dezember verschoben bzw. abgeschoben. „Only a few years after a major security crisis, the former Yugoslav republic of Macedonia is a stable democracy and functioning multi ethnic state“²⁵³, so verlautete dazu eine Stellungnahme aus der EU-Kommission.

Dennoch war nicht einmal sicher, ob das Thema überhaupt auf der Tagesordnung stehen wurde. Mazedonien drohte nun also ob der Zwistigkeiten innerhalb der EU zum Handkuß zu kommen, weshalb in den letzten Tagen vor dem entscheidenden Gipfel nochmals eine

²⁵⁰ Newsletter der KAS-Skopje vom 19. Dezember 2005

²⁵¹ Die Presse, 13. Dezember 2005

²⁵² Protokoll des EVP-Parteiführergipfels vom 15. Dezember 2005

²⁵³ <http://news.bbc.co.uk/2/hi/europe/4420158.stm> 25. März 2008

Ähnlich der Erweiterungskommissar Olli Rehn: „2001 stand Mazedonien am Rand des Bürgerkriegs, vier Jahre später klopft es an die Tür der EU.“ Die Presse, 10. November 2005

rege Besuchs- und Gesprächsdiplomatie einsetzte: Die Außenministerin Ilinka Mitreva reiste nach Brüssel, Premierminister Vlado Buckovski flog nach Paris und London, um die politischen Spitzen noch von der Wichtigkeit ihrer Anliegen zu überzeugen. Auch Staatspräsident Branko Crvenkovski schaltete sich ein, in dem er seinem französischen Amtskollegen Jacques Chirac einen Brief mit der Bitte um Unterstützung schrieb.²⁵⁴

Die gesamte mazedonische Regierung gab sich zuversichtlich, wiewohl aber ein hohes Maß an Nervosität in den zwischen Bitten und Drohen hin- und herschwankenden Aussagen nicht zu übersehen war: So sorgte etwa eine Aussage der stellvertretenden Regierungschefin Radmilla Sekerinska vom 14. Dezember für Verwirrung: „Macedonia has arguments and we will use them to change the position of the member countries that oppose the candidate status.“²⁵⁵ So mancher Kommentar aus Politikermund in diesen Tagen wäre unter normalen Umständen wohl eher nicht abgegeben worden.

Auch unabhängige und nicht direkt beteiligte Institutionen kritisierten die im Raum stehende Blockierung des Kandidatenstatus durch Frankreich, Großbritannien und auch Griechenland: So hieß es in einem Bericht der European Stability Initiative (ESI), mit einem Veto wurde die EU einerseits ihre bisherige Balkanstrategie umstoßen, andererseits ihre Verpflichtungen auf dem Balkan vernachlässigen und einen desaströsen Fehler machen, wodurch sie ihr langfristiges Interesse nach politischer Stabilität in der Region gefährden wurde.²⁵⁶

Großer Jubel herrschte nach der guten Nachricht in Skopje, etwas getrübt wurde die freudige Stimmung nur durch den genauen Wortlaut Blairs: „Mazedonien werde der Kandidatenstatus gewährt, jedoch wurde noch kein Datum für die Aufnahme von Verhandlungen bestimmt. Mazedonien hat viel erreicht, jedoch muss noch viel mehr getan werden. Weitere Grundlagen für die Aufnahme von Verhandlungen werden auf dem EU Gipfel im Juni 2006 festgelegt.“²⁵⁷ - Sozusagen ein terminliches Zugeständnis an

²⁵⁴ In der Zeitung Dnevnik vom 15. Dezember 2005 waren Auszüge daraus abgedruckt: "Frankreich hat Mazedonien immer und konsequent auf seinem Weg nach Europa unterstützt. Wenn wir heute berechtigterweise die Belohnung für die Tapferkeit für unsere europäischen Anstrengungen erwarten, brauchen wir die Unterstützung Frankreichs mehr denn je." Zit. nach Newsletter der KAS-Skopje vom 19. Dezember 2005

²⁵⁵ Zitat aus Utrinski Vesnik vom 14.12.2005, nachzulesen im Skopje Diem (Presseauswertung der NATO www.nhqs.nato.int) zit. nach Newsletter der KAS-Skopje vom 19. Dezember 2005

²⁵⁶ Moment of truth. Macedonia, the EU budget and the destabilisation of the Balkans. Bericht der ESI vom 14. Dezember 2005 http://www.esiweb.org/pdf/esi_document_id_73.pdf

²⁵⁷ Newsletter der KAS-Skopje vom 19. Dezember 2005

die französischen Bedenken. Da Kroatien und die Türkei bereits vorher den Kandidatenstatus erhalten hatten, wäre die EU außerdem in eine Glaubwürdigkeitsfalle getappt, da sie einerseits selbst die balkanische Erweiterungsdynamik begonnen hatte, und andererseits aber Mazedonien doch auch fortschreitende Reformen vorweisen konnte. Eine völlige Ablehnung hätte der Glaubwürdigkeit der EU am Balkan jedenfalls großen Schaden zugefügt.

Die Brüsseler Einigung war ein wesentlicher und höchstnotwendiger innenpolitischer Erfolg für Buckovski und seine politisch angeschlagene Regierungskoalition. Mazedonien würde damit den „steinigen Weg des Balkans verlassen und auf die Autobahn Richtung Europa einlenken.“²⁵⁸ Präsident Crvenkovski betonte in einer Festansprache an die Bevölkerung, dass die Entwicklung von der Unabhängigkeit zum Kandidaten für einen EU-Beitritt innerhalb von 14 Jahren eine respektable Leistung sei. Auch die politische Opposition unter deren damaligen Anführer Nikola Gruevski zollte der Regierung ihren Respekt ob des erreichten Ergebnisses: Die mazedonischen Politiker hätten hierbei gute Lobbyarbeit geleistet und das Beste erreicht. Diese Entscheidung bezeichne den Anfang eines Wettrennens und gebe der Regierung die Gelegenheit, ihren Regierungsstil zu ändern, falls sie das Ziel eines EU-Beitrittes in einigen Jahren erreichen wolle.²⁵⁹

In der gesamten politischen Landschaft wurde die positive Entscheidung der EU begrüßt. Aus inoffiziellen Informationen seitens der EU hieß es, dass ein konkretes Datum für die Aufnahme von Verhandlungen erst nach der nächsten Parlamentswahl 2006 festgelegt werden sollte. Zunächst sollte dieser Wahlgang abgewartet werden, um zu sehen, ob dieser demokratisch und fair und somit EU-Standards entsprechend verlaufen würde.²⁶⁰

Auch die mazedonische Bevölkerung steht den EU-Bemühungen des Landes durchwegs positiv gegenüber: Aus einer Umfrage des Eurobarometer im Jahr 2007 geht hervor, dass 76% der befragten Mazedonier eine Mitgliedschaft in der EU für gut und erstrebenswert halten. Das ist unter den drei derzeitigen Beitrittskandidaten (Türkei, Kroatien,

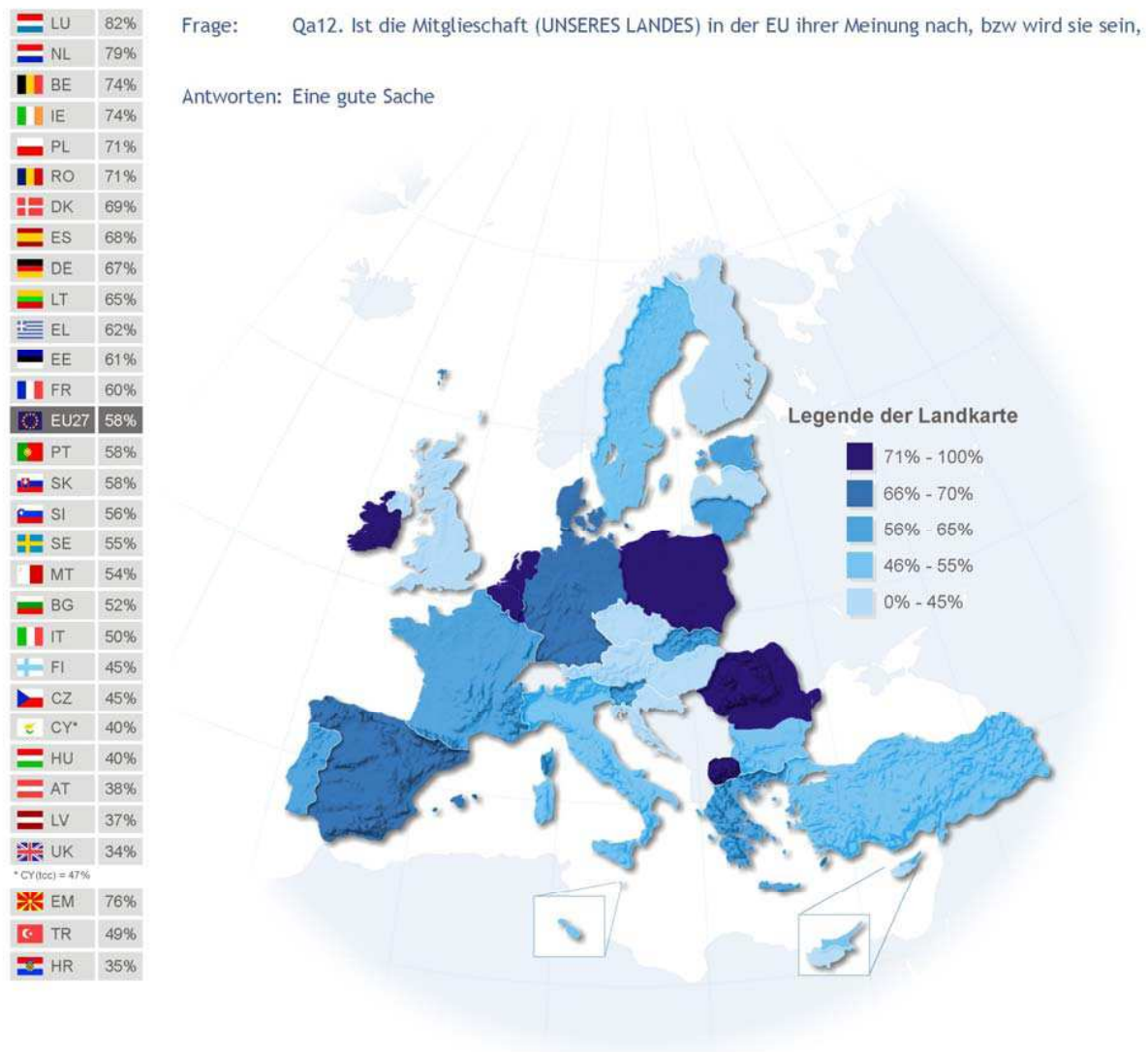
²⁵⁸ Newsletter der KAS-Skopje vom 11. Jänner 2006

²⁵⁹ Newsletter der KAS-Skopje vom 11. Jänner 2006

²⁶⁰ Marina von König: Makedonien und die EU: Die Türen bleiben noch verschlossen (IDM-Sonderheft 1/2007), S. 5

Mazedonien) der bei weitem höchste Wert und liegt auch noch über den Werten der meisten EU Mitglieder.²⁶¹

Abbildung: Zustimmung zu einer Mitgliedschaft des jeweiligen Landes in der EU²⁶²



Die ab dem Sommer 2006 amtierende neue Regierung unter Ministerpräsident Gruevski sah wie auch die Vorgänger-Regierung die weitere EU-Integration Mazedoniens als wichtigstes Ziel. Die Fortschritte, welche die Politik im Jahr nach Erteilung des Kandidatenstatus erzielen konnte, erschienen den Europäischen Institutionen aber nicht ausreichend. Am 8. November erschien der Fortschrittsbericht der Europäischen Kommission, in dem sie noch keine Aufnahme der konkreten Beitritts-Verhandlungen im Laufe des nächsten Jahres empfahl, da die bisher gesetzten Maßnahmen und Reformen

²⁶¹ <http://www.cap-lmu.de/publikationen/2008/eurobarometer.php> 25. März 2008

²⁶² Eurobarometer 68. Die öffentliche Meinung in der Europäischen Union S. 24 http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb68/eb68_first_de.pdf 25. März 2008

wohl in die richtige Richtung weisen, aber noch nicht weitgehend genug wären.²⁶³ Erweiterungskommissar Rehn machte deutlich, dass die Justizreform durchgesetzt, die Bekämpfung der Korruption und die Verwaltung besser werden müssten, denn zuvor werde es keinen Termin für den Beginn von Beitrittsverhandlungen geben.²⁶⁴ Als besonders „alarmierend und besorgniserregend“ bezeichnete er auch die Spannungen zwischen DUI und Regierung.²⁶⁵

Ein Kritikpunkt der Kommission war die Zusammensetzung der Regierung, da dieser zu wenige Fachexperten, dafür aber zu viele verdiente Parteimitarbeiter angehören würden. Die Regierung konterte auf die Kritik der Opposition mit Hinweis auf die Probleme und Versäumnisse der Vorgängerregierung, deretwegen Mazedonien noch mit seinen Fortschritten hinterherhinke. Die für Europäische Integration zuständige stellvertretende Ministerpräsidentin Gabriela Konevska-Trajkovska bezeichnete den Kommissionsbericht als Herausforderung und weitere Aufforderung, auf dem politischen Weg in Richtung Europa fortzuschreiten.²⁶⁶

Auch der nächste Fortschrittsbericht der EU-Kommission vom November 2007 unterschied sich von den bisherigen nicht wesentlich, denn ein weiteres Mal enthielt der Bericht kein konkretes Datum. Eine herbe Enttäuschung, denn vor allem vom Einwirken der baldigen slowenischen Präsidentschaft hatte sich die politische Führung Mazedoniens entscheidende Fortschritte in Richtung eines Datums für die Aufnahme der Beitrittsverhandlungen erwartet.²⁶⁷

Dabei war der Bericht aber nicht ausschließlich negativ: Ausdrückliches Lob gab es für die Fortschritte im wirtschaftlichen Bereich sowie im Feld der Korruptionsbekämpfung. Kritik hingegen an der langsamen Umsetzung der Justiz- und Polizeireform und vor allem am mangelnden politischen Dialog, den nicht zuletzt auch die DUI mit ihrem

²⁶³ Fortschrittsbericht der EU-Kommission: The former Yugoslav Republic of Macedonia 2006 Progress Report, S. 11 http://ec.europa.eu/enlargement/pdf/key_documents/2006/Nov/fyrom_sec_1387_en.pdf 9. Juni 2008

²⁶⁴ Die Presse, 22. November 2006

²⁶⁵ <http://news.bbc.co.uk/2/hi/europe/6344907.stm> 25. März 2008

²⁶⁶ Newsletter der KAS-Skopje vom 6. Dezember 2006

²⁶⁷ Bericht Südosteuropa Investment 6. November 2007
[http://www.sudosteuropa.at/index.php?id=38&no_cache=1&tx_ttnews\[tt_news\]=1497&tx_ttnews\[backPid\]=6&cHash=1af7141e51](http://www.sudosteuropa.at/index.php?id=38&no_cache=1&tx_ttnews[tt_news]=1497&tx_ttnews[backPid]=6&cHash=1af7141e51)

mehrmonatigen Parlamentsboykott stark behinderte.²⁶⁸ Ähnlich differenziert war die Beurteilung der Reformen und Fortschritte in einem Bericht des Europäischen Parlaments; auch hier wurden Lob für die bereits erreichten und Tadel für die noch zu erledigenden Aufgaben gleichermaßen verteilt.²⁶⁹ Das hinderte die Opposition aus SDSM und DUI nicht daran, die Regierung für ihren - aus Sicht der Opposition - mangelnden Erfolg zu kritisieren.

Das Ziel eines EU-Beitrittes an sich stand aber stets mehr oder weniger deutlich außer Streit. Als sichtbares Zeichen des Konsenses bei diesem Thema beschloß das Parlament noch im Dezember 2007 einstimmig die Einrichtung eines Nationalen Rates zur Europäischen Integration, zu dessen Vorsitzender die ehemalige Europaministerin und international durchaus anerkannte Radmila Sekerinska gewählt wurde. Diesem Rat gehörten neben Parlamentariern der vier größten Parteien auch Repräsentanten der parlamentarischen Ausschüsse, der Ministerien, des Staatspräsidenten und anderer mit Europa-Agenden befassten Stellen an. Aufgabe dieses neuen Gremiums war die begleitende Kontrolle der Regierungsarbeit im Hinblick auf die in den letzten Fortschrittsberichten geforderten Reformen.²⁷⁰ Bisher konnte dieses Gremium aber noch kein Übermaß an Aktivitäten und Fortschritten erreichen.

Wenig förderlich für die mazedonischen Beitrittsambitionen war die vorgezogene Parlamentswahl vom Juni 2008, die sowohl im Vorfeld als auch am Wahltag selbst von starker und teils aggressiver Rhetorik, von gewaltsamen Auseinandersetzungen, Einschüchterungen und Unregelmäßigkeiten geprägt war. Erweiterungskommissar Rehn machte die Regierung regelmäßig darauf aufmerksam, dass freie und faire Wahlen ein notwendiges Kriterium für die Aufnahme der Beitrittsverhandlungen wären.²⁷¹

²⁶⁸ Fortschrittsbericht der EU-Kommission: The former Yugoslav Republic of Macedonia 2007 Progress Report. S. 6

http://ec.europa.eu/enlargement/pdf/key_documents/2007/nov/fyrom_progress_reports_en.pdf 25. Juni 2008
Ebenso: Update Briefing/Europe der International Crisis Group Nr. 41/2006; Macedonia: Wobbling towards Europe; Skopje/Brüssel 12. Jänner 2006

²⁶⁹ Entwurf eines Berichtes über die ehemalige Republik Jugoslawien, 20. Dezember 2007

http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2004_2009/documents/pr/700/700956/700956de.pdf 1. Juli 2008

ebenso: WKÖ (Hg.): Beitrittskandidat Mazedonien, Juli 2008

²⁷⁰ Newsletter der KAS Skopje, Jänner 2008

²⁷¹ "Free and fair elections are an essential part of the political criteria of the EU accession process."
Bericht EU-Observator. 3. Juni 2008 <http://euobserver.com/9/26262> 24. Juli 2008

Ein mindestens ebensogroßes Hindernis für einen künftigen Beitritt, auch wenn dieser ohnehin noch in weiter Ferne liegt, ist der gegenwärtige Zustand der EU selbst. Mit dem Scheitern des Vertrages von Lissabon ist vorläufig auch keine weitere Aufnahme eines neuen Mitglieds möglich. Der französische Präsident Sarkozy, Ratsvorsitzender im zweiten Halbjahr 2008, sprach offen aus, was er nicht als einziger Politiker dachte, nämlich dass es ohne diesen Vertrag keine Erweiterung geben könne.²⁷² Die USA wiederum unterstützen die mazedonischen EU-Bestrebungen aus mehreren Gründen: Einerseits würde Mazedonien damit ein weiterer den USA sehr verbundener Staat sein, wie z. B. die ostmitteleuropäischen NATO-Staaten Polen und Tschechische Republik. Andererseits verstärkt Mazedonien damit einen sehr USA-freundlichen Balkan-Korridor, der die Länder Albanien, Kosovo, Türkei, aber durchaus auch das EU-Mitglied Griechenland umfasst.

²⁷² „I would find it very strange for a Europe of 27, that has trouble agreeing on workable institutions to agree on adding a 28th, a 29th, a 30th, a 31st, which would definitely make things worse.“ Bericht Balkan Insight 20. Juni 2008 <http://www.balkaninsight.com/en/main/news/11178>

VI) Zusammenfassung und Ausblick

Konkludierend einige Thesen zu Zustand und Zukunft des mazedonischen Staates:

Der mazedonische Staat ist nach wie vor schwach.

Mazedonien verfügt über Gebiet und Volk, sowie alle notwendigen Institutionen, die einen Staat ausmachen, und auch die Hoheitsgewalt des Staates ist grundsätzlich gegeben. Die mangelhafte Verankerung demokratischer Strukturen und die zentrale Rolle der politischen Akteure zeugen jedoch von der Weiterentwicklungsnotwendigkeit der politischen Abläufe im gesellschaftlichen Verständnis. Unbestreitbar sind aber die stetigen Fortschritte der letzten Jahre hinsichtlich dieser Frage. Bei der Parlamentswahl 2008 ist erstmals ein mazedonischer Regierungschef im Amt bestätigt worden. Dies ist zunächst Zeichen der Einkehr einer gewissen Stabilität in der politischen Szene. Dennoch darf dies nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Wahlablauf mit großen Problemen und deswegen mehreren Wiederholungen verbunden war.

Die tiefe Spaltung des Landes entlang der ethnischen Grenzen existiert nach wie vor.

Zu Jugoslawiens Zeiten war die albanische Volksgruppe in vielen Bereichen stark unterrepräsentiert, etwa in der öffentlichen Verwaltung, im Militär- und Sicherheitsbereich, im Bildungs- und Gesundheitswesen sowie in Teilen der Industrie. Die Albaner begründeten dies stets mit systematischer Repression, Ausgrenzung und Unterdrückung, während aus mazedonischer Sichtweise die Ursache in der Ungleichheit in der mangelhaften Ausbildung lag. Beide Argumentationslinien sind nicht von der Hand zu weisen, greifen für sich aber auch zu kurz. Innerhalb des Osmanischen Reiches setzte bei den christlichen Völkern der Nationswerdungs-Prozeß früher ein als bei den moslemischen Ethnien. Die Unterdrückung der albanischen Sprache in den Schulen in der Zwischenkriegszeit durch die Belgrader Regierung ließ ein tiefes grundsätzliches Misstrauen gegen jegliche staatliche Zentralgewalt im kollektiven Gedächtnis der Albaner entstehen, und ein Übriges taten die Umsiedelungsmaßnahmen dieser Zeit, womit der Grundstein für die ungleichen Entwicklungslinien im Bildungsniveau der beiden größten Volksgruppen gelegt war. Ende der 1940er-Jahre war rund ein Drittel der Mazedonier (30,7 %), jedoch mehr als zwei Drittel der Albaner (71,8 %) des Lesens und

Schreibens nicht mächtig. Noch drastischer das Verhältnis in der weiblichen Bevölkerung, wo das Verhältnis 42,3 zu 91,1 Prozent betrug.²⁷³

Die Einschränkungen der albanischen Sprache und die allgegenwärtige politisch-gesellschaftliche Zensur durch die Behörden hatten den Zweck, nationalistische Tendenzen unter den Albanern im Keim zu ersticken. Diese Strategie ging jedoch nicht auf, denn all diese Maßnahmen hatten eine gegenteilige Wirkung und vertieften nur die Kluft zwischen den Volksgruppen. Die nach der Unabhängigkeitserklärung Mazedoniens erfolgte Gründung einer autonomen „Republik Ilirida“ durch die Albaner erscheint in diesem Licht zwar nicht überraschend, stellte aus Sicht der Mazedonier aber eine inakzeptable Illoyalität gegenüber dem jungen Staat dar. Als positives Signal ist aber die Tradition zu werten, wonach der Regierung stets auch eine albanische Partei angehören soll. Das größere Problem liegt aber im inneralbanischen Machtkampf, der auf auch auf absehbare Zeit für Unruhe in Mazedonien sorgen wird, da innerhalb der großen albanischen Minderheit noch lange nicht alles Konfliktpotential ausgeräumt ist. Zu tief ist das Netzwerk von Pfründen und Patronage, mit undurchsichtigen Verquickungen der Parteipolitik und ihrer Proponenten in die kriminelle Halbwelt Mazedoniens, Albaniens und des Kosovo. Auch auf Ebene der albanischen Parteien ist vorläufig keine Stabilität zu erwarten (neuerliche Parteispaltung 2008, noch nicht abgeschlossene ideologische Positionierung). Das organisierte Verbrechen und mächtige lokale Größen werden dem Staat jedenfalls noch auf absehbare Zeit zu schaffen machen.

Der mazedonische Staat ist bis heute mit einer Reihe von externen Einschränkungen konfrontiert.

Nicht nur von der albanischen Minderheit – also von innen – wurde die staatliche Existenz stark in Frage gestellt, auch externe Akteure wie Griechenland oder Bulgarien taten sich – trotz formeller Anerkennung – jahrelang schwer mit der Etablierung guter und freundschaftlicher Beziehungen zu Mazedonien, sei es, weil völlig unrealistische Okkupationsängste (auf griechischer Seite) bestehen oder zumindest ein übertriebenes Nationalstaatsbewusstsein (auf bulgarischer Seite). Ein besonders absurdes Beispiel hierfür ist der Namensstreit mit Griechenland, das bis heute erfolgreich einen NATO-Beitritt Mazedoniens verhindert und für die weitere EU-Annäherung jedenfalls nicht

²⁷³ Robert Pichler: Makedonien im Dilemma ethnisch divergierender Entwicklungsprozesse, S. 84 In: Michael Daxner u.a. (Hg.): Bilanz Balkan. Wien 2005, S. 68-100

förderlich ist. Serbien wiederum hat Probleme mit der Autokephalie der mazedonisch-orthodoxen Kirche. Nicht immer förderlich für eine gedeihliche Entwicklung Mazedoniens gestalteten sich außerdem die Aktivitäten der internationalen Staatengemeinschaft: vor allem die Vertreter von EU und USA mussten sich bei ihren häufigen Vermittlungsbemühungen regelmäßig den Vorwurf der Parteilichkeit gefallen lassen.

Ein EU-Beitritt ist eine notwendige, weil motivierende Perspektive für den jungen Staat.

Auf dem Weg in Richtung EU-Beitritt warten noch zahlreiche außen-, innen-, wirtschafts- und gesellschaftspolitische Hürden, die es zu überwinden gilt. Die Gefahr einer übereilten Aufnahme in die EU dürfte auch im Hinblick auf die inneren Probleme der Union ohnehin eher auszuschließen sein, zu groß wären die Probleme, die sich die EU damit einhandeln würde. Einem raschen Beitritt zur NATO wiederum steht die noch ungelöste Namensfrage mit Griechenland im Weg. Dennoch nimmt die Beitrittsperspektive eine wichtige Rolle für die mazedonische Politik ein, da einerseits innerhalb der politischen Landschaft im wesentlichen Einigkeit über die Sinnhaftigkeit dieses Ziels besteht, andererseits diese Perspektive stark motivierenden Charakter hat.²⁷⁴

Die EU selbst hat ebenfalls großes Interesse an einem ruhigen und befriedeten mazedonischen Staat in einer stabilen, friedlichen und in weiter Zukunft hoffentlich prosperierenden Balkan-Region. Ein stabiler Staat wiederum ist ein potentieller Korridor für die europäische Energieversorgung, der es ermöglicht, zumindest von den Transportwegen her die Abhängigkeit vom unberechenbaren Rußland und dem Dauer-Unruheherd des Kaukasusgebietes etwas zu reduzieren.

Im Hinblick auf die Ereignisse der letzten Jahre ist fraglich, ob Mazedonien gänzlich aus eigener Kraft den eigenen, „inneren“ Weg nach Europa schaffen kann. Daher ist es sicher sinnvoll, hier auch weiterhin von Seiten der EU und anderer Institutionen positiv und unterstützend zur Seite zu stehen.

Wirtschaftliche Vernetzung Mazedoniens muß gestärkt werden.

²⁷⁴ Metodi Hadzi-Janev: Macedonia on Ist Way to NATO, S. 35. In: Politicka Mislal-Political Thought 18/2007, S. 35-41

Enge wirtschaftliche Beziehungen und politische Stabilität stehen in direktem Zusammenhang zueinander. Je stabiler ein politisches System ist, desto besser für eine gedeihliche wirtschaftliche Entwicklung, und je dichter die Verflechtungen mit dem Ausland, desto besser für die politische Stabilität. Daher ist es im Interesse der politischen Führung Mazedoniens, die Rahmenbedingungen eines wirtschafts- und investitionsfreundlichen Klimas im Land zu schaffen. Dazu ist es notwendig, die bisherigen Reformen weiter voranzutreiben, ein Klima der Rechtssicherheit sicherzustellen und vor allem im Bereich der immer noch allgegenwärtigen Korruption Verbesserungen zu erzielen.

Dem Ausland wiederum kommt die Aufgabe zu, durch seine Investitionen zum wirtschaftlichen Aufschwung beizutragen. Österreich pflegt mit dem südosteuropäischen Land Jahr für Jahr eine engere Zusammenarbeit und liegt in Bezug auf die direkten Auslandsinvestitionen an erster Stelle. Der Löwenanteil der österreichischen Investitionen entfiel zunächst auf den Energiesektor, umfasst mittlerweile aber auch Unternehmen aus der Telekommunikationsbranche und dem Bankenwesen. Andere europäische Staaten investieren neben diesen Branchen vor allem noch im Versicherungswesen und in der Stahlbranche.

VII) Anhang

VII.1) Ergebnisse Parlaments-Wahlen von 1990-2006²⁷⁵

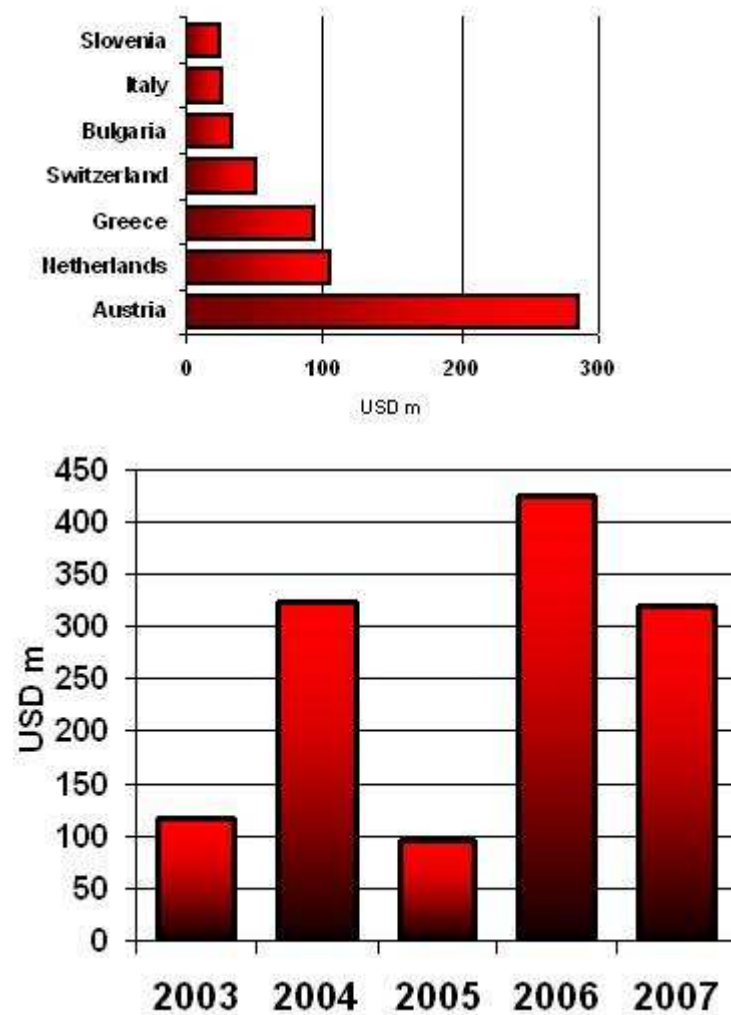
	1990		1994		1998		2002		2006	
	%	Seats	%	Seats	%	Seats	%	Seats	%	Seats
DPMNE	24,8	38	17,9	-	28,1	49	24,4	27	32,5	40
LPM	-	-	-	-	-	-	DPMNE	5	DPMNE	2
SPM	4,7	4	SDSM	9	4,7	1	2,1	1	DPMNE	3
SDSM	25,3	31	30,8	60	25,1	27	40,5	49	23,3	27
LDP	18,1	18	SDSM	29	7,0	4	SDSM	12	SDSM	5
BDI	-	-	-	-	-	-	11,9	16	12,1	14
PPD	23,5	23	8,3	10	19,3	13	2,3	2	BDI	3
PDSH	-	-	-	-	PPD	11	5,2	7	7,5	11
NP	-	-	-	-	-	-	-	-	6,1	6
NSDP	-	-	-	-	-	-	-	-	6,0	7
NDP	-	-	-	-	-	-	2,1	1	-	-
DA	-	-	-	-	10,1	13	1,4	-	-	-
DP	-	-	12,8	-	-	-	-	-	-	-
PDP	0,4	1	2,8	4	-	-	-	-	-	-
Others	3,2	5	27,4	8	5,1	2	10,1	-	12,5	2
Total	-	120	-	120	-	120	-	120	-	120

DPMNE: VMRO-Democratic Party for Macedonian National Unity; LPM: Liberal Party of Macedonia; SPM: Socialist Party of Macedonia; SDSM: Social Democratic Union of Macedonia; LDP: Liberal-Democratic Party (1990-1994: Liberal Party, LP); BDI: Democratic Union for Integration; PPD: Party for Democratic Prosperity; PDSH: Democratic Party of Albanians; NP: VMRO-People's Party; NSDP: New Social Democratic Party; NDP: National Democratic Party; DA: Democratic Alternative; DP: Democratic Party; PDP: Democratic People's Party. DPMNE and DP boycotted the second round of the elections in 1994. DPMNE & SDSM regularly campaigned with minor parties. Sources: State Election Commission; own completions.

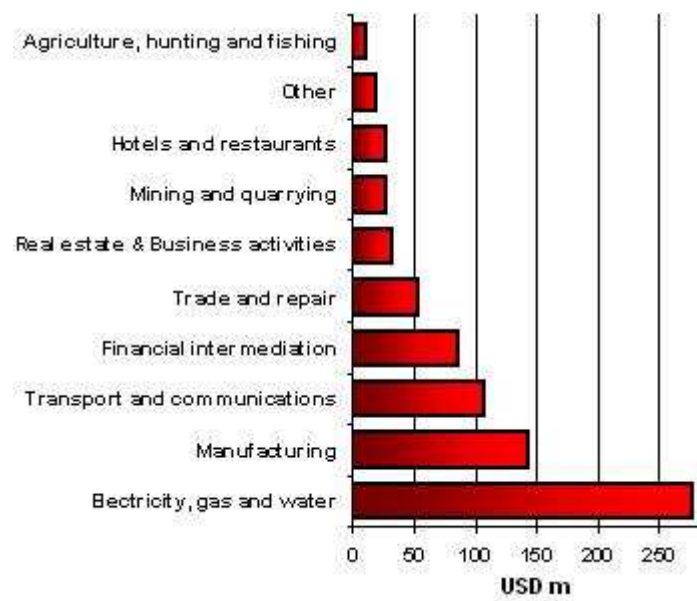
²⁷⁵ <http://www.parties-and-elections.de/macedonia2.html>

VII.2) Auslandsinvestitionen in Mazedonien

Herkunft, Höhe und Branchen der Auslandsinvestitionen in Mazedonien²⁷⁶:



²⁷⁶ <http://investinmacedonia.com/page.aspx?language=EN&page=/ZAIYp2MUuSktqYb2Che6g==>



VIII) Literatur

VII.1) Primärquellen von Organisationen/Institutionen; Internetressourcen

- Agency for Foreign Investments in the Republic of Macedonia <http://investinmacedonia.com/>
- Berichte und Analysen vom Balkan www.balkananalysis.com
- Briefings der International Crisis Group (ICG) www.crisisgroup.org
- British Broadcasting Company (BBC) <http://news.bbc.co.uk/>
- Centre for South East European Studies (CSEES) www.csees.net
- Dossiers der Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ)
- European Forum for Democracy and Solidarity www.europeanforum.net
- European Stability Initiative (ESI) www.esiweb.org
- Foundation Robert Schuman www.robert-schuman.org
- Fortschrittsberichte der Europ. Kommission
- Fortschrittsberichte des Europ. Parlaments
- Hintergrundberichte des Beraters des Mazedonischen Außenministeriums
- International Republican Institute (IRI): Berichte des Regional Office Skopje
- Interparlamentarische Union www.ipu.org
- Macedonian Information Agency www.mia.com.mk
- Newsletter Balkan Insight www.balkaninsight.com
- Newsletter Deutsche Welle www.dw-world.de
- Newsletter Radio Free Europe/Radio Liberty www.rferl.org
- Newsletter der Konrad Adenauer-Stiftung (KAS)
- Newsletter der VMRO-DPMNE
- NewsTV Schweiz www.news.ch
- Office for Democratic Institutions and Human Rights (ODIHR) www.osce.org/odihr-elections/
- Osservatorio Balcani www.osservatoriolbalcani.org
- Quartalsberichte des Österreichischen Außenministeriums (BMeiA)
- Studien und Dossiers der Europäischen Volkspartei (EVP)
- Studien und Dossiers der Friedrich Ebert-Stiftung (FES)
- Studien und Dossiers der Konrad Adenauer-Stiftung (KAS)
- Südosteuropa-Investment www.sudosteuropa.at
- The Centre for South East European Studies www.csees.net
- Vorstandsprotokolle der Europäischen Volkspartei (EVP)

VIII.2) Zeitungen, Zeitschriften, Reihen

- Auslandsinformationen der Konrad Adenauer-Stiftung
- Aus Politik und Zeitgeschichte (Beilage zu „Das Parlament“)
- Balkan – Südosteuropäischer Dialog
- Der Donauraum
- Die Presse
- Europäische Rundschau
- Kurier
- Political Thought (Politicka Mislá)

- Standard
- Wiener Zeitung

VIII.3) Publikationen

- Fikret Adanir: Die makedonische Frage. Ihre Entstehung und Entwicklung bis 1908; Wiesbaden 1979
- Attila Ágh: Emerging Democracies in East Central Europe and the Balkans; Cheltenham 1998
- Ulrich von Alemann: Parteien; Reinbek bei Hamburg 1995
- Klaus von Beyme: Parteien im Wandel; Wiesbaden 2002
- Janusz Bugajski: Political parties of Eastern Europe. A guide to politics in the post-communist era; Armonk 2002
- Marie-Janine Calic: Makedonien. Studien der Friedrich Ebert-Stiftung zur länderbezogenen Konfliktanalyse; Berlin 2002
- Michael Daxner u.a. (Hg.): Bilanz Balkan; Wien 2005
- Nikiforos Diamandouros (Hg.): Parties, politics and democracy in the new Southern Europe; Baltimore 2001
- Dieter Falk: Der Krieg hinter den Bergen: Impressionen und Reflexionen über den Kosovokrieg vom Nebenkriegsschauplatz Makedonien; Bonn 2001
- Federal Ministry for Foreign Affairs: Austrian Foreign Policy Yearbook 1998, Wien 1999
- Fischer Weltalmanach 2007; Frankfurt 2006
- Karl Josef Fitsch: Erfolgreiches internationales Krisenmanagement in Mazedonien unter besonderer Berücksichtigung der Rolle der Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik; Wien 2004
- Nicholas Hammond: The Macedonian State; Oxford 1992
- Jürgen Hartmann: Parteienforschung; Darmstadt 1979
- Margaditsch Hatschikjan/Stefan Troebst (Hg.), Südosteuropa. Ein Handbuch. Gesellschaft, Politik, Wirtschaft, Kultur; München 1999
- Peter Havlik: Transition countries in 2003. Reforms and restructuring keep the global economic slowdown at bay; Wien 2003
- Wolfgang Jäger (Hg.): Partei und System. Eine kritische Einführung in die Parteienforschung; Stuttgart 1973
- Jutta de Jong: Der nationale Kern des makedonischen Problems. Ansätze und Grundlagen einer makedonischen Nationalbewegung 1890 - 1903; Wien/Frankfurt 1982
- Diana Jonuzi: Zur Analyse des ethnischen Konflikts in Makedonien; Wien 2006
- Thede Kahl (Hg.): Die Albaner in der Republik Makedonien. Fakten, Analysen, Meinungen zur interethnischen Koexistenz; Wien 2006
- Christine von Kohl (Hg.): Balkan-Diskurs. Südosteuropäischer Dialog; Wien 2004
- Walter Kolbow (Hg.): Krieg und Frieden auf dem Balkan - Makedonien am Scheideweg? Chancen, Herausforderungen und Risiken des Aufbruchs nach Europa; Baden-Baden 2001
- Erik Krojher/Christian Passin: Political Parties in the Western Balkan Region; Wien 2002
- Kay Lawson (Hg.): Cleavages, parties, and voters; Westport 1999
- Wolfgang Libal: Mazedonien zwischen den Fronten. Junger Staat mit alten Konflikten; Wien 1993

- Walter Lukan (Hg.): Makedonien. Geographie - ethnische Struktur - Geschichte - Sprache und Kultur - Politik - Wirtschaft – Recht; Wien 1998
- Joseph Marko: Der Minderheitenschutz in den jugoslawischen Nachfolgestaaten; Bonn 1996
- Viktor Meier: Jugoslawiens Erben. Die neuen Staaten und die Politik des Westens; München 2001
- Wolfgang Merkel (Hg.): Parteien im Transformationsprozess (Reihe Systemwechsel Nr. 3); Opladen 1997
- Dieter Nohlen: Wahlrecht und Parteiensystem. Zur Theorie und Empirie der Wahlsysteme; Opladen 2007
- Spandim Odza: Das Konfliktmanagement der internationalen Gemeinschaften am Beispiel des Mazedonien-Konflikts; Wien 2006
- Wolf Oschlies: Makedonien im Sommer 1998. Politisch-ökonomische Momentaufnahmen im Schatten des Kosovo-Konflikts; Köln 1998
- James Pettifer (Hg.): The new Macedonian question; Basingstoke 1999
- John Phillips: Macedonia. Warlords and rebels in the Balkans; New Haven 2004
- Geoffrey Pridham (Hg.): Securing democracy. Political parties and democratic consolidation in southern Europe; London 1990
- Erich Reiter (Hg.): Zur Problematik der Stabilisierung des Westbalkan (Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie Wien/Studien und Berichte zur Sicherheitspolitik 6); Wien 2000
- Franziska Richter: Multilateral peacekeeping in Macedonia; Wien 2006
- Jens Reuter/Konrad Clewing (Hg.): Der Kosovo-Konflikt; Wien/Klagenfurt 2000
- Henriette Riegler (Hg.): Transformation processes in the Yugoslav successor states between marginalization and European integration; Baden-Baden 2000
- Dieter Roth: Empirische Wahlforschung: Ursprung, Theorien, Instrumente und Methoden; Opladen 1998
- Harald Roth: Studienhandbuch Östliches Europa; Köln/Weimar/Wien 1999
- Victor Roudometof (Hg.): The Macedonian question. Culture, historiography, politics; Boulder 2000
- Giovanni Sartori: Parties and Party Systems; Cambridge 1976
- Harald Schenker: Internal Stability in Southeast Europe. The Macedonian Experience. In: Konrad Adenauer-Stiftung/Constantinos Karamanlis Institute for Democracy: Democracy, Security and Economic Development in Southeast Europe, S. 15-18; Berlin 2002
- Sylvia Irene Schmitt: Krisenherd Balkan - eine Herausforderung für die internationale Staatengemeinschaft. Ermittlung der Konfliktursachen, Analyse des Jugoslawien-, Kosovo- und Mazedonien-Krieges und kritische Bewertung der Konfliktregulierungsstrategien der internationalen Staatengemeinschaft; Hamburg 2005
- Gabriella Schubert (Hg.): Makedonien - Prägungen und Perspektiven; Wiesbaden 2005
- Jakub Sedo: Political Parties in Central and Eastern Europe. In Search of Consolidation; Stockholm 2007
- Ilber Sela: Der Konflikt in Mazedonien im Hinblick auf eine zukünftige Mitgliedschaft in die Europäische Union; Wien 2005
- Ilber Sela: Die politische Frage der Albaner in Mazedonien; Wien 2002
- John Shea: Macedonia and Greece - the struggle to define a new Balkan nation; Jefferson 1997

- Hans-Lothar Steppan: Der mazedonische Knoten. Die Identität der Mazedonier dargestellt am Beispiel des Balkanbundes 1878 – 1914. Eine Dokumentation zur Vorgeschichte der Republik Mazedonien nach Aktenlage des Auswärtigen Amtes; Frankfurt/Wien 2004
- Thorsten Stodiek: The OSCE and the Creation of Multi-Ethnic Police Forces in the Balkans; Hamburg 2006
- Marc Thiltgen: Das luxemburgische Parteiensystem im Wandel; Wien 2004
- Florian Trauner: Zur Frage der Kohärenz in der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union am Beispiel Mazedoniens; Wien 2004
- Stefan Troebst (Hg.): Das makedonische Jahrhundert. Von den Anfängen der nationalrevolutionären Bewegung zum Abkommen von Ohrid 1893-2001; München 2007
- Arno Weckbecker/Frank Hoffmann: Die Entwicklung der politischen Parteien im ehemaligen Jugoslawien; München 1997
- Michael W. Weithmann: Balkanchronik. 2000 Jahre zwischen Orient und Okzident; Graz/Wien/Köln 2000

IX) Abstract

Mazedonien beschreitet seit seiner Unabhängigkeit 1991 beharrlich den Weg in die internationalen und europäischen Institutionen, musste dabei aber immer wieder Fehlschläge und Rückschritte hinnehmen, deren schlimmster der Beinahe-Bürgerkrieg im Jahr 2001 war. Mit dem damals ausgehandelten Rahmen-Abkommen von Ohrid hat sich die Lage weitgehend entspannt; die Umsetzung der einzelnen Vertragsinhalte ist seither im Sinne einer Annäherung an die EU die Hauptaufgabe der politischen Repräsentanten.

Eine wesentliche Rolle in diesem Politik-Prozeß nehmen dabei die politischen Parteien ein, die im Fall Mazedoniens zwei besondere Merkmale erfüllen: Erstens gibt es extreme Unterschiede im Alter der politischen Gruppierungen – die älteste von ihnen kann auf eine für Länder dieser Region ungewöhnlich lange Tradition von mehr als hundert Jahren zurückblicken, während andere Parteien erst wenige Jahre die politische Landschaft prägen. Die zweite Besonderheit Mazedoniens ist die ethnische Zweiteilung sogar des Parteienspektrums in slawisch-mazedonische und albanisch-mazedonische Parteien. Daher lässt sich dieses doppelte Spektrum auch nur schwer in die Typologie eines klassischen Parteiensystems einordnen.

Nichtsdestotrotz kommt den Parteien und ihren handelnden Akteuren eine wesentliche Rolle in den politischen Abläufen zu, deren ideologische Hintergründe oftmals aber nicht nachvollziehbar sind. Eine nicht minder wichtige Rolle spielen die wechselseitigen Beziehungen zwischen EU und dem Beitrittskandidaten Mazedonien. Dieser Status steht nun schon seit mehreren Jahren fest, ein konkreter Beginn der Verhandlungen lässt jedoch noch auf absehbare Zeit auf sich warten. Dazu liegen noch zu viele Schwierigkeiten auf dem Weg, die es zu bewältigen gibt: interne, wie die auf kleiner Flamme köchelnden ethnischen Spannungen, aber auch externe, wie die Auseinandersetzungen mit dem griechischen Nachbarn. Alles in allem also ein Weg, der zwar schwierig zu gehen ist, aber bewältigt werden kann. Letzteres ist Mazedonien jedenfalls zu wünschen.

X) Lebenslauf

Persönliche Daten:

Name: Johannes Spreitz

Erreichbarkeit (Büro): Tivoligasse 73, 1120 Wien
Tel.: 01 / 814 20-52
e-mail: j.spreitz@PolAk.at

Geb.-Datum: 11. Mai 1979 in Amstetten, NÖ
Familienstand: ledig



Ausbildung:

1989-1997 Stiftsgymnasium Seitenstetten
Feb.-Sept. 1998 Präsenzdienst (PiB Melk) inkl. vbK
Okt. 1998 Studienbeginn Universität Wien: Geschichte und Politikwissenschaft
Studienabschluß im Herbst 2008

Berufliche Tätigkeiten:

Seit Juli 1996 Obstverarbeitungs-Genossenschaft „Mostland“ in Zeillern:
Im „Mostland“-Team seit der Gründung 1996; alle Aufgabenbereiche
(Produktentwicklung, Produktion, Marketing, Verkauf)

Seit März 2003 Politische Akademie der ÖVP, Bereich Internationales/Europapolitik:

- Betreuung unseres umfangreichen internationalen Netzwerkes
(Parteistiftungen, wissenschaftliche und sonstige politische Kontakte)
- Zuständigkeit für EU- und EVP-Agenden
- Seminar- und Veranstaltungsorganisation
- Koordination der internationalen Besuche samt inhaltlicher Vorbereitung
- Büroleiter des Internationalen Sekretärs der ÖVP
- Innerparteiliche Servicierung im Rahmen der internationalen Agenden

Weiterbildung:

mehrere Kurse und Seminare u. a. in den Themenbereichen

- Europäische Union
- Rhetorik
- Verwaltungs-Englisch
- Sicherheit in Protokollarischen Fragen

Sprachkenntnisse: Englisch; weiters Latein und Alt-Griechisch

Computerkenntnisse: alle gängigen Office-Anwendungen

Freizeit: KÖStV Rudolfina, elterliche Landwirtschaft, Lesen